



**AUSSENPOLITISCHE
WANDELN IN OSTEUROPA**

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE 1997

**AUSSENPOLITISCHE
WANDLUNGEN
IN OSTEUROPA**

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE 1997

OSTEUROPA IN TRADITION UND WANDEL

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
und der Gesellschaft für Kultursozio­logie e. V.
herausgegeben von
Wolfgang Geier, Ernstgert Kalbe und Manfred Neuhaus

Heft 4

ISBN 3-932725-30-1

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V. 1997
Stemwartenstr. 31
D-04103 Leipzig

und

GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE e. V.
c/o Doz. Dr. Wolfgang Geier
Hermelinplatz 9, Haus 7
D-04329 Leipzig

Redaktion: Olaf Kirchner

Titelillustration: Der polnische Künstler Stanisław Bizek nannte diese 1989 aus Granit und Bronze geschaffene Skulptur »Die Flucht«.

Die Karten auf S. 84f. wurden entnommen aus Adam Krzemiński: Polen im 20. Jahrhundert: Ein historischer Essay, München 1993, S. 212f.

Korrektur: Peter Uhrbach

Satz: Olaf Kirchner

Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

1	Vorwort	5
2	Erhard Crome/Jochen Franzke: Paradigmenwechsel in der Außenpolitik in Osteuropa	7
3	Helga Watzin-Heerdegen: Vertrag oder Verschwörung? Zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag von 1939	45
4	Eva Seeber: Der Konflikt um die Gestalt Nachkriegspolens bis zur Jalta-Konferenz der Alliierten	65
5	Bärbel Birnstengel: Tschechisch-slowakische Beziehungen seit 1918	109
6	Zu den Autoren dieses Heftes	127
7	Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa 1998	128
8	Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen zu Osteuropa-Themen	129
9	Weitere Veröffentlichungen der Gesellschaft für Kultursoziologie zu Osteuropa-Themen	135

Vorwort

Hiermit legen wir das vierte Heft der Reihe »Osteuropa in Tradition und Wandel« vor, das außenpolitischen Veränderungen in Ost- und Ostmitteleuropa gewidmet ist, nachdem wir bislang innere sozialpolitische, nationalkulturelle und sozialökonomische Transformationsprozesse in historischer und aktueller Dimension thematisiert haben. Auch den außenpolitischen Wandlungen in Osteuropa wird unter Gesichtspunkten geschichtlicher Hintergründe und gegenwärtiger Entwicklungen nachgegangen.

Erhard Crome und *Jochen Franzke* stellen sich der methodologisch wie politologisch bisher wohl noch wenig aufgearbeiteten Frage nach dem mit der Implosion des Realsozialismus einsetzenden außenpolitischen Paradigmenwechsels in Osteuropa. Ausgehend von einem kritischen Rückblick auf das internationale Beziehungsgefüge der von der Sowjetunion dominierten »sozialistischen Gemeinschaft« unterbreiten sie eine im ganzen optimistische Sicht auf die außenpolitische Dimension der »europäischen Wende«. Der neuen Konstellation europäischer Außenpolitik unterlegen sie vier Aspekte eines typologischen Paradigmenwechsels: den Übergang vom Kalten Krieg zu einem kooperativen Beziehungstyp, den Wegfall der Dichotomie Kapitalismus–Sozialismus in staatlicher Gestalt, die Wiederherstellung einer europäischen Mitte mit einem neu zu bestimmenden Platz Deutschlands für die europäische Stabilität, eine veränderte eigenständige Rolle der ostmitteleuropäischen Staaten auf der europäischen Bühne.

Der Beitrag *Helga Watzin-Heerdegens* zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag 1939 und seinen Konsequenzen, der die Frage »Vertrag oder Verschwörung« differenziert zu beantworten sucht, arbeitet dazu wesentliche Literatur der späten achtziger und frühen neunziger Jahre auf. Ausgehend von der außenpolitischen Lage am Vorabend des Krieges sowie von zeitgenössischen kommunistischen Reaktionen auf den Vertrag, schildert sie den Gang der Vertragsverhandlungen und bewertet die Konsequenzen des Vertragsabschlusses als Mißachtung der deklarierten außenpolitischen Prinzipien der Sowjetunion, die Hitlerdeutschlands aggressive Bewegungsfreiheit bei sowjetischer Neutralität erweiterte und in der Vernichtung des polnischen Staates und der Unabhängigkeit der baltischen Staaten kulminierte. Die eindeutige Kriegsschuld des faschistischen Deutschland, das am

22. Juni 1941 schließlich auch die Sowjetunion überfiel, kann nicht die von Stalin mit dem Nichtangriffspakt und den Folgeverträgen betriebene imperiale machtpolitische Außenpolitik rechtfertigen.

Eva Seeber liefert mit ihrer Studie zum »Konflikt um die Gestalt Nachkriegspolens bis zur Jalta-Konferenz«, der zwischen den Alliierten unter Einfluß des polnischen Exillagers vorrangig um die polnischen Ostgrenzen entlang der Curzon-Linie ausgetragen wurde, eine materialreiche Analyse zur Vorgeschichte der sowjetischen Einfluß- und Sicherheitszone in Ostmitteleuropa. Insofern korrespondiert der Aufsatz mit der zuvor behandelten Thematik des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes. In der Entstehung der Antihitlerkoalition sieht die Autorin eine Chance zur Wiedergeburt eines unabhängigen Polen, das freilich dessen westliche wie östliche Partner in ihr jeweiliges Einflußgebiet und Machtsystem einbeziehen wollten. Dabei geht sie von den Positionen der polnischen Exilregierung in den Kriegszieldebatten, den schweren Hypotheken, leisen Hoffnungen und neuerlichen Belastungen in den sowjetisch-polnischen Beziehungen 1941–1943, den Vereinbarungen wie Divergenzen der Alliierten auf der Moskauer Außenminister- wie Teheraner Gipfelkonferenz 1943 bezüglich Polens nach und macht das zähe Ringen um Ostgrenzen wie Westverschiebung Polens deutlich, das seitens der Westmächte lange mit dem Junktim von Grenz- und Regierungsfrage belastet war. Die Jalta-Konferenz, die die entstehende Nachkriegsordnung in Osteuropa präjudizierte und auf der sich die Waage zugunsten sowjetischer Sicherheitsvorstellungen neigte, charakterisiert die Verfasserin als Vorentscheidung über die polnischen Perspektiven.

Der Aufsatz von *Bärbel Birnstengel* zu den tschechisch-slowakischen Beziehungen seit 1918 beschreibt vor dem Hintergrund der historisch unterschiedlichen Stellung und Entwicklung der tschechischen und slowakischen Länder und Völker im Verband der Habsburger Monarchie die Probleme und Konfliktfelder in den Beziehungen beider Nationen sowohl in der ersten, bürgerlichen Tschechoslowakei nach dem Ersten Weltkrieg wie in der zweiten, sozialistischen Republik nach dem Zweiten Weltkrieg, um Ursachen des Scheiterns einer gemeinsamen föderativen Staatlichkeit im 1989 eingeleiteten Transformationsprozeß benennen und Inhalte staatlicher Desintegration bis zur abgegrenzten Zweistaatlichkeit von Tschechen und Slowaken beschreiben zu können.

Das nächste Heft von »Osteuropa in Tradition und Wandel« wird sich anläßlich des 80. Jahrestages der russischen Oktoberrevolution von 1917 mit Themen zur osteuropäischen Revolutionsgeschichte beschäftigen.

Ernstgert Kalbe

ERHARD CROME/JOCHEN FRANZKE

Paradigmenwechsel in der Außenpolitik in Osteuropa

Bei der Untersuchung des Realsozialismus, seiner Entstehungsgründe, seiner Wesenszüge und seines Untergangs, ist der Großteil der Analysen vor allem dem Gesellschafts- und Herrschaftssystem gewidmet. Der Realsozialismus als Staatengefüge wurde bisher eher zurückhaltend analysiert und beschrieben. Die Ausformung des kommunistischen Projekts in den Raum der internationalen Beziehungen, seine Geschichte als Staatensystem ist jedoch Teil seiner Gesamtgeschichte. Insofern sollen im folgenden einige Überlegungen vorgestellt werden, was die Hauptzüge des Realsozialismus als Staatengefüge, in Osteuropa vor allem gruppiert um die Sowjetunion bzw. um das sowjetische Imperium, ausgemacht hat, welches die internationale Dimension des Zusammenbruchs dieses Gefüges war, und worin die Eigenheiten der internationalen Beziehungen im post-realsozialistischen Zeitalter in Osteuropa bestehen.

DAS AUSSENPOLITISCHE GEFÜGE OSTEUROPAS IM SPÄTEN REALSOZIALISMUS

Die Außenpolitik gehörte stets zum Kernbestand realsozialistischer Machtausübung. Sie sollte der Interessenwahrnehmung und Herrschaftslegitimierung nach innen und außen dienen. Im *Verhältnis zur nichtkommunistischen Umwelt* wurde das strategische Ziel verfolgt, die Systeminteressen durch Interaktion zu verteidigen, jedoch die Rückwirkungen dieser Interaktion auf die inneren Gesellschafts- und Machtverhältnisse zu minimieren. Je stärker die Freizügigkeit von Menschen und Informationen, die Verflechtung von Volkswirtschaften und die Dezentralisierung von Entscheidungen zu Vorbedingungen weiterer Modernisierung wurden, desto mehr strebte die Mehrzahl der Partei- und Staatsführungen an, das System international weiter abgeschottet zu halten. Nach der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes 1956 und dem Bau der Berliner Mauer 1961 war der politisch-territoriale Bestand beider Systeme in Europa langfristig fixiert. Da-

nach versuchte der Realsozialismus eine Ausdehnung in die Dritte Welt, erwies sich jedoch als unfähig, aus den errungenen politisch-militärischen Positionen wirtschaftlichen Nutzen zu ziehen, so daß deren Aufrechterhaltung aus der Logik des Ost-West-Konflikts heraus zur weiteren Auszehrung der Ressourcen des Realsozialismus führte.¹

Die *Beziehungen zwischen den realsozialistischen Staaten* sollten die Aufrechterhaltung der Macht im Innern stützen und gemeinsam die Interessenwahrnehmung gegenüber der nichtsozialistischen Umwelt realisieren. Realiter waren diese Beziehungen machtpolitisch, hierarchisch aufgebaut – unter Führung der Hegemonialmacht Sowjetunion, die sich bisweilen auch des Mittels militärischer Intervention bediente. Das ursprüngliche Konzept einer sozialistischen Staatenwelt war das einer ganzheitlichen Gruppe, die alle sozialistischen Staaten umfassen sollte, die »um die Sowjetunion geschart« sind. Das entsprach den aus der Komintern-Zeit herrührenden weltrevolutionären Vorstellungen, den nachrevolutionären, staatlich organisierten Sozialismus als Ganzes und geschlossen dem »kapitalistischen Weltssystem« entgegenzustellen. Im Gefolge des von Stalin vom Zaun gebrochenen Konflikts mit Tito entzog sich Jugoslawien bereits Ende der 40er Jahre dem sowjetischen Vorherrschaftsanspruch; seit Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre taten dies auch Albanien und vor allem China. Hier reichte das Konfliktpotential zwischen den beiden sozialistischen Großmächten bis zum Krieg. So umfaßte das sowjetische Imperium nicht alle realsozialistischen Staaten, aber doch die Mehrzahl von ihnen. Es hatte sein Schwergewicht im Osten Europas. Insofern soll der Schwerpunkt der folgenden Überlegungen auf den Staaten liegen, die bis zum Ende des Realsozialismus zum sowjetischen Machtbereich gehörten.

a) Über die internationalistische Illusion

Eines der Hauptprobleme bei der Analyse des Realsozialismus ist das Spannungsverhältnis zwischen den ursprünglich deklarierten humanistischen Zwecken und der praktizierten machtpolitischen Wirklichkeit, zwischen der Absicht, das »Reich der Freiheit« zu errichten, und dem umfangreichen

1 Ausführlicher dazu Erhard Crome/Raimund Krämer: Die verschwundene Diplomatie. Rückblicke auf die Außenpolitik der DDR. In: WeltTrends, Berlin (1993) (im weiteren Erhard Crome/Raimund Krämer: Die verschwundene Diplomatie . . .), S. 128ff. Insbesondere S. 130–132.

Ausbau des Machtapparates über die Gesellschaft, mit Reglementierung, Zensur, Bespitzelung bis hin zum Gulag. Das gilt auch für den Bereich der internationalen Politik. Nach den Vorstellungen der marxistischen Theorie erledigte sich der Gegensatz zwischen den Nationen durch die Macht des Proletariats in ihnen: »Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.«² Herrschaftsverhältnisse zwischen sozialistischen Nationen konnte es demnach nicht geben. Der »proletarische Internationalismus« sollte Grundprinzip der Beziehungen zwischen den »nationalen Abteilungen« der Arbeiterklasse aller Länder sein; die Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern und den in ihnen regierenden kommunistischen Parteien sollten eine besondere Qualität haben. Im Verständnis der SED wurde diese wie folgt charakterisiert: »Die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten werden vom proletarischen Internationalismus, von der wirksamen Verbindung gemeinsamer und nationaler Interessen geprägt. Diese Beziehungen verkörpern einen qualitativ neuen Typus zwischenstaatlicher Beziehungen. Sie beruhen auf den sozialökonomischen, politischen und ideologischen Gemeinsamkeiten und auf den Gesetzmäßigkeiten des Aufblühens und der Annäherung sozialistischer Nationen. Die sozialistische Gemeinschaft schafft das Beispiel für die künftige Weltgemeinschaft freier und gleichberechtigter Völker. In der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder werden neue Formen zur Gestaltung der politischen, ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und ideologischen Beziehungen an Gewicht gewinnen.«³

Tatsächlich sah das Beziehungsgeflecht der realsozialistischen Staaten anders aus. Das stalinistische Herrschaftssystem, wie es in der Sowjetunion in den 20er Jahren geschaffen und im Gefolge des Zweiten Weltkrieges auf die anderen realsozialistischen Staaten übertragen wurde, und in abgemildeter Form bis 1989 bestand, beruhte auf Entscheidungsprozessen, die streng hierarchisiert, nicht öffentlich und undemokratisch waren; die »Machtfrage« war theoretisch und praktisch immer Fluchtpunkt aller Entscheidungen. Das fand im internationalen Kontext seine Fortsetzung; die Moskauer Führung war bestrebt, um sich herum ebenfalls hierarchische, zentralistische Beziehungen zu schaffen, die um die Hegemonialmacht Sowjetunion aufgebaut wurden. Dabei war allerdings charakteristisch, daß

-
- 2 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Werke, Bd. 4. Berlin 1971. S. 479.
 3 Programm der SED (1976). In: Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 3: 1971–1986. Berlin 1986. S. 154.

die ideologischen Entstehungsdienkmuster aus der kommunistischen Tradition bis zum Ende fortwirkten. Das hatte zur Folge, daß Machtkonflikte in ideologischer Gestalt ausgetragen wurden («Marxisten-Leninisten» gegen »Titoisten« und »Maoisten«; Enver Hoxha gegen die »Chruschtschowianer«⁴) und ideologische Konflikte machtpolitische Konsequenzen hatten. Im Grunde präsentierte sich der Marxismus-Leninismus (als »Staatsreligion« der realsozialistischen Länder) als die vierte »Buch-Religion« – der ständige Bezug auf die Schriften der »Klassiker«, deren authentische Auslegung durch den jeweiligen Generalsekretär der kommunistischen Staatspartei bzw. dessen Beauftragte, die Verteufelung des politischen Konkurrenten im eigenen Lager als Ketzler (hier: »Revisionisten« in Gestalt des »Tito-Faschisten«, »Maoisten«, »Chruschtschowianers«) legen eine solche Sichtweise nahe. Die sowjetische Vorherrschaft wurde demzufolge nicht als solche reklamiert, sondern stets als Folge der Größe des Landes, der historischen Rolle, die der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution« als Schlüsselerignis zur Eröffnung einer neuen historischen Epoche »des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus« zugemessen wurde, ihrer Rolle bei der Zerschlagung des Hitlerfaschismus im Zweiten Weltkrieg und als Atommacht in Konkurrenz zu den USA interpretiert. Das bedeutet, daß das sowjetische Imperium einen ideologischen Begründungszusammenhang hatte, daß in dieser ideologischen Gestalt jedoch stets ein machtpolitischer Kern steckte. Insofern besteht im internationalen Gefüge des Realsozialismus ein Spannungsverhältnis zwischen dem ideologischen Schein und dem machtpolitischen Gehalt.

b) Zu den Eigenheiten des sowjetischen Imperiums

Das kommunistische Herrschaftssystem – als Herrschaft, in deren Zentrum die kommunistische Partei stand – war monistisch aufgebaut. Es ging von der Einheitlichkeit der Macht aus, die aus der »führenden Rolle« der Partei beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft abgeleitet war. Das be-

4 So auch der Titel eines Buches, das unter dem Namen des albanischen Parteiführers noch im Jahre 1980 in deutscher Sprache verbreitet wurde. Enver Hoxha: Die Chruschtschowianer. Tirana 1980. Dort findet sich beispielsweise folgende Aussage: »Chruschtschow und Konsorten versuchten mit allen Mitteln, ihre offen revisionistische Linie, ihre antimarxistischen und putschistischen Vorgehensweisen und Methoden auch in allen anderen kommunistischen und Arbeiterparteien zu verbreiten und zu züchten.« (Ebenda, S. 217). Man beachte die Wortwahl.

deutete jedoch nicht nur die Abwesenheit von Gewaltenteilung im politischen System und Subordination der Organe des Staates unter die der Partei. Die »neue Klasse«⁵, d. h. die sehr kleine Führungsgruppe innerhalb der Nomenklaturstufe des Politbüros, vereinte die exekutive, legislative und judikative Macht in einer Hand und versuchte, über das Gefüge der gesellschaftlichen Organisationen (»Transmissionsriemen«) die gesamte Gesellschaft zu beherrschen. Zugleich verfügte sie über das Eigentum an den Produktionsmitteln und über die ideologische Deutungsmacht, die mittels der Verfügung über die Massenmedien umgesetzt wurde (seit den mittelmesopotamischen Stadtstaaten-Priesterfürsten hatte es eine solche Machtfülle in einer Hand nicht gegeben: bereits bei den Sumerern und im Alten Ägypten war die Aussonderung einer speziellen Priesterkaste erfolgt, dann auch von privatem Eigentum, das nicht dem unbegrenzten Zugriff des Staates zugänglich war). Bedingung dieser Macht war jedoch, daß sie als solche verleugnet und verschleiert werden mußte. Das hat selbst Tito umgetrieben, als er Djilas wegen seiner Analyse der »neuen Klasse« zu sieben Jahren Gefängnis verurteilen ließ. Die real Herrschenden stellten sich als die lediglich Beauftragten des Volkes dar, obwohl sie faktisch weder einer demokratischen Kontrolle unterlagen noch auf einem geregelten Wege absetzbar waren – es sei denn durch einen Volksaufstand bzw. eine Revolution, was dann ab 1989 in Osteuropa erfolgte.

Bereits während des Zweiten Weltkrieges stand fest, daß eine Erweiterung der realsozialistischen Welt nicht über eine »Weltsowjetrepublik« erfolgen werde, d. h. durch den Anschluß der Länder, in denen eine sozialistische Revolution stattgefunden hatte, an die bereits existierende Sowjetunion, sondern durch das Nebeneinanderbestehen formalrechtlich zunächst unabhängiger, souveräner Staaten. Oben genannte Charakteristika des kommunistischen Herrschaftssystems realisierten sich demzufolge in einem nationalstaatlichen Rahmen. Jede der regierenden Parteiführungen genoß den Anspruch auf die Verfügung über alle Ressourcen der Macht in ihrem Land, die sich mit der unfehlbaren Deutungsmacht verband und letztlich auf die Verfügung über das Nationaleigentum stützte. Da der Markt im Gefolge der »sozialistischen Planwirtschaft« innerhalb der Volkswirtschaften außer Kraft gesetzt war, konnten auch zwischen ihnen keine wirklichen Marktbeziehungen entstehen. Gegenseitige Lieferungen hingen von Vereinbarungen ab, die ihrerseits vielfach nicht von wirtschaftlichen Erwägungen,

5 Die Verwendung des Begriffes erfolgt in Anlehnung an Milovan Djilas: Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems. München 1958.

sondern von anderen Faktoren bestimmt waren. So konnte die UdSSR unter Nutzung der bestehenden Abhängigkeiten beispielsweise gegenüber der DDR, trotz Perestrojka, bis Ende der 80er Jahre für Uranlieferungen aus der Wismut Preise erzwingen, die deutlich unter den Kosten lagen, so daß die DDR-Volkswirtschaft jährlich mit Milliarden Mark Verlust für diese Lieferungen aufkommen mußte, was wiederum ideologisch mit dem weltrevolutionären Anliegen des sowjetischen Nuklearpotentials begründet wurde. »Die vertikalen Strukturen innerhalb der »sozialistischen Gemeinschaft« waren bei weitem stärker und wirkungsvoller, als die horizontalen Verflechtungen. Da keine wirksamen inneren Triebkräfte existierten, blieb auch die RGW-Integration immer ein künstliches, aus der mehr oder weniger entwickelten Einsicht nationaler Führungen in die Notwendigkeit internationaler Kooperationen geborenes Gebilde ohne die erforderliche wirtschaftliche Eigendynamik. Generell fehlten in der »sozialistischen Gemeinschaft« die Mechanismen und Prozeduren, um gegenseitige Interessenkonflikte und Differenzen auf demokratischem und produktivem Wege zu lösen.«⁶

Zugleich nutzte der sowjetischen Führung all ihr Potential nichts, als Tito den Druck Moskaus durch spezielle Beziehungen zum Westen, insbesondere zu Churchill, ausbalancierte, ebenso wie Enver Hoxha durch die Herstellung von Sonderbeziehungen zum China Maos.

Zum *einen* also wurde das sowjetische Imperium durch Macht zusammengehalten; nicht alle anderen Staaten verfügten über derartige geopolitischen Ressourcen und konnten der Sowjetunion beliebig den Rücken kehren. Das Schweben Ceausescus zwischen Verbleib im Warschauer Vertrag und stichelnder Betonung nationaler Eigenständigkeit war nur ein sichtbares Zeichen dafür. Bis in die 80er Jahre hinein bedurfte jeder neue Generalsekretär der regierenden Parteien im sowjetischen Herrschaftsbereich der Bestätigung Moskaus. Noch 1974 mußte Kádár den ungarischen Ideologiesekretär György Aczél ablösen, weil er beim Moskauer Ideologiepapst Suslow mißliebig geworden war.

Zum *anderen* wurde das Staatengefüge um die Sowjetunion durch eine ideologische Grundübereinstimmung zusammengehalten. Nicht nur repressive Mechanismen seitens der sowjetischen Führung wirkten, sondern ebenfalls submissive bei den anderen Parteiführungen. Sie unterwarfen sich Moskau »der Sache« des Sozialismus wegen, schon deshalb, weil die Parteiführer bereits in kommunistischen Parteien sozialisiert und erzogen waren, bei denen im Sinne der Komintern das Verhältnis zur Sowjetunion als Krite-

6 Erhard Crome/Raimund Krämer: Die verschwundene Diplomatie ... S. 131.

rium des proletarischen Internationalismus angesehen wurde. »Die Sowjetunion, die den Frieden gegen den Imperialismus verteidigt, wird die revolutionären Arbeiterheere in allen Ländern für den Sieg der Roten Armee um sich scharen. In den Herzen von Millionen deutscher Arbeiter gibt es kein Vaterland außer der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken«, hieß es im Grußschreiben des ZK der KPD an das ZK der KPdSU(B) zum zehnten Jahrestag der Oktoberrevolution 1927.⁷ In der Entschließung der I. Parteikonferenz der SED (Januar 1949) hieß es in genau dieser Tradition: Die marxistisch-leninistische Partei »erkennt die führende Rolle der Sowjetunion und der KPdSU(B) im Kampfe gegen den Imperialismus an und erklärt es zur Pflicht jedes Werktätigen, die sozialistische Sowjetunion mit allen Kräften zu unterstützen.«⁸ Selbst in Honeckers SED-Statut von 1976 wurde die KPdSU noch als »Vorhut der kommunistischen Weltbewegung« bezeichnet.⁹ Insofern waren die ideologischen Streitigkeiten innerhalb der »sozialistischen Gemeinschaft« nicht nur Chiffren von Machtinteressen und -konflikten, sondern stets auch Auseinandersetzungen um den »richtigen sozialistischen Aufbau«, die richtige Interpretation der leninistischen Theorie.

So konnte Ideologie auch Ressource im internationalen Beziehungs- und Interessengeflecht innerhalb des sowjetischen Staatengefüges sein. Beispielsweise verstand es die SED-Führung trotz ihrer faktischen Schwäche in den innerdeutschen politischen Auseinandersetzungen vergleichsweise geschickt, die zentrale Stellung der »deutschen Frage« im Kalten Krieg in eigenen Prestige- und Einflußgewinn umzusetzen. Nicht nur innerhalb der DDR, auch im »sozialistischen Lager« bzw. in der »kommunistischen Weltbewegung« war die SED bestrebt, ihren Platz vor allem ideologisch zu fundieren. Die These vom »Sozialismus auf deutschem Boden«, »im Lande von Marx und Engels« war Ausdruck eines Selbstverständnisses, die gleichsam »zweite Partei« nach der KPdSU zu sein. Insbesondere gegenüber den polnischen Kommunisten pflegte Ulbricht, auch auf gemeinsamen Konferenzen der regierenden kommunistischen Parteien, auf deren »revisionistische« und »nationalistische« Abweichungen zu verweisen.¹⁰ Diese Ressource hatte allerdings ein anhaltendes Interesse der Vormacht an der Erhaltung einer sozialistischen DDR zur Voraussetzung.

7 Siehe Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 1: 1847–1945, Berlin 1983, S. 243.

8 Siehe ebenda, Bd. 2: 1945–1971, Berlin 1986, S. 106f.

9 Siehe ebenda, Bd. 3: 1971–1986, Berlin 1986, S. 172.

10 Siehe Mieczyslaw Tomala: »Erzählen Sie keinen Unsinn, Genosse Ulbricht!« Die VR Polen und die DDR in den sechziger Jahren. In: WeltTrends, Berlin (1996)13, S. 111ff.

Auch die Auseinandersetzungen um den »sozialistischen Aufbau« wurden in ideologischem Gewand geführt. Nationalkommunistische bzw. reformkommunistische Konzepte, etwa Imre Nagys in Ungarn 1956 oder Alexander Dubčeks und Ota Šiks in der ČSSR 1968, verfielen dem Verdikt des »Revisionismus« und wurden mit militärischem Einmarsch beantwortet. Die späteren Bestrebungen von Kádár in Ungarn und Jaruzelski in Polen, eigensinnige Wege zu gehen, wurden dann allerdings völlig ohne ideologische Fundierung umgesetzt und Moskau und den anderen ideologischen Sittenwächtern gegenüber mit der Schwäche der eigenen Partei im Lande erklärt. Das waren dann allerdings bereits Indizien für den Rückgang der Bedeutung des ideologischen Faktors.

Bis Mitte der 80er Jahre – der Amtsantritt Gorbatschows und der Beginn der Perestrojka in der UdSSR sollen hier als die wesentliche Zäsur angesehen werden – war ein vielgestaltiges Beziehungsgeflecht zwischen den Staaten des sowjetischen Machtbereichs entstanden. Multilateral hielten die Organisation des Warschauer Vertrages und der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe das Gefüge zusammen. Es gab ein Geflecht bilateraler »Freundschaftsverträge«, die auch Bündnisklauseln enthielten. Treffen der Generalsekretäre, verschiedener Ressortsekretäre der Zentralkomitees, der Ministerpräsidenten, der Außenminister und verschiedener Fachminister schienen ein dichtes Netz der Abstimmung und politischen Koordinierung zu bilden. Dennoch waren die Beziehungen weit davon entfernt, einen »neuen Typus« zu verkörpern oder »neue Formen« zu schaffen.

Seit den 50er Jahren hatte sich, zunächst unmerklich, ein Prozeß vollzogen, in dem die Durchgriffsmöglichkeiten Moskaus als Hegemonialmacht in die Länder hinein zurückgingen und die Handlungsspielräume der herrschenden »neuen Klassen« der Länder wuchsen. Trotz der ungleich größeren wirtschaftlichen, militärischen und anderen Ressourcen der UdSSR hatte die KPdSU-Führung schrittweise die qualitative Gleichberechtigung der anderen Parteiführungen akzeptieren müssen – mit dem gleichen ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Machtanspruch. Insbesondere vier Momente sind in diesem Zusammenhang hervorzuheben:

Erstens war Moskau der ideologischen Deutungsmacht verlustig gegangen. Beteiligt waren daran nicht nur die Auseinandersetzungen mit Tito und Mao sowie innere Entwicklungen in der »sozialistischen Gemeinschaft«, sondern auch die innerhalb der kommunistischen Weltbewegung. So verglich der damalige Generalsekretär der Kommunistischen Partei Spaniens, Santiago Carrillo, in seiner Rede auf der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas in Berlin 1976 die kommunistische Bewe-

gung mit dem Frühchristentum und seinen Leiden. Diese »ließen in unseren Reihen eine Verbindung zwischen wissenschaftlichem Kommunismus und einer Art Mystik des Opfertums und der Vorbestimmung entstehen. Wir wurden eine Art neue Kirche mit unseren Märtyrern und Propheten. Jahrelang war Moskau, wo unsere Träume begannen. Wirklichkeit zu werden, unser Rom. Wir sprachen von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, als wäre sie unsere Weihnacht. Das war unsere Kinderzeit. Heute sind wir erwachsen.« Ausdrücklich unterstrich er, »daß wir Kommunisten heute kein Führungszentrum haben, an keine internationale Disziplin gebunden sind.«¹¹ Honecker ließ diese Rede in der DDR im Wortlaut abdrucken, weil er in dem Bestreben, daß die SED die »zweite Partei« sein sollte, den westeuropäischen Eurokommunisten dies zugesagt hatte.

Zweitens zeitigte die Verknüpfung von politischer Macht, ideologischer Deutungsmacht und Eigentum an den Produktionsmitteln in der Hand der Parteien in den einzelnen Ländern weitreichende Folgen. Es unterschieden sich nicht nur die Institutionen des politischen Systems, sondern auch die – angesichts der Einführung der Planwirtschaft und der Abschaffung echter Marktbeziehungen – erforderlichen Surrogat-Institutionen, die die Planwirtschaftssysteme ausfüllen sollten. In allen osteuropäischen Ländern blieb die Defizitwirtschaft die natürliche Daseinsweise sozialistischen Wirtschaftens, was die RGW-Zusammenarbeit zu einem regelmäßigen Feilschen um Mangelwaren machte. Durch die hohe Zahl von DDR-Touristen in Ungarn und ihrem zusätzlichen »illegalen« Umtausch von Mark der DDR in Forint war etwa allsommerlich eine Sonderrunde der Außenhandelsminister erforderlich, um die zusätzlichen Kontingente an »Reisezahlungsmitteln« Ungarns für die DDR-Touristen zur Verfügung zu stellen, wofür die DDR ebenso regelmäßig Waren liefern mußte, die auf dem Binnenmarkt Mangelwaren waren. Das änderte aber nichts daran, daß DDR-Touristen, wie die aus den anderen sozialistischen Ländern, stets schlechter behandelt wurden, als die aus den westlichen Ländern – und das in allen »Bruderländern«. An einen Übergang zur Integration im Rahmen des RGW war nicht zu denken. Der Mangel, die nationale Verfügungsgewalt über das Eigentum und die unterschiedlichen konzeptionellen Positionen zur Planwirtschaft verhinderten dies. Mitte der 80er Jahre war für alle Länder des sowjetischen Herrschaftsbereiches, einschließlich der Vormacht selbst, die Zusammenarbeit mit dem Westen lukrativer als mit den »Bruderländern«. »Es gibt

11 Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, Dokumente und Reden, Berlin 1976, S. 120f.

eine größere Kraft als den Wunsch, den Willen und den Beschluß beliebiger feindlicher Regierungen oder Klassen; diese Kraft sind die allgemeinen Verhältnisse der Weltwirtschaft, die sie zwingen, mit uns Beziehungen aufzunehmen.«¹² Das hatte Lenin 1921 mit Blick auf die Blockadepolitik des Westens gegenüber Sowjetrußland gesagt. 1985 war klar: Es galt umgekehrt mindestens ebenso.

Drittens waren die sowjetischen Positionen in der Außen- und Verteidigungspolitik ebenfalls immer weniger durchsetzbar. War das Dogma vom internationalen Klassenkampf ursprünglich ein wesentliches Moment der Selbstlegitimation der kommunistischen Parteiführungen, so hatte dies im Zeitalter der Entspannung längst seine Bindewirkung verloren. Auch im Bereich der Außenpolitik artikulierten sich die anderen Länder verstärkt eigenständig.

Noch zurückhaltender war *viertens* die Unterstützung für die Dritte-Welt-Politik der Sowjetunion. Versuchte die DDR noch, eigene Akzente zur Unterstützung »antimperialistischer Kämpfer« in Kuba, Nicaragua oder Äthiopien zu setzen, lehnten Länder wie Polen oder Ungarn die sowjetische Politik in diesem Bereich, die zudem mit militärischen Konflikten in verschiedenen Weltteilen verbunden war, zunehmend offener ab.

c) *Das Imperium zieht sich zurück*

Gleichsam wie eine russische Matrjoschka-Puppe hatte das sowjetische Imperium mehrere Gestalten. Im Innern befand sich Rußland, das von der Moskauer Führung immer als Hausmacht behandelt wurde – als Chruschtschow die Idee hatte, der russischen KP-Organisation ein eigenes Zentralkomitee zu geben, wie es auch die ukrainische KP und andere hatten, war dies einer der Punkte, die zu seiner Ablösung führten; für bestimmte politische Kräfte in Moskau ist dies heute Argument, Rußland von jeglicher Verantwortung für die Vergangenheit freizusprechen und zum gleichsam ersten Opfer des Bolschewismus zu erklären. Die zweite Figur ist die Sowjetunion in ihrer territorial-politischen Gestalt bis zu ihrem Zerfall, das in der Literatur so genannte »innere Imperium«. Hier hatte die Moskauer Führung den direkten Zugriff auf alle Ressourcen und Entscheidungen. Die

12 W. I. Lenin: Über die Innen- und Außenpolitik der Republik. Bericht des Gesamtrussischen Zentralausführungsausschusses und des Rates der Volkskommissare an den IX. Gesamtrussischen Sowjetkongreß, 23. Dezember 1921. In: Werke, Bd. 53, Berlin 1971, S. 138.

dritte Figur war das »äußere Imperium« in Osteuropa, also die mit der Sowjetunion verbundene, von ihr beherrschte Gruppe von Staaten, die im oben beschriebenen Sinne selbständig waren. Über deren Ressourcen konnte die Moskauer Führung über den Kopf der dortigen »neuen Klassen« hinweg nur bedingt verfügen. Hinzu kam für Moskau das Problem, daß es nicht den erhofften wirtschaftlichen Nutzen aus diesen ökonomisch höher entwickelten Ländern ziehen konnte. War es auch im Einzelfall möglich, bestimmte Preise zugunsten der Sowjetunion durchzusetzen, so überstiegen insgesamt die Subsidien, um die Länder im sowjetischen Herrschaftsbereich zu halten, zunehmend die Einnahmen.¹³ Die vierte, äußere Gestalt war der Versuch, sowjetische Macht und sowjetischen Einfluß in die Dritte Welt zu projizieren, nach dem Zerfall der imperialistischen Kolonialsysteme die befreiten Länder als Ressource in der Blockkonfrontation mit dem Westen zu nutzen. Hier war die wirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnung für die Sowjetunion noch problematischer als in Osteuropa: am Ende war sie in eine Vielzahl regionaler Kriege verstrickt. Der Krieg bzw. die Niederlage in Afghanistan markiert den Anfang vom Ende der sowjetischen Weltmachtambitionen.¹⁴

Waren für die sowjetische Außenpolitik nach 1917 für kurze Zeit weltrevolutionäre Ansätze bestimmend (noch in den 70er Jahren übliches weltrevolutionäres Denken ist nicht mit einer weltrevolutionären Außenpolitik zu verwechseln), so wurde die UdSSR nach 1945 allmählich zu einer eher klassischen Großmacht mit globalen Ambitionen, die in der Tradition des zaristischen Rußlands stand. Der mit ungeheuren Opfern errungene Sieg über Hitlers Deutschland im Zweiten Weltkrieg brachte einen beträchtlichen Prestige- und Machtgewinn und Rußland (in Gestalt der Sowjetunion) die politisch und militärisch stärksten Positionen seiner Geschichte, territorial bis zur Elbe erstreckt. Trotz der ungefestigten wirtschaftlichen Basis ließ sich die UdSSR anschließend in einen globalen Zweikampf mit den USA verstricken, die im Bündnis mit allen anderen Mächten des Westens standen. Das Ergebnis der Weltmachtambitionen der sowjetischen Führer war ein globales Überengagement, das in keinem Verhältnis mehr zu den wirtschaftlichen Voraussetzungen stand. Das Imperium war überdehnt.¹⁵

13 Siehe Jochen Franzke: Imperium unter dem roten Banner. Überlegungen zum Ende der Sowjetunion. In: *WeltTrends*, Berlin (1995)6, S. 69.

14 Siehe ebenda, S. 70.

15 Die Autoren folgen hier dem analytischen Konzept von Paul Kennedy: *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*, Frankfurt am Main 1989.

Als Gorbatschow 1985 sein Amt antrat, war diese Schlußbilanz der alten, stalinistisch geprägten Machthaber (von Stalin über Chruschtschow bis Tschernenko) der Ausgangspunkt seiner Perestrojka-Politik.

An dieser Stelle sind zwei Anmerkungen erforderlich. Die erste bezieht sich auf die Frage, woher Gorbatschow kam. Zu den seltsamen Eigenheiten des realsozialistischen Herrschaftssystems gehört die Kaderauswahl auf immer niedrigerem Niveau. In Ostdeutschland etwa wird dies mitunter in der Vereinfachung reflektiert, die inkompetenten Greise in der SED-Führung seien am Scheitern des Realsozialismus schuld gewesen, nicht das Herrschaftssystem. Doch diese grauen Figuren standen am Ende des Kommunismus, am Anfang standen Lichtgestalten wie Rosa Luxemburg, Ruth Fischer oder Willi Münzenberg. Sie wurden verschlungen, nicht nur vom »Klassenfeind«, sondern auch von den Schergen der eigenen Partei. Es waren die Strukturen des Herrschaftssystems, das Parteiverständnis, letztlich das Gesellschaftskonzept selbst, die den Abstieg von Luxemburg zu Honecker oder von Lenin zu Breshnew bewirkten. Solche Funktionärstypen, die dann an der Spitze der Partei standen, waren deren ureigenes Produkt, die Abwesenheit von Kreativität, Intelligenz und Rückgrat Bedingung ihres Nomenklatura-Daseins. Das Nichtvorhandensein demokratischer Kontrolle und demokratischer Mechanismen der Auswechslung führten zu einer Reproduktion auf immer niedrigerem Niveau.

Soziologisch beschrieben wurden derartige Entwicklungen bereits – völlig unpolitisch und jedenfalls nicht auf den Realsozialismus bezogen – vom alten Parkinson in den 50er Jahren. Er beschreibt den Zustand der »schleichenden Büro-Paralyse« wie folgt: »Die höchsten Vorgesetzten sind muffige, schwerfällige Gesellen, ihre Untergebenen werden nur munter, wenn sie gegeneinander intrigieren und die Stuhlbeine der Nachbarn ansägen, und die jüngsten Mitarbeiter wirken entweder zynisch oder enttäuscht.« Das klingt bereits wie eine Beschreibung des realsozialistischen Herrschaftsapparates in den 80er Jahren. Weiter beschreibt Parkinson die Krankheit wie folgt: »Langsam, aber sicher füllt sich die Hauptverwaltung mit Männern, die dümmer sind als der Direktor, Präsident oder Manager. Wenn der Kopf der Organisation zweitklassig ist, wird er darauf achten, daß seine unmittelbaren Untergebenen drittklassig sind. Und diese werden ihrerseits zuverlässig dafür sorgen, daß der Rest der Angestelltenschaft viertklassig ist. Bald wird es tatsächlich zu einem Wettkampf der Dummheit kommen [...]«. Dies sei dann die Phase der permanenten Schlafsucht der Institution. Jedoch: »Sie kann im Zustand des Dauerschlafes noch zwanzig Jahre dahinvegetieren.« Rettung könne unerwarteterweise daher

kommen, daß einzelne Individuen eine Art Immunität gegen diese Schlafkrankheit entwickeln. »Anfangs verstecken sie ihre Qualitäten unter einer Maske der heiteren Idiotie. Sie machen das so gut, daß die Sonderbeauftragten für Qualitäts-Eliminierung (aus Dummheit) unfähig werden, die Fähigkeit des Mitarbeiters rechtzeitig zu erkennen, obwohl sie greifbar vor ihrer Nase liegt. Das wirklich tüchtige Mitglied dringt jetzt durch den äußeren Verteidigungsgürtel langsam ins Zentrum des Verwaltungsapparates ein und beginnt, die Stufenleiter nach oben zu erklimmen.« Dabei tarnt sich der Mann, indem er sich wie jeder andere Angestellte benimmt. »Erst wenn er zur Spitze emporgestiegen ist, läßt er die Maske fallen und erscheint nun den Lemuren des Angestelltenstabes furchtbar wie ein Fürst der Unterwelt.«¹⁶

Etwa so vollzog sich der Durchmarsch Gorbatschows durch die realsozialistischen Institutionen, bis ihn Andropow in Moskau deponierte. Dabei jedoch, und dies macht die zweite Anmerkung nötig, scheint er ein eher pragmatisches Verhältnis zu den ideologischen Chiffren des Realsozialismus hergestellt zu haben. Er beherrschte wie kein anderer die ideologischen Figuren des sowjetischen Kommunismus; deshalb gelang es ihm, von 1985 bis 1990 alle Versuche der Orthodoxen, seine Ablösung herbeizuführen, zu vereiteln. Aber das bedeutet nicht, daß er ein wirkliches Verständnis für das Ausmaß und die Tiefe der Probleme hatte, vor denen die Sowjetunion stand. Der »Verrats«-Vorwurf, der in den Moskauer Eliten heute erhoben wird, trifft die Sache nicht. Es war die Sozialisation in den stalinistischen Wandelgängen der Macht, die ihn geprägt hatte. Er war gebildeter, eloquenter als alle anderen sowjetischen Parteiführer, wahrscheinlich seit Trotzki. Und er war gewillt, nicht nur den Kalten Krieg, sondern auch das Blutvergießen um der Macht willen endlich zu beenden. Darin liegt seine historische Größe. Aber er kannte die Macht offenbar nur in zweierlei Formen: als Blutvergießen und als Hofintrige. Nicht als Moment von Herrschaft an sich. Und so geriet die Perestrojka in Verbindung mit Glasnost nicht zu einer Konsolidierung, wie ursprünglich beabsichtigt, sondern zum Zerfall des Imperiums.

Die Beendigung des Kalten Krieges dürfte die große historische Leistung Gorbatschows sein, die von Dauer ist. Anfang der 80er Jahre hatte Ernst-Otto Czempiel ein Schichtenmodell des Ost-West-Konflikts entwickelt. Danach unterschied er vier Ebenen des Konflikts. Auf der untersten

16 Cyril Northcote Parkinson: Parkinsons Gesetz und andere Studien über die Verwaltung. Düsseldorf [u. a.] 1992, S. 109 und 112f.

der originäre Konflikt, die Positionsdifferenzen über die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Ordnung, darüber das Sicherheitsdilemma, die Unsicherheit darüber, ob der andere den Angriff wagen würde, darüber wiederum der sekundäre Konflikt, die Machtkonkurrenz in der Dritten Welt, und auf der vierten Ebene schließlich der abgeleitete Konflikt in Gestalt der Rüstungsdynamik. Czempiels zunächst scheinbar überraschender Befund war, daß die Spannungsgrade – sicher entgegen den ideologischen Erwartungen – genau umgekehrt zur Schichtenfolge standen: die höchste Spannung auf der Ebene des Wettrüstens, eine hohe auf der Ebene der Dritte-Welt-Konkurrenz, eine noch beträchtliche auf der Ebene des Sicherheitsdilemmas und die niedrigste auf der originären Systemebene.¹⁷

Bemerkenswert ist nun, daß Gorbatschow genau in der Spannungsfolge vorging: Zunächst brachte er durch weitgehendes Entgegenkommen die Sowjetunion in den Abrüstungsverhandlungen in eine offensive außenpolitische Position und trug so zu einer Öffnung der Verhandlungen bei. Die Reduzierung der Rüstungslasten sollte die erste Richtung sein, die imperiale Überdehnung zurückzuführen. Die zweite war das Herausziehen der Sowjetunion aus den Konflikten in der Dritten Welt. Mit den USA und den jeweils anderen beteiligten Konfliktparteien wurden Vereinbarungen zur Regelung in Afrika, Mittelamerika, Kambodscha, schließlich Afghanistan getroffen. Beides trug sichtlich zur Verringerung des Sicherheitsdilemmas bei. Mittlerweile hatte Gorbatschow nicht nur bezüglich der Verbündeten in der Dritten Welt, sondern auch gegenüber denen im osteuropäischen »äußeren Imperium« die »freie Wahl des Entwicklungsweges« verkündet, mit anderen Worten: die Parteiführungen in Osteuropa sollte sich ihre Legitimierung bei ihrer respektiven Bevölkerung selbst verschaffen, jedenfalls sowjetische Truppen zur Machtsicherung nicht mehr zur Verfügung stehen. Inwieweit seine Versicherungen, daß die historische Entscheidung »für den Sozialismus« unwiderruflich sei, Ausdruck einer eklatanten Fehleinschätzung war oder aber »Pfeifen im Walde«, läßt sich heute nicht mehr sagen. Das Imperium im Osten zerfiel. Mit der »Charta von Paris« wurde 1990 auch der originäre Konflikt beigelegt: Menschenrechte, Demokratie und Marktwirtschaft wurden als die verbindenden Werte völkerrechtlich fixiert.

17. Siehe Ernst-Otto Czempiel: Nachrüstung und Systemwandel. Ein Beitrag zur Diskussion um den Doppelbeschluß der NATO. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«, Bonn (1982)5, S. 29.

DIE AUSSENPOLITISCHEN DIMENSIONEN DER EUROPÄISCHEN WENDE

In einem systemischen Sinne war die Auflösung des sowjetischen Imperiums die zweite Dimension des Fiaskos des Realsozialismus. Die Globalisierung der Welt sowie die Verallgemeinerung der Menschenrechte und demokratischen Grundwerte besiegelten das Schicksal des kommunistischen Projekts auch in den internationalen Beziehungen. Die Separierung in einer eigens geschaffenen »neuen Welt« hatte sich als unrealisierbar erwiesen. Was es am Ende für die Menschen in den betreffenden Ländern bedeutet, ist heute noch nicht ausgemacht.

a) Voraussetzungen

Zwei Momente in der Gorbatschowschen Strategie der 80er Jahre haben besonders weitreichende Folgen gezeitigt. Nach dem Ersten Weltkrieg war die Losung vom »proletarischen Internationalismus« das Banner, unter dem die Bolschewiki die russische Erde wieder einsammelten. Deshalb zerfiel das russische Reich unter dem Ansturm des Nationalismus nicht analog dem Habsburger und Osmanischen Reich dauerhaft bereits damals. Nach dem Zweiten Weltkrieg war der »Internationalismus« die ideologische Begründung für die Errichtung des äußeren Imperiums wie für die Ausdehnung in die Dritte Welt. Der dezidierte Verzicht auf den »Internationalismus« zugunsten der allgemeinmenschlichen Werte entzog dem sowjetischen Herrschaftsbereich jedoch nicht nur in den äußeren Gestalten der »Matrjoschka« die gewohnte Grundlage, sondern auch in den inneren. Bereits 1989 signalisierte das Unabhängigkeitsstreben Litauens den Zerfall der UdSSR; in Gestalt des Tschetschenien-Krieges der 90er Jahre ist deutlich, daß dieser Prozeß auch vor der Russischen Föderation nicht haltmacht. Gewiß, auch eine demokratische Neubegründung einer um Rußland gruppierten Großföderation wäre denkbar gewesen. Doch dafür bestanden offenbar weder die historischen und konstitutionellen Voraussetzungen noch der politische Wille der nationalen Eliten.

Das andere Moment war das der Gewaltlosigkeit. Das übergeordnete Ziel, den Kalten Krieg und das Wettrüsten zu beenden sowie das Sicherheitsdilemma zu beseitigen, schloß den Einsatz von Gewalt gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen aus. Ein Einsatz militärischer Kräfte, etwa in der DDR die Grenze gewaltsam wieder zu schließen, oder gegen das litau-

sche Parlament, hätte nach Gorbatschows Einschätzung nicht nur das Ende der Perestroika bedeutet, sondern alle Resultate der seit 1985 erreichten Entspannung auf einen Schlag wieder zunichte gemacht. Im Gegenzug sagte der Westen Zurückhaltung zu. Während des Gipfels in Malta 1989 versprach Präsident Bush, daß der Westen die geschwächte Situation der Sowjetunion nicht ausnutzen werde. Im Februar 1990 versicherte der damalige amerikanische Außenminister Baker gegenüber Gorbatschow, daß im Gegenzug zu einer sowjetischen Zustimmung zu einer NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands »gewährleistet ist, daß die NATO ihr Territorium um keinen Zentimeter in Richtung Osten ausweitet.«¹⁸ Es ist dies jene Zusage, die Moskau heute mit den Bestrebungen zur NATO-Osterweiterung gebrochen sieht.

So verband sich die Politik Gorbatschows mit zwei Illusionen: daß sich der Rückzug des Imperiums an einem bestimmten Punkt begrenzen ließe, und daß die Sowjetunion nach dem Rückzug ebenso supermächtig behandelt würde, wie zuvor.

b) Neue Konstellationen

Die Systemordnung der Nachkriegszeit in Europa war auch eine Raumordnung. Deutschland hatte von der europäischen Mitte aus mit verbrecherischen Mitteln Europa beherrschen wollen. Der bekannte Händedruck zwischen sowjetischen und amerikanischen Soldaten bei Torgau an der Elbe signalisierte nicht nur den Sieg über Nazideutschland, sondern auch das Verschwinden der europäischen Mitte. Der Rückzug des sowjetischen Imperiums brachte nicht nur eine gesellschaftliche Neuordnung mit sich, sondern auch eine räumliche. Europa strukturiert sich neu. Das Problem ist, auf welcher Grundlage und durch wen.

Vier außenpolitische Folgen sind vor allem auszumachen:

Erstens muß der Unterschied in den Grundcharakteristika der internationalen Beziehungen hervorgehoben werden. Waren die internationalen Beziehungen des Kalten Krieges ein Nullsummenspiel, in dem der Verlust der einen Seite als Gewinn der anderen verbucht wurde, und umgekehrt, so ist ein wesentlicher typologischer Paradigmenwechsel der Übergang zu einem

18 Michael R. Beschloss/Strobe Talbott: Auf höchster Ebene. Das Ende des Kalten Krieges und die Geheimdiplomatie der Supermächte 1989-1991. Düsseldorf [u. a.] 1993. S. 245. - Siehe ebenda. S. 215f. und 244ff.

interdependenten, kooperativen Beziehungstyp. Rußland verliert nicht, wenn der Westen gewinnt; eine Stärkung Rußlands bedeutet nicht eine Schwächung des Westens; alle Beteiligten müssen an einer Stabilisierung Rußlands und aller anderen Staaten im Osten interessiert sein.

Zweitens ist die Stellung Rußlands in den internationalen Beziehungen neu zu sichten. Etwas verkürzt ließe sich folgendes feststellen: Der Platz, den Rußland heute in der internationalen Politik einnimmt (Ständiger Sitz im UNO-Sicherheitsrat; gesonderte Beziehungen zu den USA, ohne daß sich daraus besondere Einflußmöglichkeiten auf deren Weltpolitik ergeben würden; bürgerliche Staaten an seiner europäischen Westgrenze, die eher nach Westen denn nach Osten streben; ein vereintes Deutschland in Europas Mitte, das nicht russischer Vormundschaft untersteht, aber freundlich mit ihm verbunden ist), dürfte ziemlich exakt jener sein, den die Sowjetunion unter Beibehaltung einer Kooperationsoption mit den USA und bei Annahme einer Einbeziehung in den Marshall-Plan schon vor Jahrzehnten hätte einnehmen können. War also der ganze Ost-West-Konflikt ein Irrweg?

Eine solche Betrachtungsweise wäre höchst ahistorisch. Sie negierte die wirklichen Bewegungskräfte des 20. Jahrhunderts und ihre Tiefenschichten. Zu diesen zählte auch die kommunistische Bewegung als einst geschichtsmächtige Kraft. Und diese hatte ihre stärkste Ausformung in der Sowjetunion. Das Verschwinden der Dichotomie Kapitalismus – Sozialismus in ihrer staatlich organisierten Gestalt ist ein zweiter Aspekt des außenpolitischen Paradigmenwechsels.

Drittens hat Europa wieder eine Mitte. Mit der deutschen Vereinigung, der Erlangung der vollen Souveränität im »2+4-Vertrag« und den Veränderungen der europäischen Kräftekonstellation als Ganzes hat sich Deutschlands Lage weitergehend und grundsätzlicher verändert, als es angesichts der inneren Lage in Ostdeutschland und seiner Bevölkerungszahl zunächst den Anschein hat. Das Bonner politische Personal versucht dies durch Bekenntnisse zum deutsch-amerikanischen Verbund und zur (west-)europäischen Integration zu verdrängen. Westbindung bedeutet im Kern nicht etwas Geographisches, sondern die Bindung an Werte der Menschenrechte, der Demokratie und der Marktwirtschaft. Insofern bleibt als eigentliches Problem, ob Deutschland künftig wieder in eine nationale Ordnungsmachtpolitik abgeleitet, wodurch es letztlich in Widerspruch zu allen anderen europäischen Staaten geraten würde, oder ob es dauerhaft im Verbund mit den Organisationen des Westens, Europäische Union, NATO, zu einer gemeinsamen Stabilisierung Europas beiträgt, gestützt auf gute Beziehungen zu den Nachbarn im Osten und zu Rußland.

Viertens hat sich die weitreichendste Veränderung wohl bezüglich der Rolle der ostmitteleuropäischen Staaten vollzogen. Für sie war die Befreiung von der sowjetischen Vorherrschaft, die Beseitigung des kommunistischen Herrschaftssystems zugleich der Weg »zurück nach Europa«. In dieser Perspektive war der Umbruch 1989 nicht nur das »Ende des Kommunismus«, sondern zugleich der »Neubeginn der Eigenständigkeit«. ¹⁹ Waren sie in der Zwischenkriegszeit der »Cordon sanitaire« des Westens gegen die Sowjetunion, der dann durch das Münchner Abkommen 1938 und den Hitler-Stalin-Pakt 1939 zerstört wurde, und nach dem zweiten Weltkrieg bis 1989 der der Sowjetunion gegen den Westen, so treten sie heute als eigenständige Akteure auf der europäischen Bühne in Erscheinung. Mit eigenen Interessen, Konzeptionen und Perzeptionen. Die Debatte um die NATO-Osterweiterung, die von ihnen ausging und im Westen zunächst nicht gewollt war, ist ein erster Ausdruck dessen.

SICHERHEIT UND STABILITÄT IN EUROPA AM ENDE DES 20. JAHRHUNDERTS

Sieben Jahre nach dem Ende der Blockkonfrontation ist die räumliche Neugestaltung Europas noch immer in vollem Gange. Bisher ist es nicht gelungen, auf den institutionellen Trümmern der Vergangenheit eine neue Architektur aufzubauen, die allen europäischen Staaten das Gefühl der Sicherheit vermittelt.

Auf dem Weg zu einem neuen institutionellen Design der Sicherheit und Stabilität wurden seit 1990 folgende Etappen zurückgelegt:

Die erste Etappe (1990–1992) war geprägt vom Zusammenbruch des Warschauer Vertrages, des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und schließlich der bisherigen Vormacht im östlichen Europa – der Sowjetunion. Die postsozialistischen Staaten erhielten ihre Souveränität zurück. Nunmehr mußte das europäische Netzwerk neu geknüpft werden. Dies begann mit einem Neuanfang in den bilateralen Beziehungen zwischen den Staaten im Westen und im Osten Europas. Zugleich ging es darum, den Aspirationen der osteuropäischen Staaten nach gleichberechtigter Partnerschaft ent-

¹⁹ So die tschechischen Autoren Pavel Seifert und Vladimír Handl in August Pradetto (Hrsg.): Ostmitteleuropa, Rußland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit. Opladen 1997, S. 45.

gegenzukommen und sie in die den neuen Bedingungen anzupassenden europäischen und europäisch-atlantischen Institutionen einzubinden. Dabei blieb zunächst offen, in welcher Form dies geschehen sollte und in welchem Verhältnis KSZE, Europarat, NATO, EU und WEU dabei künftig zueinander stehen würden.²⁰

In der zweiten Periode (1993–1996) wurden in einem zeitaufwendigen, langwierigen und offensichtlich auch noch nicht völlig abgeschlossenen Prozeß die Konzepte für die künftige Entwicklung der europäischen Sicherheitsinstitutionen entwickelt. Lange Zeit herrschte bei den beteiligten Akteuren konzeptionelle Konfusion und eine Strategie des Zeitgewinns vor. Schließlich wurden die Aufgaben der OSZE als umfassender Organisation »von Vancouver bis Wladiwostok« neu bestimmt. Sie bleibt jedoch – wie der Europarat und die WEU – für die künftige Sicherheitsarchitektur Europas in der zweiten Reihe. Angesichts der realen Machtverhältnisse vollzog sich die »Neuordnung Europas vom Westen her«.²¹ Die bleibt eine Hypothek für die künftige europäische Sicherheitsstruktur ebenso wie die Tatsache, daß viele Entscheidungen von den Großmächten präjudiziert wurden und die kleineren Staaten, vor allem jene in Ostmitteleuropa, vielfach in die Entscheidungsfindung kaum einbezogen waren. In den Mittelpunkt geriet mehr und mehr die Ausdehnung von EU und NATO nach Osten. Dabei wurde die Einbeziehung einer Reihe von Ländern Ostmitteleuropas als Vollmitglieder in die EU ebenso ins Auge gefaßt wie die Öffnung der NATO nach Ostmitteleuropa bei parallelem Abschluß einer engen Sicherheitspartnerschaft mit Rußland.

Die dritte Etappe ist seit Anfang 1997 im Gange. Nunmehr geht es um die Realisierung der konzeptionellen Vorstellungen einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur. Die europäische Ordnung der Zukunft gewinnt langsam an Umriß und Gestalt. In Paris wurde das Verhältnis des Westens zu Rußland auf eine Basis der Partnerschaft gestellt. In Amsterdam wurden die Voraussetzungen für eine Erweiterung der EU nach Osten geschaffen, in Madrid wurde dies für die NATO getan. Damit ist der Weg frei für die schrittweise Ausweitung von EU und NATO nach Osten. Dieser Weg wird kompliziert sein, da er nur schrittweise erfolgen kann. Daher wird diese dritte Etappe wohl länger andauern.²²

20 Siehe Heinz Timmermann: Osteuropa: »Drang nach Westen« – Möglichkeiten und Hemmnisse. Die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas und die euro-atlantischen Integrationsprozesse. In: Osteuropa. Stuttgart (1997)6. S. 531 ff.

21 Siehe ebenda. S. 532.

22 Siehe »Die Zeit«. Hamburg vom 20. Juni 1997.

a) Vier Räume

Gegenwärtig sind aus sicherheitspolitischer Sicht in Europa vier Räume erkennbar:

- Westeuropas integrierter Raum, geprägt von Sicherheit und Stabilität, mit der NATO als zentraler Institution;²³
- die Zwischenzone des Sicherheitsvakuums im östlichen Mitteleuropa;²⁴
- der von den Folgen des Krieges geprägte weiterhin explosive postjugo-slawische Raum;²⁵
- der instabile postsowjetische Raum mit Rußland als Ordnungsmacht.

b) Rußland und die europäische Sicherheitsordnung

Die zentrale Frage der neuen politischen Ordnung und Sicherheitsstruktur im Gesamttraum Europa ist die nach der *künftigen Stellung Rußlands*.²⁶ Rußland bildet auch nach dem Ende der Ost-West-Blockkonfrontation eine politische Großmacht mit dem größten Nukleararsenal und der personalstärksten konventionellen Streitmacht. Daher besitzt es ein Eigengewicht, das es in jeder denkbaren gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur dominieren läßt. Rußlands Teilnahme an den europäischen Integrationsprozessen ist darüber hinaus jedoch vor allem aus geopolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen ausgeschlossen. Es kann daher auch nicht Mitglied der NATO werden. Es konstituiert den Kern eines eigenen Raumes, dem

23 Die Sicherheit dieses Raumes wird durch die NATO und in deren Schlepptau die WEU garantiert, wenn auch einige Staaten nicht Mitglied dieser Organisation sind. Neue Mitgliedsstaaten der EU haben die Möglichkeit, WEU-Mitglieder zu werden und sind – da politisch eine Doppelmitgliedschaft in WEU und NATO gewünscht ist – zugleich potentieller NATO-Beitrittskandidat.

24 Dabei gehen wir hier von einem sehr weit gefaßten Mittelosteuropa-Begriff aus. Zu diesem Raum gehören Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien sowie Litauen, Lettland und Estland. Albanien ist ein Sonderfall und gehört zu keinem der Räume.

25 Südosteuropas neue Raumgliederung wurde durch den Krieg im ehemaligen Jugoslawien weiter fragmentiert. Die in dessen Folge ins Extreme gesteigerte nationalistische Abgrenzung zwischen Serben, Kroaten und Bosniaken erschwert eine klare räumliche Eingliederung dieses Gebietes in europäische Strukturen.

26 Die »Rußländische Föderation« wird in diesem Beitrag der Kürze halber als »Rußlands« bezeichnet.

auch die anderen GUS-Staaten angehören.²⁷ Lediglich die Frage der Zugehörigkeit der Ukraine zu diesem Raum scheint gegenwärtig offen.²⁸

Die nächste Frage ist jene nach dem sicherheitspolitischen *Platz jener Staaten, die in der Zone zwischen Rußland und der EU/NATO liegen*. Deren Sicherheitspolitik prägen die historisch negativen Erfahrungen mit bilateralen Sicherheitsgarantien, Achsen und regionalen Sicherheitsbündnissen sowie die aktuellen Ängste vor russischen Repressionen bzw. vor den Folgen der russischen Instabilität. Angesichts dieser Lage setzten alle diese Staaten auf die Mitgliedschaft in der EU und der NATO, um so eine dauerhafte Sicherheit und Stabilität zu erlangen.

c) Alternativen

Daß die Gewährleistung der Sicherheit in diesem Raum heute nur der NATO zugetraut wird, ist durchaus auch das Resultat der politischen Entwicklungen seit 1989. Nach dem Ende der Blockkonfrontation und der Auflösung des Warschauer Vertrages (April 1991) geriet auch die NATO in eine tiefe Sinnkrise. Im Westen forderten viele deren Auflösung. Im Osten Europas allerdings blieb eine NATO-Mitgliedschaft für eine Reihe der neu ins Amt gekommenen postsozialistischen Regierungen eine wichtige außenpolitische Option. Daneben wurden aber (vor allem zwischen 1989 und 1993) durchaus auch andere Alternativen sondiert.

Zumeist wird die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (*OSZE – früher KSZE*) als Alternative zur NATO-Osterweiterung ins Spiel gebracht.²⁹ Von der Stärkung der damaligen KSZE versprachen sich auch die mitteleuropäischen Staaten einig. Erinnert sei an die Initiativen des damaligen tschechoslowakischen Außenministers Jiří Dienstbier. Das Versagen der OSZE – und aller anderen internationalen Organisationen im Jugoslawien-Krieg – hat jedoch die Hoffnungen auf eine solche Rolle

27 Jürgen von Alten schreibt dazu: Rußland bildet »den Kern eines eigenen Raumes [...] Rußland muß seinen Platz finden, aber schon aus raumpolitischen Gründen nicht in, sondern neben Europa.« (Jürgen von Alten: *Weltgeschichte der Ostsee*, Berlin 1996, S. 144). – Siehe auch Ernst-Otto Czempiel: *Weltpolitik im Umbruch*, Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, München 1991.

28 Siehe den Beitrag Kokoshinski in Wolfram Wallraf (Hrsg.): *NATO-Osterweiterung. Neue Mitglieder für ein Bündnis im Wandel?* Potsdam 1996, S. 153ff.

29 Siehe Angelika Beer: *Stärkung und Reform der OSZE*. In: S.F. Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Hamburg (1996)1, S. 25–29.

schwinden lassen. Die OSZE hat jedoch in den Jahren seit 1989 trotz einer bestimmten Stärkung ihrer institutionellen Grundstruktur deutlich gemacht, daß sie nicht in der Lage ist, für reale Sicherheit ihrer Mitgliedsstaaten zu sorgen. Selbst Rußland – das immer wieder die OSZE als Ersatz für eine NATO-Osterweiterung ins Spiel bringt – hat aus Eigennutz eine reale Ausweitung der Vollmachten der OSZE blockiert.

Zeitweilig wurde auch – vor allem von polnischen Politikern – die Bildung eines *eigenen regionalen Sicherheitsbündnisses* (*»NATO-bis«*) in Erwägung gezogen.³⁰ Diese Idee erwies sich ebenfalls als nicht tragfähig und fand keine Unterstützung. Sie wurde schließlich nicht weiterverfolgt.

Das von Rußland vorgeschlagene *System von Sicherheitsgarantien* (solche Garantien der NATO oder sich überkreuzende Garantien der NATO und Rußlands)³¹ für die mitteleuropäischen Staaten werden von diesen (angesichts ihrer historischen Erfahrungen mit solchen »Garantien«) ebenso abgelehnt wie von der NATO.

Zu den bis heute diskutierten Alternativen gehört eine *Mitgliedschaft der mitteleuropäischen Staaten in der Westeuropäischen Union (WEU)*.³² Dies könne – so versichern die Verfechter dieser Position – das Sicherheitsdilemma dieser Staaten auch lösen, würde jedoch gleichzeitig nicht auf den gleichen Widerstand Rußlands stoßen, wie eine NATO-Mitgliedschaft. Diese Alternative lehnen Warschau, Prag und Budapest jedoch ab. Praktisch würde sie hinsichtlich der Sicherheit im erweiterten westeuropäischen Raum zwei Klassen einführen, was für die mitteleuropäischen Staaten nicht annehmbar ist.

Ein weiterer Vorschlag betrifft die Schaffung einer *eigenständigen baltischen Sicherheitsstruktur*.³³ Daß ein solches Bündnis, dem – mit Ausnahme Rußlands – alle Ostseeanrainer angehören sollten, in diesem Raum dauerhafte Sicherheit garantieren könnte, ist wenig wahrscheinlich. Wenn schon die NATO und deren Mitgliedsstaaten nicht bereit sind, z. B. den baltischen Staaten dauerhaft Sicherheit vor Rußland zu garantieren, so

30 Siehe Bogdan Koszel: Polens dorniger Weg zur NATO. In: WeltTrends, Berlin (1996)10, S. 49f.

31 Siehe »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 16. März 1996.

32 Siehe Karl Kaiser: Umgestaltung der NATO. In: Internationale Politik, Bonn (1996)6, S. 45. Für eine parallele Erweiterung von NATO und WEU plädiert auch Stuart Croft in Wolfram Wallraf (Hrsg.): NATO-Osterweiterung. Neue Mitglieder für ein Bündnis im Wandel? Potsdam 1996, S. 75.

33 Siehe Jürgen von Alten: Weltgeschichte der Ostsee, Berlin 1996.

könnte dies BALTO noch weniger. Auch für Schweden und Finnland gilt schließlich: *Mourir pour Tallinn?*

All diese alternativen Vorschläge erwiesen sind als letztlich untauglich, die grundlegenden Sicherheitsprobleme Mitteleuropas zu lösen. Ein Verlassen der gefährlichen »Zone des Sicherheitsvakuum« ist für die mitteleuropäischen Staaten nur durch einen möglichst baldigen Beitritt zur NATO zu erreichen. Nur eine solche Entwicklung schafft dauerhafte, unumstößliche Tatsachen, auf die die künftige demokratische und marktwirtschaftliche Entwicklung dieser Staaten gegründet werden kann.

d) Die sicherheitspolitische Dimension der Aufnahme neuer Mitglieder in die EU

Bei der Debatte um den Ausweitungprozeß der NATO darf die sicherheitspolitische Spezifik der Osterweiterung der Europäischen Union nicht ausgeklammert werden. Beide Prozesse verlaufen parallel zueinander und ergänzen sich in vielerlei Hinsicht, ohne zeitgleich sein zu müssen. Zwar erwarten die Akteure aus mittelosteuropäischen Ländern von einer Mitgliedschaft in der EU vor allem den notwendigen Modernisierungsschub in Form von Marktöffnung, Kapital- und Technologietransfer. Dennoch möchten die Transformationsländer die EU nicht nur in der Rolle eines wirtschaftlichen Ankers sehen. Sie erwarten auch einen politisch und zunehmend einen sicherheitspolitischen Beitrag seitens der Gemeinschaft. Insbesondere angesichts der noch unklaren Aussichten jener Länder auf einen Beitritt zur NATO und angesichts der verheerenden politisch-psychologischen Wirkungen des Krieges in Ex-Jugoslawien machen sie ihren Anspruch auf eine Art Sicherheits- und Stabilitätsgarantie durch die EU nachdrücklich geltend. Andererseits hat die EU selbst ein breites strategisches Interesse an Mittelost- und Südosteuropa. Dies ergibt sich vor allem aus der Überlegung, daß jede Instabilität in der östlichen Hemisphäre zugleich Gefahren für Sicherheit und Stabilität im Westen des Kontinents zur Folge haben kann.

Jedoch ergeben sich unter sicherheitspolitischen Aspekten möglicherweise auch Gefahren aus einer Osterweiterung der EU: Neue Konfliktfelder könnten unmittelbar in die Union einbezogen werden. Allein unter diesem Aspekt sind die internationalen Konflikte im südosteuropäischen Raum und im Baltikum nicht zu unterschätzen. In die Westeuropa im Falle einer Erweiterung direkt involviert werden könnte.

Nicht nur solche sicherheitspolitischen Überlegungen und Erwägungen, sondern auch die Sorge über zusätzliche finanzielle Belastungen der Union und Befürchtungen vor gravierenden Veränderungen des innergemeinschaftlichen Kräfteverhältnisses haben in jüngster Zeit in vielen EU-Staaten zur spürbaren Zurückhaltung hinsichtlich des Tempos der Osterweiterung geführt. Eine rasche Erweiterung der EU ist somit gegenwärtig Wunschenken und findet kein nennenswertes Echo in Westeuropa.

e) Die Zukunft der OSZE

Die OSZE wird auch künftig einen Platz unter den sicherheitspolitischen Institutionen Europas einnehmen. Es wird allerdings nicht der zentrale Platz sein. Gegenwärtig sind die Kompetenzen und Eingriffsmöglichkeiten der OSZE mehr als unbefriedigend und vermögen den 53 Teilnehmerstaaten keine Sicherheitsgarantien wie die eines echten Bündnisses zu bieten. Ungeachtet dessen bleibt es die Aufgabe der Mitgliedsstaaten, an der Stärkung der Durchsetzungsfähigkeit der OSZE zu arbeiten. Zumindest solange die Neugliederung der Sicherheitsstruktur Europas nicht abgeschlossen und gefestigt ist (Osterweiterung der NATO, Stabilisierung des Verhältnisses »neue NATO und Rußland«), wird die OSZE weiterhin eine wichtige politische und sicherheitspolitische Rolle spielen.

f) Zwei verklammerte Sicherheitsstrukturen

Unter den genannten Umständen ist davon auszugehen, daß sich langfristig in Europa mindestens zwei Sicherheitsstrukturen entwickeln werden. Es entsteht eine *neue Bipolarität*: Im Raum westlich von Rußland und der GUS eine erweiterte NATO und im östlichen Europa eine eigenständige sicherheitspolitische Struktur, in der Rußland die dominierende Rolle spielt. Ob es Rußland gelingt, alle GUS-Staaten zu einer gemeinsamen Sicherheitspolitik zu veranlassen ist genauso offen wie die Bestrebungen der Ukraine, sich von einem solchen Bündnis fernzuhalten.

Ein gemeinsames institutionalisiertes Verteidigungsbündnis, das vom Atlantik bis zum Pazifik unter Einbeziehung z. B. der kaukasischen bzw. mittelasiatischen Staaten reicht, ist wenig wahrscheinlich. Selbst ein funktionierendes gesamteuropäisches Sicherheitssystem in Form einer einzigen Institution ist heute unrealistisch. Auch die OSZE kann diese Rolle nicht

spielen. Sie könnte allerdings einen Beitrag zur Verklammerung beider Räume leisten. Dies scheint ohnehin eine der grundlegenden sicherheitspolitischen Aufgaben Europas im nächsten Jahrzehnt zu sein. Europäische Sicherheit ist also auch künftig nicht kontinental organisierbar, sondern benötigt regionale und subregionale Institutionen, die verklammert werden müssen. Die neue Bipolarität könnte sich von der alten insbesondere durch ihre Kultur der Zusammenarbeit unterscheiden.

DIE NEUE STAATENWELT IN MITTEL- UND OSTEUROPA

Die deutsche Position zur Osterweiterung ist kompliziert, weil es verschiedene Konzepte zur Ostpolitik Deutschlands gibt. Es ist noch nicht klar, welches dieser Konzepte sich durchsetzt, oder ob beide sinnvoll miteinander verknüpft werden können.

a) Der alte Westen und der neue Osten

Die *erste* Konzeption kann als »Russia First« (Rußland als oberste Priorität) bezeichnet werden. Diese Linie zielt auf eine klare Konzentration deutscher Politik in diesem Raum auf Rußland und die Lösung aller sicherheitspolitischen Fragen in erster Linie im Einverständnis mit Rußland ab. Konsequenz dieser Konzeption wäre es, eine NATO-Osterweiterung von der Zustimmung Rußlands abhängig zu machen.

Die *zweite* Konzeption betrachtet Deutschland vorrangig als »Regionalmacht in Zentraleuropa« (Arnulf Baring). Hier werden die deutschen Interessen vorrangig in der Nachbarschaft und nicht weit im Osten gesehen. Die Stabilisierung und Entwicklung Zentraleuropas erscheint dabei als eine der zentralen außenpolitischen Aufgaben Deutschlands. Dies impliziert eine NATO-Osterweiterung, die notfalls auch gegen den Willen Rußlands durchgesetzt werden würde.

Die Auseinandersetzung um diese Konzepte ist im Gange. Zusätzlich kommen äußere Faktoren hinzu: die Haltung der Beitrittskandidaten, die die deutsche Politik unterstützen; die Zurückhaltung anderer NATO-Mitglieder in der Frage der Osterweiterung; deutliche Signale aus Washington, daß die USA ein starkes Engagement Deutschlands im Osten Europas unterstützen.

Grundsätzlich überwiegt aber in der deutschen Außenpolitik zur Zeit das Interesse an einer NATO-Osterweiterung, zumindestens um einige mit-

teleuropäische Staaten, insbesondere jene, die an die Bundesrepublik angrenzen.³⁴ Die Bundesregierung scheint gewillt, bis zuletzt zu versuchen, in dieser Frage zu einem Kompromiß mit Rußland zu gelangen. Im Zweifelsfall wird sie eher dazu neigen, Entscheidungen in dieser Sache aufzuschieben. Insgesamt fehlt aber eine neue »Osteuropapolitik«. Zu sehr konzentriert sich die derzeitige deutsche Außenpolitik auf nur einen Aspekt, auf die Öffnung der NATO nach Osten.

b) Mitteleuropas neue internationale Koordinaten

Alle ostmitteleuropäischen Staaten streben einen möglichst schnellen EU- und NATO-Beitritt an. Diese Zielsetzung ist Teil ihres Bestrebens, »nach Europa zurückzukehren« und dessen bislang auf den westlichen Teil des Kontinents beschränkten sicherheits- und wirtschaftspolitischen Institutionen beizutreten. Originär handelt es sich also um eine Westorientierung postsozialistischer Staaten. Dieser Paradigmenwechsel, weg von der totalen Einbindung in das äußere sowjetische Imperium, ist eine folgerichtige Konsequenz des Umbruches von 1989. Bereits in jenem Jahr wurden in mitteleuropäischen Staaten die ersten Überlegungen über einen Beitritt zur NATO angestellt. Bis heute sind diese Staaten die treibende Kraft der »NATO-Osterweiterung« geblieben. Insofern trifft dieser Begriff nicht ganz zu, denn er beschreibt den Prozeß gewissermaßen nur aus »westlicher« Sicht.³⁵

· Das Streben nach EU-Mitgliedschaft:

Das Bestreben, Mitglied der EU zu werden, ist in allen ostmitteleuropäischen Staaten weiter stark ausgeprägt. Man verspricht sich davon eine

34 Kritisch dazu Michael Kreile: Verantwortung und Interesse in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«, Bonn (1996)5, S. 111.

35 Die NATO-Osterweiterung ist ein dualer Prozeß. Neben der oben genannten Westorientierung der postsozialistischen Staaten enthält er zweitens das Bestreben der NATO und einiger ihrer Mitglieder, für das Bündnis einen neuen Sinn zu stiften, der eine tragfähige sicherheitspolitische Zusammenarbeit einer erweiterten Zahl von Mitgliedern in der neuen Weltordnung nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes dauerhaft sichern soll. Dieses in der Allianz bis heute umstrittene Bestreben tritt erst seit 1994 erkennbar hervor. Dabei zeigt sich immer deutlicher, daß die wichtigste Voraussetzung für seine Erweiterung ein grundlegender Wandel des Bündnisses ist. Nur wenn beide Prozesse gemeinsam untersucht werden, kann das Wesen des politischen Vorgangs »NATO-Osterweiterung« richtig erkannt werden.

innenpolitische Stabilisierung und zusätzliche Möglichkeiten für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Einen formellen Antrag auf EU-Mitgliedschaft haben zehn Staaten Ostmitteleuropas gestellt. Allerdings hat die bisherige EU-Politik viel Zeit verstreichen lassen, bis Ende 1997/Anfang 1998 endlich die Verhandlungen über den Beitritt beginnen können. Vielerorts sind die Hoffnungen, bald Mitglied der EU zu werden, gesunken. Lediglich Polen, Tschechien und Ungarn machen sich Hoffnung, in einer ersten Runde Mitglied der EU zu werden. Aber auch deren ursprüngliche Zeitpläne sind längst überholt. Gegenwärtig ist realistisch mit dem Abschluß der Verhandlungen zwischen 2000 und 2002 zu rechnen. Die Aufnahme in der EU könnte nach Abschluß der Ratifizierungsverfahren in allen EU-Staaten (bei Portugals Aufnahme dauerte dieses Verfahren sechs Jahre) um das Jahr 2008 erfolgen, fast 20 Jahre nach dem politischen und wirtschaftlichen Umbruch in diesen Staaten.

Eine konkrete Beitrittsstrategie existiert erst in wenigen ostmitteleuropäischen Ländern. Polen, Tschechien und Ungarn haben eine solche entwickelt und bereiten sich gegenwärtig intensiv auf die Beitrittsverhandlungen zur EU vor.³⁶ Eine öffentliche europapolitische Debatte, die Kosten und Nutzen einer EU-Mitgliedschaft gegeneinander abwägt, hat bisher nicht stattgefunden. Die Vorstellungen der ostmitteleuropäischen Staaten hinsichtlich ihrer künftigen Rolle in einer erweiterten EU sind zuweilen diffus. Die zentrale Frage der Bereitschaft zum Souveränitätstransfer, die mit einem EU-Beitritt zwangsläufig verbunden sein wird, wird verdrängt und öffentlich nicht diskutiert. Sie ist insgesamt nur schwach ausgeprägt und könnte noch zu einem Hindernis für die Aufnahme in die EU werden. Nur ein Beispiel: Als die polnische Regierung vor wenigen Monaten die Subventionen für die Werft in Danzig strich, kam es zu massiven Protesten unter den Arbeitern. Was aber wäre passiert, wenn Brüssel der polnischen Regierung untersagt hätte, diese Subventionen zu zahlen?

Einige ostmitteleuropäische Staaten stehen einer weiteren Vertiefung der europäischen Integration – so die Autoren eines Berichts zum Stand der

36 Ungarn hat z. B. im Februar 1996 eine »Strategie Task Force for European Integration« gegründet, die der Regierung bei der Vorbereitung der Beitrittsverhandlungen zur EU helfen soll. Diese Institution wird einen Teil der umfangreichen Koordinierungsarbeit übernehmen, die Voraussetzung für die Berücksichtigung der differenzierten Interessen verschiedener Wirtschaftszweige und gesellschaftlicher Gruppen sind. Daneben hat sich ein Interministerielles Komitee für Europäische Integration gebildet, das die Koordinierung zwischen den Ministerien übernimmt.

Integrationsfähigkeit um Werner Weidenfeld – »kritisch, bisweilen sogar ablehnend gegenüber«. ³⁷ So hat sich der tschechische Ministerpräsident Klaus mehrfach gegen einen weiteren Kompetenzzuwachs der EU ausgesprochen. Die polnische Regierung – so der oben genannte Bericht – bekunde zwar ihr Interesse, an allen drei Pfeilern des Maastrichter Vertrages intensiv kooperieren zu wollen, gleichzeitig aber lehnt sie eine Mitwirkung in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und im Bereich »Inneres und Justiz« ab. Offenbar wird sich die EU nach einem Beitritt der ostmitteleuropäischen Staaten mehr verändern, als dies viele gegenwärtig wahrnehmen wollen.

Die Zahl der Kritiker an einer EU-Mitgliedschaft nimmt in einer Reihe von Staaten Ostmitteleuropas in letzter Zeit zu. Der Euroskeptizismus ist zwar weiter in der Minderheit, nimmt aber zu, wie z. B. der Wahlkampf zum polnischen Sejm zeigt. Nationalistische und rechte Gruppierungen, aber auch der kürzlich geschaffene Wahlblock »Solidarność«, der verschiedene antikommunistische Kräfte vereint, sehen in der Integration mit der EU eine Gefahr für die nationale Souveränität und Kultur. ³⁸ Diese Kräfte orientieren sich an den starken Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts, ohne sich darüber im klaren zu sein, daß der Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung sein Kernstück – die wirtschaftliche Autarkie – längst verloren hat. Für die kleinen ostmitteleuropäischen Staaten ist eine solche Option ohnehin völlig unrealistisch, aber auch für die größeren Staaten wie Polen und Rumänien völlig aussichtslos.

- Das Streben nach NATO-Mitgliedschaft:

Bei der NATO-Osterweiterung bietet sich ein differenziertes Bild. Im Vorfeld der Konferenz von Madrid, die Mitte Juli 1997 über die Aufnahme neuer Mitglieder in einer ersten Runde entscheiden hat, hat US-Präsident Clinton Polen, Tschechien und Ungarn als Kandidaten vorgeschlagen. Dies fand nicht bei allen anderen NATO-Partnern ein positives Echo, weil einige auch für Rumänien und Slowenien optieren wollten. Es wird aber wohl am Ende bei den drei genannten Kandidaten bleiben. Diese präferieren ihrerseits eine weiche Osterweiterung ohne Stationierung von Kernwaffen und fremden Truppen auf ihren Territorien, um Rußland nicht zu provozieren.

³⁷ Werner Weidenfeld (Hrsg.) Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union. Bericht zum Stand der Integrationsfähigkeit 1996. Gütersloh 1996, S. 16.

³⁸ Siehe Michael Buchowski: Neue kollektive Identitäten in Mittel- und Osteuropa. In: WeltTrends. Berlin, (1997)15.

Bulgarien verfolgt schon länger einen zurückhaltenden Kurs in Richtung NATO, der die Option für eine Mitgliedschaft offen läßt, aber Rußland nicht verschrecken will. Das gescheiterte Referendum zum NATO-Beitritt in der Slowakei im Mai 1997 zeigt, daß das Land unter der Regierung Mečiar, die immer mehr autoritäre Züge annimmt, keine Voraussetzungen für eine NATO-Mitgliedschaft entwickeln kann. Die Innenpolitik in der Slowakei verstößt immer wieder gegen europäische Grundnormen. »Auch die Ostpolitik der Slowakei entspricht nicht der deklarierten prowestlichen Orientierung.«³⁹

Für die genannten Staaten Ostmitteleuropas hat die Mitgliedschaft in der NATO Sinn. Sie wollen aus dem sicherheitspolitischen Vakuum heraus und neue Sicherheitsgarantien erhalten. Unter diesem Schirm hoffen sie, ein neues gleichberechtigtes Verhältnis mit Moskau aufbauen zu können.⁴⁰

Leider ist die Strategie dieser Staaten zu sehr darauf gerichtet, die NATO-Mitgliedschaft um fast jeden Preis zu erzielen. Das Vorgehen dieser Staaten ist in manchem Punkt zu wenig durchdacht. Sie drängen stark, ohne sich hinreichend mit den Konsequenzen eines solchen Schrittes zu befassen. So spielt z. B. die Frage der Kosten eines NATO-Beitritts in der Debatte in diesen Ländern nur eine untergeordnete Rolle.

Zweifellos ist eine schnelle und deutliche Annäherung an das westliche Verteidigungsbündnis ein wichtiges politisches Signal der Zugehörigkeit zum Westen und der Absicherung gegen ein militärisches Restrisiko. Die zentralen Risiken für Reformen und Frieden in Mitteleuropa sind aber primär wirtschaftlicher, nicht militärischer Art. Daß heißt, es muß stärker über die Verknüpfung der NATO-Osterweiterung mit inneren Reformprozessen in den beitriftswilligen Staaten nachgedacht werden.

Keine der Armeen der Beitrittskandidaten ist z. B. in der Lage, aus eigener Kraft eine effiziente Verteidigung des Staatsgebietes zu organisieren. Dies wird sich auch nach einer Umstrukturierung und Anpassung an NATO-Standards nicht ändern. Diese Tatsache wirft eine Reihe von Fra-

39 Miroslav Wlachovsky: Die doppeldeutige Außenpolitik der Regierung Mečiar (Teil I), Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (im weiteren BIOS), Aktuelle Analysen, Köln (1996)65. Dort wird Mečiar mit dem Satz zitiert: »Wenn uns der Westen nicht will, gehen wir in den Osten.« – Siehe auch Ivo Samson: Die Slowakische Republik und die NATO. In: Wolfram Wallraf (Hrsg.): NATO-Osterweiterung. Neue Mitglieder für ein Bündnis im Wandel? Potsdam 1996, S. 117ff.

40 Die polnische Position dazu vertritt Bogdan Koszel in diesem Band. Kritisch zur polnischen NATO-Politik Marian Dobrosielski: Polen: NATOmanie. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn 40(1995)10, S. 1162–1166.

gen auf: Ist es unter diesen Bedingungen sinnvoll, für die Unterhaltung und Modernisierung dieser Armeen Unsummen auszugeben, die gleichzeitig dem wirtschaftlichen und sozialen Reformprozeß fehlen? Welche Art von Verteidigung sollte etabliert werden? Wie ist sie finanzierbar? Wie können zusätzliche Mittel für den Reformprozeß freigesetzt werden?

Zu wenig beachtet wird auch, daß mit der Art und Weise der Aufnahme dieser Staaten in die NATO auch über ihre Rolle innerhalb des Bündnisses entschieden wird. Es besteht die Gefahr, daß die mitteleuropäischen Staaten auf lange Sicht militärtechnisch, politisch und möglicherweise auch im Hinblick auf ihre Sicherheit nur Mitglieder »zweiter Klasse« sein könnten. Sollten sich die Dinge so entwickeln, würde dies erhebliche innere Konflikte im Bündnis vorprogrammieren.

– *Die bilateralen Beziehungen zwischen den ostmitteleuropäischen Staaten:* Die bilateralen Beziehungen zwischen den ostmitteleuropäischen Staaten haben sich nach 1989 positiv entwickelt. Sie wurden als Beziehungen zwischen nunmehr souveränen Staaten auf eine neue Basis gestellt. Es bleiben aber historische Animositäten, Abgrenzungen und viel Desinteresse und Gleichgültigkeit für den Nachbarn bestehen. Dies zeigt auch der noch geringe Warenaustausch zwischen diesen Staaten. Hinzu kommt ein Konkurrenzdenken, was die künftige Mitgliedschaft in EU und NATO betrifft, das viele Regierungen im östlichen Europa offenbar als eine Art Wettrennen begreifen.

Ein Durchbruch wurde 1996 mit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages zwischen Ungarn und Rumänien erreicht. Damit sind erstmals nach vielen Jahrzehnten gute Aussichten geschaffen, diesen bedeutenden Minderheitenkonflikt dauerhaft zu entschärfen. Dies könnte auch Auswirkungen auf anderen Konflikte haben. Leider hat die Regierung in Bratislava in letzter Zeit ihren antiungarischen Konfrontationskurs eher verschärft. Eine Lösung dieses Konfliktes ist noch nicht in Sicht.

– *Regionale Kooperation im östlichen Europa:*

Die regionale Zusammenarbeit in Ostmitteleuropa entwickelt sich differenziert. Sie entspricht bisher vielfach nicht den politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten und Notwendigkeiten. Wichtigstes Hindernis auf dem Weg zu mehr regionaler Kooperation ist – neben den schon genannten historischen Animositäten – das Konkurrenzdenken auf dem Weg zur Mitgliedschaft in der EU und der NATO. Jede Regierung versucht, dieses Ziel allein zu erreichen, sich zu profilieren, teilweise auf Kosten der anderen

Bewerber. Eine kollektive Strategie gibt es nicht. Diesem Herangehen liegt der fundamentale Irrtum zugrunde, die Mitgliedschaft in der EU bzw. NATO würde eine regionale Kooperation überflüssig machen. Eher das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Schon jetzt haben sich innerhalb der EU regionale Kooperationsstrukturen entwickelt. Wenn sich die Integrationsgemeinschaft noch erweitert, wird die Bedeutung regionaler Kooperation eher noch zunehmen. Dies gilt auch für Ostmitteleuropa. Eine solche regionale Kooperation ist auch deshalb notwendig, um jene Staaten einzubinden, die vorerst oder dauerhaft nicht Mitglied der EU und der NATO werden wollen oder können. Dies trägt wesentlich dazu bei, keine neuen Spannungen und Irritationen in der Region aufkommen zu lassen.

Fortschritte in der regionalen Zusammenarbeit sind seit Mitte 1995 in der CEFTA zu verzeichnen. So wuchs z. B. der Außenhandel Ungarns mit den anderen CEFTA-Staaten schneller als mit der EU. Im Januar 1996 wurde Slowenien als fünftes Mitglied aufgenommen. Bulgarien bemüht sich um einen Beitritt. Rußland, die Ukraine und die baltischen Staaten haben Interesse an einer Zusammenarbeit angemeldet. Allerdings ist die Liberalisierung im Agrarsektor, in der Industrie, im Dienstleistungsbereich und beim Kapitaltransfer noch nicht abgeschlossen.⁴¹ Die Perspektiven der CEFTA werden als gut eingeschätzt. Der ungarische Industrieminister Farkas sagte unlängst, da haben wir »den guten Kern des Comecon wieder beisammen«⁴². Positive Resultate zeigt auch der Rat der Ostseeanrainer, der sich im März 1992 gebildet hat.

Die regionale Kooperation zwischen den baltischen Staaten weist sowohl Erfolge (militärische Zusammenarbeit, Regelung von Grenzfragen) aber auch ungelöste Probleme (Zollunion) auf. Weniger erfolgreich entwickelt sich die Kooperation im Rahmen der Zentraleuropäischen Initiative (ZEI) und die Schwarzmeerkoperation. Beide Institutionen haben noch keine eigene Entwicklungsdynamik entwickelt.

– Die Beziehungen zu Rußland:

Die Beziehungen zu Rußland gestalten sich für die meisten ostmitteleuropäischen Staaten ambivalent. Das politische Verhältnis zu Rußland ist für die meisten Staaten alles andere als spannungsfrei. Die starre Ablehnung ihrer Bestrebungen, Mitglied der NATO zu werden, hat in vielen dieser

41 Siehe Szejceniak: Visegrád-Staaten: Gemeinsame Institution - Gemeinsame Interessen? In: WeltTrends, Berlin (1997)14, S. 147ff.

42 »Der Tagesspiegel«, Berlin vom 25. Februar 1997

Staaten das alte Mißtrauen gegenüber Rußland wieder verstärkt. Zugleich sind viele ostmitteleuropäische Staaten weiterhin im Energiebereich stark von Rußland abhängig.

Die Art der Wahrnehmung Rußlands durch die Öffentlichkeit in den Ostmitteleuropäischen Staaten hat sich nach den Umbrüchen von 1989 nicht wesentlich verändert. Die wirtschaftliche und soziale Krise in Rußland verschafft dem Land in den prosperierenden Reformstaaten Ostmitteleuropas ein Image als eine Sphäre von Chaos und Elend. Kriminelle Banden, die Mafia und korrupte Bürokraten beherrschen diese Länder. »Asien« ist noch »asiatischer« geworden«, schreibt Buchowski, damit wohl zutreffend die Stimmung in Polen beschreibend.⁴³ Rußland erscheint aus mitteleuropäischer Sicht »als gefährliche Mischung postkommunistischer und nationalistischer Ideologien; kurz als ein Land, von dem man sich fernhalten und das man auf Distanz halten sollte. Das westliche Universum erscheint als der beste Sicherheitsschirm gegen diese Bedrohung.«⁴⁴

In diesem Rahmen sind jene Argumente von besonderem Gewicht, die von den ostmitteleuropäischen Staaten für ihren baldigen Beitritt zur NATO vorgebracht werden. Diese resultieren aus einer jahrzehnte- bzw. jahrhundertelangen Erfahrung eines vielfach spannungsgeladenen Verhältnisses zu Rußland. Die Renaissance imperialen Denkens in Moskau und die damit verbundene Artikulation russischer Großmachtsansprüche durch fast alle politischen Gruppierungen haben insbesondere in Polen und den baltischen Staaten unvermeidlich Erinnerungen an un gute Zeiten geweckt, in denen diese Staaten Objekte imperialer Übergriffe von russischer Seite gewesen sind. In allen Staaten dieses Raumes hat die in den letzten Jahren zunehmende Unberechenbarkeit russischer Außen- und Sicherheitspolitik zu vermehrten Ängsten und Vorsorgebedürfnissen geführt.

Derartige Befürchtungen kommen zwangsläufig auf, wenn russische Militärs, Politiker, Historiker und Politologen z. B. zunehmend den historischen Anspruch der baltischen Staaten auf Unabhängigkeit in Frage stellen. Solche Ängste werden des weiteren durch die russische Konstruktion der These eines »nahen Auslands« geschürt, eines Konzepts, das potentiell hegemoniale Ansprüche impliziert und Moskau die Möglichkeit einräumt, Interventionen zugunsten der russischen Bevölkerung in Nachbarländern zu unternehmen.

43 Siehe Michael Buchowski: Neue kollektive Identitäten in Mittel- und Osteuropa. In: WeltTrends, Berlin, (1997)15.

44 Ebenda.

Vor allem aber hat das brutale russische Vorgehen in Tschetschenien in Ostmitteleuropa – und nicht nur dort – ernste Sorgen über die mit Mitteln der offenen Gewalt betriebenen Politik Moskaus ausgelöst. Diese geschichtlichen und aktuellen Gründe machen es verständlich, warum die ostmitteleuropäischen Staaten nach einer Garantie für eine unabhängige Existenz ohne Furcht vor Bedrohungen oder Pressionen streben.

c) Rußland in neuer geopolitischer Lage

Nach der Auflösung der Sowjetunion ist Rußland in eine historisch völlig ungewohnte Lage geraten. Das russische Territorium ist – in seinem europäischen Teil – zu einer Größe geschrumpft, die es etwa im 17. Jahrhundert hatte. Ungefähr 25 Millionen Russen leben nunmehr im »nahen Ausland« der GUS. Der Militärbezirk Moskau ist erstmals in der neueren Geschichte des Landes zur Grenzregion geworden.

Zwar hat Rußland im Rahmen der GUS de facto die Rolle einer regionalen Ordnungsmacht übernommen; dennoch dominiert in Moskau das Gefühl, daß insbesondere die bevorstehende Osterweiterung der NATO eine weiteres Glied in der Kette von Niederlagen und Demütigungen ist, denen sich Rußland in den letzten Jahren vom Westen ausgesetzt sieht. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß fast alle politisch relevanten Kräfte (wenn auch aus unterschiedlichen Motiven) in der Ablehnung der Pläne für eine Osterweiterung der NATO übereinstimmen: Liberale wie Konservative, Demokraten wie Kommunisten, nationalistische Verfechter einer Großmachtpolitik wie prowestliche Pragmatiker.⁴⁵ Sie alle empfinden das in der gegenwärtigen Form existierende nordatlantische Bündnis als ein Überbleibsel aus der Zeit des Kalten Krieges, als eine Allianz, die vorwiegend Interessen der USA auf dem europäischen Kontinent durchsetzen soll. So, wie vom Westen bisher geplant, werde die Osterweiterung der NATO unvermeidlich zu einer neuen Spaltung Europas führen. Aus russischer Sicht könnte der Kontinent damit – erstmals seit dem Ende des Kalten Krieges – in eine Phase erneuter Konfrontation hineingeleiten.

Die russische Haltung zur NATO-Osterweiterung ist in der Vergangenheit bereits mehrfach Veränderungen unterworfen gewesen. Anfänglich

45 Siehe Ojga Alexandrova: Der außenpolitische Konsens in Rußland. In: BIOS. Aktuelle Analysen. Köln (1997)17.

war Moskau durchaus nicht gegen eine NATO-Osterweiterung.⁴⁶ Im August 1993 erklärte Jelzin bei seinem Besuch in Warschau, daß eine Einbeziehung Polens in die NATO nicht die Interessen Rußlands verletze. Erst danach begann sich die russische Haltung in dieser Frage zu verschärfen. In den Mittelpunkt der russischen Politik gegenüber Europa gelangte zusehends die Ablehnung der NATO-Osterweiterung. Diese war ursprünglich eher weltanschaulich motiviert und Bestandteil einer antiwestlichen Strömung in der russischen Außenpolitik. Die russische Obstruktion gegen die NATO-Öffnung nach Osten muß in erster Linie wohl des weiteren als außenpolitische Kompensationsgeste für eine Fülle von innenpolitischen und geostrategischen Turbulenzen innerhalb der russischen Föderation bewertet werden.⁴⁷ Die zögerliche Haltung des Westens hinsichtlich der Sicherheitsbedürfnisse der ostmitteleuropäischen Staaten hat zur Verfestigung der russischen Position wesentlich beigetragen. Rußland wäre durchaus mit einem NATO-Beitritt Ungarns und wahrscheinlich auch der Tschechischen Republik einverstanden gewesen. Strittig ist für Rußland vor allem der Beitritt Polens zur NATO. Grundlegend abgelehnt und innenpolitisch hoch brisant ist eine NATO-Mitgliedschaft der baltischen Staaten.

Allerdings hat die russische Politik seit 1991 selbst wesentlich dazu beigetragen, den Wunsch der ostmitteleuropäischen Staaten nach Beitritt zur NATO zu verstärken und alternative Ansätze zu verschütten. So heißt es z. B. in den im April 1993 angenommenen »Hauptleitsätzen der Konzeption der Außenpolitik der Rußländischen Föderation«, daß Osteuropa zur »historisch entstandenen Interessensphäre Rußlands« gehöre.⁴⁸ Als ähnlich bedrohlich wurde in Ostmitteleuropa auch die neue russische Militärdoktrin vom November 1993 empfunden.

Ende 1996 begann sich die russische Haltung gegenüber der NATO-Osterweiterung zu verändern. erste Anzeichen von Flexibilität wurden erkennbar. Die Ablehnung dieser Erweiterung bleibt bestehen. Aber es entwickelt sich eine rational begründete Position, die versucht, bei Verhandlungen mit dem Westen für Rußland einen politischen Preis für die NATO-Osterweiterung herauszuschlagen – einem Prozeß, den man ohnehin nicht mehr aufhalten kann. Eine »politische Lösung« sollte gefunden werden.

46 Siehe Hans-Georg Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Andrei V. Zagorski (Hrsg.): *Crisis Management in the CIS. Whither Russia*. Baden-Baden 1995, S. 109ff.

47 Siehe Danil Proektor: *Konturen der russischen Sicherheitspolitik in den neunziger Jahren*. In: *Berichte des BIOS*. Köln (1995)5.

48 Siehe »*Nezavisimaja gazeta*«, Moskau vom 29. April 1993.

Diese Entwicklung wird allerdings fast ausschließlich vom Präsidenten getragen, während die anderen politischen Akteure an ihrer ideologisch begründeten Ablehnung festhalten. Die Debatte in Rußland emotionalisierte sich in dieser Zeit weiter, da viele politische Kräfte in Rußland die mangelnde Berücksichtigung russischer Sicherheitsinteressen durch den Westen beklagten.⁴⁹

Schließlich kam es im März 1997 auf dem Gipfeltreffen in Helsinki zwischen Clinton und Jelzin zu einem Kompromiß in der Frage der NATO-Osterweiterung. Moskau erklärte, dieser nicht mehr im Wege zu stehen. Es verlangte dafür einen hohen politischen Preis. Ein vertraglich abgesichertes privilegiertes Verhältnis zur NATO, die Aufnahme in die G7, neue internationale Kredite und vieles mehr konnte Rußland auf der Haben-Seite verbuchen.⁵⁰

Die russischen Politik der letzten Monate kann durchaus als erfolgreich bezeichnet werden. Sie hat den Westen dazu gebracht, Rußland mehr zu geben, als er eigentlich für den Vollzug geopolitischer Selbstverständlichkeiten hätte zahlen müssen. Rußland hat dabei auf der Grundlage einer – wie Schröder schreibt – »durchdachten Konzeption, die die Bedrohungen russischer Interessen in Europa auf dem Verhandlungswege minimieren will«⁵¹ gehandelt.

49 Siehe Franz Walter: Rußland und die NATO-Osterweiterung. In: Osteuropa, Stuttgart (1996)8, S. 746ff. – Auch Andrei Sagorski geht davon aus, daß eine NATO-Osterweiterung durchaus im russischen Interesse liegt (Siehe »Die Zeit«, Hamburg vom 10. Mai 1996).

50 Auffällig ist aber, daß die Geschäftsgrundlage für die de facto Zustimmung zur NATO-Osterweiterung durch Rußland auch nach Helsinki unterschiedlich interpretiert wird. Im Westen geht man offenbar davon aus, daß damit alle Staaten der mitteleuropäischen Zwischenzone eine von Rußland abgesegnete Option zur Aufnahme in die NATO haben und deren Aufnahmetermin nur noch eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit sei. In Rußland wird hingegen betont, die »Zustimmung« gelte nur für die Aufnahme Polens, Tschechiens und Ungarns. Eine NATO-Aufnahme der baltischen Staaten werde von den Helsinki-Vereinbarungen in jedem Falle nicht gedeckt. Angesichts dieser unterschiedlichen Interpretationen muß man davon ausgehen, daß in Helsinki Absprachen nur für eine Etappe, nicht für den gesamten Prozeß der Ausweitung der NATO nach Osten getroffen wurden.

51 Hans-Henning Schröder: NATO-Öffnung und russische Sicherheit. In: Osteuropa, Stuttgart (1997)5, S. 426. Dabei stütze er sich auf auch auf die Haltung der Öffentlichkeit zur NATO-Osterweiterung. Nach einer Umfrage der Zeitschrift »Segondjaj« vom Januar 1997 sahen nur 23% der Befragten in der NATO-Erweiterung eine Bedrohung Rußlands, während 44% dies verneinten und innere Prozesse für wichtiger hielten (Siehe »Segondjaj«, Moskau vom 24. Januar 1997).

Auch in Rußland gehen realistisch denkenden Politiker und Militärs nicht davon aus, daß die Ostausdehnung der NATO unmittelbar zu einer Bedrohung Rußlands führt. Der stellvertretende Verteidigungsminister Koshin stellte fest, daß für die nächsten acht bis zehn Jahre eine strategische Bedrohung für Rußland nicht in Sicht sei.⁵² »Keine unmittelbare Kriegsgefahr, aber langfristige Risiken durch eine Veränderung der geostrategischen Situation« – so beschrieb der damalige Verteidigungsminister Rodionow Ende 1996 die Konsequenzen der NATO-Osterweiterung aus Moskauer Sicht.⁵³

– *Rußlands Sicherheitsinteressen:*

Welches sind nun die begründeten Sicherheitsinteressen Rußlands in der heutigen Welt? Die größte Hypothek Rußlands ist seine geostrategische Lage als europäisch-asiatisches Land. Rußland muß daher sowohl auf die Entwicklungen in Europa als auch in Asien reagieren. Im Osten wird es wirtschaftlich, technologisch und demographisch von China und Japan herausgefordert. Sein Einfluß im Fernen Osten droht weiter zu schwinden. Im Süden sieht sich Rußland durch den islamischen Fundamentalismus, der zunehmend auf die postsowjetischen mittelasiatischen und kaukasischen Staaten überschwappt, bedroht. Viele Konflikte haben sich im Machtkampf Rußland–Iran–Türkei um die Herrschaft im Kaukasus bzw. um die Vorherrschaft in Mittelasien angehäuft. In dieser Situation wird die NATO-Osterweiterung in Moskau als zusätzliche Bedrohung auch von Westen her gesehen.

Ein zweites legitimes Sicherheitsinteresse ist die Anerkennung von Rußlands Zugehörigkeit zu Europa. Eben diese sieht Rußland durch die NATO-Osterweiterung bedroht. Die russische Führung ist am Ausbau der Kooperation und Zusammenarbeit mit Europa (sprich: Westeuropa) langfristig politisch, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch interessiert.

Drittens kann Rußland eine einseitige Veränderung des militärischen Gleichgewichts in seinem europäischen Vorfeld nicht akzeptieren. Zwar wird die nukleare Position Rußlands durch die NATO-Osterweiterung nicht tangiert. Aber die NATO-Osterweiterung führt zu einer konventionellen Überlegenheit der NATO. Selbst wenn die westliche Allianz aufgrund ihrer Binnenstruktur keine Bedrohung für Rußland darstellt, entsteht durch die

52 Siehe *Voennaja mysl'*, Moskau (1996)6, S. 5.

53 Siehe »Krasnaja zvezda«, Moskau vom 26. Dezember 1996.

Einbindung der ostmitteleuropäischen Staaten ein Mißverhältnis, das Rußland nicht ignorieren kann.⁵⁴

d) Fazit

Zur Mitgliedschaft der Staaten Mitteleuropas in der EU und der NATO gibt es keine realistische Alternative. Dieser Schritt stärkt die dortigen Demokratien, festigt deren Sicherheit und beendet ein gefährliches sicherheitspolitisches Vakuum, in dem sich diese Staaten seit der Auflösung des Warschauer Vertrages befinden. Daher ist diese Entwicklung zu begrüßen. Nicht zu übersehen ist jedoch, daß eine Reihe komplizierter Fragen, die mit diesem Prozeß der Ausweitung der NATO nach Osten verbunden sind, bisher noch ungelöst sind.

Die Transformationsgesellschaften haben in erster Linie kein äußeres, sondern ein inneres »Sicherheits«problem. Sie befinden sich weiterhin in einem politischen und ökonomischen Umbruchprozeß, der durch gravierende soziale Konflikte gekennzeichnet ist. Möglichst viele der diesen Staaten zur Verfügung stehenden Ressourcen sollten daher darauf konzentriert werden, den weiteren Transformationsprozeß »sozialverträglich« zu gestalten. Dies hat auch Konsequenzen für die Art und Weise des Beitritts zur NATO sowie für die künftige Sicherheitspolitik dieser Staaten.

Unter diesen Umständen gewinnt die Osterweiterung der Europäischen Union erheblich an Bedeutung. Sie sollte der NATO-Osterweiterung nicht allzu lange hinterherhinken. Denn sie könnte wesentlich mehr zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung der Transformationsgesellschaften beitragen, als die NATO-Osterweiterung. Allerdings wird sie auch erheblich mehr Konsequenzen für Westeuropa haben. Denn sie erfordert eine entwickelte Form von gesamteuropäischer Solidarität, die die Bereitschaft zu langfristigen Transfers nach Osten beinhaltet.

54 Siehe Hans-Henning Schröder: NATO-Öffnung und russische Sicherheit. In: Osteuropa. Stuttgart (1997)5. S. 429.

Vertrag oder Verschwörung? Zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag von 1939¹

Die Beschäftigung mit einigen Problemkomplexen zum Thema wurde durch den 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges sowie durch eine ganze Reihe neuerer Publikationen angeregt.²

Zunächst sei hervorgehoben, daß es eigentlich nicht um *den* Vertrag, sondern um zwei Verträge geht:

Erstens, um den deutsch-sowjetischen Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrag vom 23. August 1939 und,

Zweitens, um den deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 26. September 1939

mit den entsprechenden Zusatzprotokollen.

Diskussionsgegenstand war über viele Jahre die Existenz des Zusatzprotokolls zum ersten Vertrag, die bis 1989 von der sowjetischen Seite bestritten wurde. Als während des Nürnberger Prozesses 1946 die deutsche Verteidigung das Protokoll erwähnte, nannte der sowjetische Vertreter es eine Fälschung, die britische Seite lehnte jede Berücksichtigung in der Prozeßführung ab.³ Nach Aussagen Andrej Gromykos habe Molotow noch nach dem Kriege ihm gegenüber geleugnet, daß es ein solches Protokoll gäbe.⁴ Valentin Falin berichtet in seinen Erinnerungen, er habe bereits 1968

1 Überarbeiteter Vortrag, der im Februar 1995 im Rahmen des Leipziger Arbeitskreises »Osteuropa« gehalten wurde.

2 Siehe Ingeborg Fleischhauer: *Der Pakt. Hitler, Stalin und die Initiative der deutschen Diplomatie 1938–1939*, Frankfurt am Main 1990 (im weiteren Ingeborg Fleischhauer: *Der Pakt. Hitler, Stalin und ...*). – Gerhart Hass: *23. August 1939. Der Hitler-Stalin-Pakt. Dokumentation*, Berlin 1990. – *Sowjetstern und Hakenkreuz 1938–1941. Dokumente*, Hrsg. von Kurt Pätzold und Günter Rosenfeld, Berlin 1990. – Werner Maser: *Der Wortbruch. Hitler, Stalin und der Zweite Weltkrieg*, München 1994.

3 Siehe *Moskau – Berlin – streng geheim. Wie Stalin und Hitler Osteuropa unter sich aufteilten, 1939–1941*, Askaniia-Weißbuchreihe, Bd. 6, Lindhorst 1989 (im weiteren *Moskau – Berlin – streng geheim ...*).

4 Siehe Ingeborg Fleischhauer: *Der Pakt. Hitler, Stalin und ...*, S. 445, Anmerkung 71 zum Kapitel 1.

den Vorschlag unterbreitet, endlich das Protokoll zu veröffentlichen. Die postwendende Antwort aus dem Politbüro lautete, die Veröffentlichung sei nicht »zeitgemäß«. Einem neuen, erfolglosen Versuch 1978 folgte schließlich eine Reaktion der sowjetischen Parteiführung 1986, nun bereits unter Michail Gorbatschow.⁵ Vor einer Veröffentlichung, so hieß es, müsse man zuerst das Original des Protokolls ausfindig machen. Ein Original war bis zu diesem Zeitpunkt an keinem Ort der Welt – weder in deutscher noch in russischer Fassung – aufgefunden worden. Da der historische Verlauf der Ereignisse mit dem Inhalt der aufgefundenen Kopie übereinstimmte, nahm schließlich am 23. Dezember 1989 eine Kommission unter dem Vorsitz Alexander Jakowlews vor dem Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR zur politischen und rechtlichen Bewertung der Verträge und der Geheimprotokolle Stellung.⁶ Die Diskussion im Vorfelde des Berichtes machte zwei unterschiedliche Positionen deutlich:

Erstens: unter den konkreten politischen Bedingungen war der *Vertrag* gerechtfertigt;

Zweitens: Stalin habe faktisch nur wegen der in den Zusatzprotokollen enthaltenen Festlegungen verhandelt.

Die Kommission ging davon aus, daß der Vertrag vom juristischen Standpunkt nicht den Rahmen der zu jener Zeit üblichen Verträge überschritt; er verletzte weder die innere Gesetzgebung noch die internationalen Verpflichtungen der Sowjetunion; die Absichten Stalins könne man nur vermuten; allerdings seien mit dem Vertrag »Elemente des Weltempfindense verletzt worden.

Anders war die Beurteilung des *Zusatzprotokolls*:

Erstens: die Originale konnten nicht gefunden werden. Die zur Verfügung stehenden Kopien sind nach dem Stand moderner Erkenntnisse glaubwürdig. Zudem entwickelten sich die nachfolgenden Ereignisse »protokollgemäß«.

Zweitens: das Ausgangsprotokoll war in Deutschland erarbeitet worden; nach geringen Veränderungen wurde es von Stalin und Molotow gebilligt.

Drittens: keine sowjetische staatliche Institution war über den Abschluß im voraus informiert, Molotow war zur Unterschrift nicht offiziell bevollmächtigt; als der Vertrag dem Obersten Sowjet zur Ratifizierung vorlag, fehlte das Zusatzprotokoll.

5 Siehe Valentin Falin: Politische Erinnerungen, München 1993, S. 442ff.

6 Zitiert nach Gerhart Hass: 23. August 1939, Der Hitler-Stalin-Pakt, Dokumentation, Berlin 1990, S. 292–300.

Viertens: dieses Verfahren war eine Umgehung der Landesgesetze und verletzte Verpflichtungen gegenüber Drittstaaten; es war juristisch rechtswidrig, ein »Komplott der physischen Unterzeichner«.

Die Methoden der Ausarbeitung und der Gebrauch bestimmter Begriffe – z. B. »Interessensphäre« – war eine Abkehr von den als Leninsche Prinzipien der Außenpolitik deklarierten Grundsätzen und spiegelte stalinistisches Herangehen wider.⁷

In seinem Buch »Der Schock des Hitler-Stalin-Paktes«⁸ befragte Wolfgang Leonhard 76 Zeitzeugen zur *unmittelbaren Reaktion in der Öffentlichkeit* – vor allem auf den ersten Vertrag. Es vermittelt ein interessantes Bild, auch wenn die meisten Aussagen nachträglich gemacht wurden.

Besonders kompliziert war eine richtige Bewertung für die deutschen Kommunisten, sowohl für die Emigranten, insbesondere in der UdSSR, als auch für die im deutschen Untergrund oder in den Zuchthäusern. Typisch scheint zu sein, was Wolfgang Leonhard vom Besuch Ernst Fischers bei der Familie Pieck in Moskau berichtete.⁹ Keiner der Anwesenden konnte sich das Anliegen des Paktes erklären; Fischer versuchte, dessen Unvermeidbarkeit zu begründen, ihn also zu rechtfertigen. Für die deutschen Kommunisten sei es selbstverständlich, den Kampf gegen Hitler fortzusetzen. Die Sowjetunion aus dem drohenden Krieg herauszuhalten sah man als wichtigste Aufgabe.

Franz Dahlem berichtete von der Lage der Auslandsleitung der KPD in Paris. Mit Gerhart Eisler, Anton Ackermann und Alexander Abusch verfaßte er die Erklärung der KPD vom 25. August 1939. Darin wurde der Vertrag als eine Friedenstat gewürdigt. Nun gehe es darum, Friedenspakte mit Polen, England, Frankreich und Rumänien abzuschließen. Das deutsche Volk trage die Verantwortung dafür, daß Hitler den Vertrag einhalte.¹⁰

Heinz Brandt berichtete von ganz unterschiedlichen Positionen im Zuchthaus Brandenburg. Die Gruppe der »Linientreuen« würdigte den Vertrag als diplomatischen Erfolg der UdSSR, dessen Bedeutung vor allem im Zeitgewinn lag. Andere Häftlinge sprachen direkt von Verrat. Heinz Brandt vertrat die Meinung, daß nach dem Vertragsabschluß nicht etwa eine Amnestie, sondern der Krieg vor der Tür stand. Er prangerte den Stalinismus als eine Diktatur über das Proletariat an, die Komintern als Anhängsel stali-

7 Siehe ebenda, S. 298f.

8 Siehe Wolfgang Leonhard: Der Schock des Hitler-Stalin-Paktes, München 1989.

9 Siehe ebenda, S. 33.

10 Siehe ebenda, S. 107.

nistischer Außenpolitik. Er sprach bereits zu diesem Zeitpunkt von einer partiellen Übereinstimmung zwischen Faschismus und Stalinismus.¹¹

An dieser Stelle muß darauf verwiesen werden, daß bereits Anfang September eine Umorientierung der Kommunistischen Parteien im Kampf gegen den Krieg erfolgte. Bereits vom 9. September stammt ein Protokoll des Exekutivkomitees der Komintern, nach dem »Thesen zur Frage der Politik und Taktik der Kommunistischen Parteien zum Krieg« verfaßt wurden. Sie enthielten nur wenige Sätze und waren offensichtlich in aller Eile niedergeschrieben. Faktisch stellten die Thesen einen Bruch mit den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale dar. Sie erklärten, daß am »gegenwärtigen ungerechten imperialistischen Krieg ... in gleicher Weise die Bourgeoisie aller Länder schuldig [...]« sei. Sie dürfe deshalb in keinem der Länder die Unterstützung der Arbeiterbewegung finden. Das beziehe sich auch auf Polen.

Das alles wurde mit der lakonischen Feststellung begründet, daß eine Unterscheidung in demokratische und faschistische Staaten ihren Sinn verloren hätte. An Stelle des Kampfes gegen den Faschismus wurde eine »entschiedene Offensive gegen die verräterische Politik der Sozialdemokratie« für notwendig erachtet.¹² Aus den Untersuchungen Heinz Kühnrichs wird klar, daß zwei Tage vorher eine Unterredung Stalins mit Dimitroff stattgefunden hatte, in der diese Orientierung offensichtlich diktiert wurde. Sie stand im Widerspruch zu Erklärungen der Kommunistischen Parteien Frankreichs, Großbritanniens, Belgiens und der Niederlande, die zur Verteidigung ihrer Länder gegen den Faschismus aufgerufen hatten. Die Führung der Komintern wurde damit direkt zum Instrument sowjetischer Außenpolitik. Zu den verheerenden Folgen dieser Linie gehörte, daß Mitgliedsparteien gezwungen wurden, ihre Einschätzungen und die daraus abgeleitete Politik zu verändern.¹³

Es stellt sich die Frage, ob diese Manipulationen ohne Widerstand durchgesetzt werden konnten. Ein offener Widerstand ist nicht nachweisbar. Aber im Beschluß ist die Rede von einer »weiteren Arbeit« an den Thesen, was auf Abänderungsvorschläge schließen läßt. Wilhelm Pieck und Wilhelm Florin machten am 23. September in ihren »Allgemeinen Bemerkungen zu den Thesen« darauf aufmerksam, daß deutlicher zur Landesver-

11 Siehe ebenda, S. 96–100.

12 Siehe Heinz Kühnrich: Stalinismus. Der Autor im Gespräch mit Jürgen Weidlich. Berlin 1990, S. 62ff. und 65.

13 Siehe ebenda, S. 69.

teidigung Stellung genommen werden müsse und daß auf alle Formulierungen zu verzichten sei, die als Absage an die Einheitsfront zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten ausgelegt werden konnten. Sie hoben die Notwendigkeit der Einheitsfront hervor.¹⁴

Die Kommunistische Partei Frankreichs, die, wie andere Parteien, bis zu diesem Zeitpunkt die Verteidigung des eigenen Landes gegenüber der faschistischen Gefahr als notwendig erachtet hatte, geriet in eine komplizierte Lage. Maurice Thorez unterstützte öffentlich die Linie Stalins und löste damit eine Reihe von Parteiaustritten aus. M. Thourel dagegen trat für eine »doppelte Linie« ein: einerseits den Vertrag als einen Kompromiß zu akzeptieren, andererseits die nationale Verteidigungspolitik weiter zu propagieren. Aber schon am 20. September 1939 wurde das durch die Richtlinien der Komintern unreal. Der Zweite Weltkrieg, der mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen am 1. September 1939 begonnen hatte, wurde nun als »imperialistischer Krieg von beiden Seiten« charakterisiert.¹⁵ Eine Folge davon war das umgehende Verbot der Kommunistischen Partei Frankreichs.

Kritisch reagierte die italienische Parteiführung, die sich in Frankreich aufhielt. In den Augen der KPI verschärfte der Pakt die Krise der antifaschistischen Einheitsfront und barg die Gefahr der Isolierung der Kommunisten in sich.¹⁶ In der folgenden Zeit war ein stillschweigendes Abrücken von den Thesen sowohl durch die KPD wie auch durch andere Parteien abzulesen.

Auch Leo Trotzki äußerte sich im Exil zu den Ereignissen auf dem europäischen Kontinent. Er wertete das Münchner Abkommen und dessen Folgen als Zusammenbruch der internationalen Politik Stalins in den vorhergehenden fünf Jahren. »Jetzt können wir mit Sicherheit erwarten, daß die Sowjetdiplomatie eine Annäherung an Hitler suchen wird, um den Preis neuer Rückzüge und Kapitulationen.« Am 19. September 1939, nachdem die Rote Armee die Grenze nach Polen überschritten hatte, sagte er voraus, daß die Komintern das erste Opfer des Paktes sei. »Polen wird wieder auferstehen, die Komintern niemals.«¹⁷

14 Siehe ebenda, S. 69f.

15 Siehe Wolfgang Leonhard: Der Schock des Hitler-Stalin-Paktes, München 1989, S. 140.

16 Siehe ebenda, S. 144.

17 Siehe ebenda, S. 196f.

KRÄFTEKONSTELLATION UND INTERESSENLAGE IM JAHRE 1939

Die Außenpolitik der UdSSR in den 30er Jahren war geprägt von der Politik der kollektiven Sicherheit. Als Erfolge dieser Politik seien hier nur die Nichtangriffsverträge mit Frankreich, Polen, der ČSR, Rumänien und den baltischen Staaten erwähnt.

Viele Probleme aber blieben ungelöst. Nach dem Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen Deutschland und Polen kam der angestrebte Ostpakt nicht zustande. Es wurden zwar Beistandsverträge mit Frankreich und der ČSR abgeschlossen, ihre Realisierung aber war von Vereinbarungen mit Rumänien und Polen abhängig. Mit diesen Ländern wurde verhandelt, zu entsprechenden Abschlüssen kam es nicht.

Trotz größerer Wirkungsmöglichkeiten, die die Sowjetunion seit ihrer Mitgliedschaft im Völkerbund hatte, war sie faktisch 1938, zum Zeitpunkt des Münchner Abkommens, isoliert.

In der Diskussion um den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag entsteht mitunter der Eindruck, die deutsch-sowjetischen Verhandlungen hätten 1939 im Mittelpunkt der politischen Aktivitäten in Europa gestanden. Das entspricht nicht den Tatsachen. Aufmerksamkeit erregten eher die Verhandlungen zwischen der UdSSR, Frankreich und England, sowie die zwischen Deutschland, Japan und Italien. Es gab deutsch-englische Verhandlungen, deren Einzelheiten wegen der noch geschlossenen Archive nicht bekannt sind; es gab polnisch-deutsche, polnisch-englische, rumänisch-deutsche sowie polnisch-rumänisch-deutsche Aktivitäten.

Im März 1939 tagte der XVIII. Parteitag der KPdSU. In seiner Rede bezeichnete J. W. Stalin den neuen imperialistischen Krieg als eine Tatsache. Er sei aber noch nicht zum Weltkrieg geworden. Stalin sah in der Neutralität der Westmächte eine Begünstigung der Aggression und nannte als ein Ziel sowjetischer Außenpolitik, sich nicht in einen Krieg hineinziehen zu lassen. »Vorsichtig beobachten und den Kriegsprovokateuren, die es gewohnt sind, sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, nicht die Möglichkeit geben, unser Land in Konflikte hineinzuziehen.«¹⁸ Es gäbe keine sichtbaren Gründe für einen Konflikt mit Deutschland. Die Westmächte seien enttäuscht, daß sich Deutschland nicht nach dem Osten wende. Aufmerksame Beobachter stellten fest, daß der Begriff der »kapitalistischen Umkreisung« im Referat nicht gebraucht wurde. Eine ganze Rei-

18 Josif Wissarionowitsch Stalin: Rede auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU. In: Fragen des Leninismus. Moskau 1947, S. 686 und 692.

he von Autoren ist der Meinung, daß damit eine Wende in der sowjetischen Außenpolitik eingeleitet war.

Am 15. März 1939 besetzte die deutsche Wehrmacht Prag. Die UdSSR verurteilte in einer Note vom 18./19. März entschieden die Vernichtung der ČSR und schlug die Einberufung einer Sechserkonferenz (England, Frankreich, Rumänien, Polen, Türkei, UdSSR) vor.¹⁹ Die englische Regierung lehnte den Vorschlag als verfrüht ab und unterbreitete ihrerseits am 21. März den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung, der aber umgehend von Polen zurückgewiesen wurde.²⁰ Am 23. März folgte die faschistische Besetzung des Memelgebietes. Am 31. März erklärte Chamberlain im Namen der englischen und französischen Regierungen deren Bereitschaft, die Unabhängigkeit Polens in jeder Weise zu schützen und zu garantieren.²¹ Nach wenigen Wochen wurde diese Erklärung auf Rumänien und Griechenland ausgedehnt. Dabei handelte es sich zunächst nur um politische Zusagen, da keinerlei militärische Vereinbarungen zu deren Umsetzungen existierten. Die Notwendigkeit weiterer Verhandlungen mit der UdSSR unterstrich Churchill am 4. Mai 1939 mit den Worten: »Es besteht keine Möglichkeit, ohne die aktive Hilfe Rußlands eine Ostfront gegen die nationalsozialistische Aggression aufrechtzuerhalten.«²²

Warum kam es trotzdem nicht zu einem Bündnis zwischen der Sowjetunion, England und Frankreich? Aus der umfangreichen Debatte dazu sollen nur folgende Aspekte genannt werden:

- die Verhandlungen und schließlich der Abschluß des Münchener Abkommens 1938 ohne Einbeziehung der UdSSR hatten bei der sowjetischen Führung ein tiefes Mißtrauen hinterlassen;
- Stalin, der im März 1939 feststellte, der Krieg habe bereits begonnen, reagierte nicht auf die veränderte Haltung der Westmächte;
- Stalin sah die Politik der kollektiven Sicherheit als gescheitert an. In diesem Zusammenhang wird auch die plötzliche Ablösung Litwinows als eine Konsequenz aus der neuen Einschätzung genannt;
- die UdSSR wollte sich solange wie möglich aus dem Krieg heraushalten; das ist auch innenpolitisch in hohem Maße verständlich. Trotz Steigerung der Produktion gab es noch enorme Rückstände in materieller Hinsicht.

19 Siehe Gerhart Hass: 23. August 1939. Der Hitler-Stalin-Pakt. Dokumentation. Berlin 1990. S. 34.

20 Siehe ebenda. S. 35.

21 Siehe Ingeborg Fleischhauer: Der Pakt. Hitler, Stalin und ... S. 128.

22 Zitiert nach Gerhart Hass: 23. August 1939. Der Hitler-Stalin-Pakt. Dokumentation. Berlin 1990. S. 25.

Die Lage in der Armee war nach der großen »Säuberungsaktion« äußerst angespannt.

Trotzdem lag am 24. Juli 1939 der Text eines politischen Vertrages zwischen den drei Staaten vor. Zur Klärung militärischer Fragen sollte Anfang August weiter verhandelt werden. Zu berücksichtigen ist, daß die polnische Regierung sich gegenüber allen Vertragsentwürfen, die eine polnisch-sowjetische Zusammenarbeit voraussetzten, abweisend verhielt. Die politische Atmosphäre jener Monate wurde wesentlich auch durch den japanischen Angriff an der mongolischen Grenze und seine Abwehr durch sowjetische Truppen bestimmt.

Wiederholt wurde die Frage aufgeworfen, wer während der deutsch-sowjetischen Verhandlungen des Jahres 1939 die Initiative für einen Vertragsabschluß ergriff. Manche Autoren gehen in diesem Zusammenhang so weit, die »Kriegsschuldfrage« neu aufzuwerfen.²³ Paul Sethe, Sven Allard und Gordon Lang z. B. unterstellen Stalin ein geplantes und vorausschauendes Handeln über viele Jahre hinweg. Nach Allard habe Stalin langfristig die aggressiven Absichten Hitlers gegen England und Frankreich gelenkt. Der Vertrag sei die Konsequenz einer geraden Linie gewesen.²⁴

Damit die Verträge überhaupt zustande kommen konnten, war ein Interesse beider Seiten erforderlich. Nach Untersuchungen von Ingeborg Fleischhauer gab es kein einseitiges sowjetisches Drängen. Die Autorin geht vielmehr von der Initiative der deutschen Diplomatie aus.²⁵ Dabei waren auch ehrliche Bestrebungen um bessere Beziehungen zur UdSSR im Spiele, wie es das Beispiel des deutschen Botschafters von Schulenburg zeigte.

Der Versuch einiger deutscher Diplomaten, sich nachträglich aus der Verantwortung zu stehlen, ist kaum zu akzeptieren. Sie ziehen dazu die Widersprüche zwischen den Beamten des Auswärtigen Amtes einerseits, von Ribbentrop und Hitler andererseits heran. Als Beispiel sei hier der ehemalige Staatssekretär Ernst von Weizsäcker genannt, der wesentlich an

23 Siehe Deutsch-sowjetische Geheimverbindungen, Hrsg. von Karl Höffkes, Tübingen 1988, - Werner Maser: Der Wortbruch, Hitler, Stalin und der II. Weltkrieg, München 1994, S. 7 und andere sowie Kapitel IV.

24 Siehe Paul Sethe: Schicksalsstunden der Weltgeschichte, Bergisch-Gladbach 1971, - Sven Allard: Stalin und Hitler, München 1974, - Gordon Lang: ... und die Polen verprügeln, Sowjetische Kriegstreiberien bei der deutschen Führung 1920-1941, Askanija-Weißbuchreihe, Bd. 2, Lindhorst 1989.

25 Siehe Ingeborg Fleischhauer: Der Pakt, Hitler, Stalin und ... S. 40-41

den Verhandlungen beteiligt war. In seinen Memoiren schrieb er 1949/1950 zum Münchner Abkommen und einem möglichen Angriff auf Rußland: »Hitler gewann den Anschluß der Sudetendeutschen an das Reich. Die drei anderen gewannen den Frieden.« Das Münchner Abkommen war für ihn »ein seltenes Beispiel der Geschichte, wo wesentliche territoriale Veränderungen durch Verhandlungen erreicht wurden«! Er machte auch keinen Hehl daraus, daß er nicht prinzipiell gegen einen Angriff auf Rußland war und hatte keine Zweifel, daß man siegreich bis Moskau vordringen werde. Zweifel aber äußerte er dazu, ob das Gewonnene gegen die »bekannte passive Resistenz der Slawen« genutzt werden könne.²⁶

DIE ROLLE UND DER PLATZ DER BALTISCHEN STAATEN

Nicht nur die UdSSR hatte ein Interesse daran, Einfluß auf die baltischen Staaten zu gewinnen. Am Ende des Ersten Weltkrieges, nach dem Zusammenbruch sowohl des russischen Zarenreiches wie des deutschen Kaiserreiches, war in diesem Raum ein Machtvakuum entstanden. Nach der Oktoberrevolution fanden deshalb dort besonders erbitterte Machtkämpfe statt. Unter Einmischung fremder Mächte, auch Deutschlands, gelang es, die zeitweilig bestehende Sowjetmacht zu stürzen und 1918/1919 unabhängige bürgerliche Staaten zu bilden.²⁷ Für die Regierung in Moskau erschien aufgrund der Entwicklung in den 20er Jahren und zu Beginn der 30er Jahre, auch durch die Herausbildung autoritärer Regierungsformen, das Baltikum zu einem Einfalltor gegen ihr Land zu werden. Zunehmend rückten die baltischen Staaten von der bisherigen Politik der Neutralität ab. Eine stärkere Hinwendung zum faschistischen Deutschland wurde offensichtlich. Die weiße baltische Emigration übte in all den Jahren einen großen Einfluß auf die Politik dieser Länder aus. Die 1932 mit Estland und Lettland abgeschlossenen Nichtangriffsverträge konnten zwar im April 1934 bis zum Jahre 1945 verlängert werden, aber der gewünschte Ostpakt kam, wie bereits erwähnt, nicht zustande. Mit der Rückgabe des Memelgebietes an Deutschland im März 1939 und dem Abschluß eines deutsch-litauischen Nichtangriffsvertrages unmittelbar nach dem Münchner Abkommen wuchs

26 Siehe Ernst von Weizsäcker: *Erinnerungen*, Hrsg. von Richard von Weizsäcker, München, Leipzig, Freiburg 1950, S. 190.

27 Siehe Horst Schützler: *Das Szenarium einer Okkupation*, In: »Neues Deutschland«, Berlin vom 26./27. Januar 1991.

die Besorgnis der sowjetischen Regierung. Die Erhaltung des Status quo wurde zur Mindestaufgabe.

Durch den Vertrag und vor allem das Zusatzprotokoll vom August 1939 und den im »Freundschaftsvertrag« vom September festgelegten »Interessensphären« schien Stalin sein Problem der »offenen Flanke zum Baltikum« lösen zu wollen. Horst Schützler teilt die »Lösung des Problems« in zwei Etappen ein.²⁸ Die erste beginnt mit dem Abschluß der Beistandsverträge zwischen der UdSSR und den baltischen Staaten im September/Oktober 1939. Die zweite Etappe wird von einer ganzen Reihe von Ereignissen bestimmt: Im November 1939 hatte die UdSSR, nachdem die finnische Regierung deren ultimativen Forderungen nach einem Gebietsaustausch ablehnte, den Nachbarstaat angegriffen. Erst im März 1940 endete dieser Krieg mit einem Friedensvertrag; bereits im Februar 1940 war ein deutsch-sowjetisches Wirtschaftsabkommen unterzeichnet worden, das in seinem Ausmaß alles Bisherige weit übertraf; im Frühjahr 1940 besetzte Deutschland Dänemark und Norwegen, was Molotow zu einem Glückwunschtelegramm veranlaßte, in dem »Deutschland für seine Verteidigungsmaßnahmen voller Erfolg« gewünscht wurde; im Juni 1940 besetzte die faschistische Wehrmacht Frankreich.

In dieser Situation, da nach Meinung der Sowjetregierung sich die Neutralität der baltischen Staaten durch die Erfolge Nazideutschlands als unreal erwiesen hatte, stellten Stalin und Molotow Ultimaten an Litauen, Lettland und Estland; so die Bildung neuer Regierungen als Garantie für die tatsächliche Einhaltung der Beistandsverträge und die Stationierung weiterer Einheiten der Roten Armee in diesen Ländern. Zur gleichen Zeit fanden in verschiedenen Städten des Baltikums zahlreiche Kundgebungen statt – spontane wie auch inszenierte –, die die Regierungen unter Druck setzten. Durch die Entsendung leitender Vertreter der Moskauer Parteiführung als Sprecher auf diesen Kundgebungen (Shdanow, Wyschinskij, Dekanosow) nahm die Sowjetregierung direkten Einfluß auf die politische Entwicklung der Region.

Eine Folge dieses Drucks waren die Neuwahlen zu den Parlamenten am 14. und 15. Juli 1940, denen Einheitslisten unter weitgehendem Ausschluß der bürgerlichen Parteien zugrundelagen. Schon eine Woche später proklamierten die neuen Parlamente die Errichtung der Sowjetmacht und beschlossen, der UdSSR beizutreten. Die USA und Großbritannien lehnten die Anerkennung des Beitrittes ab, Deutschland anerkannte sie im Septem-

28. Siehe ebenda.

ber 1940, ihm folgte Italien. Boris Meissner wertete den völkerrechtlichen Aspekt dieser Vorgänge so:

- da führende Mächte es de jure abgelehnt hatten, den Beitritt anzuerkennen und de facto nur einzelne Staaten sie zeitweilig und unverbindlich akzeptierten, haben die baltischen Staaten so ihre Völkerrechtssubjektivität nicht eingebüßt;
- der sowjetische Zugriff auf das Baltikum war nur für die gepachteten Stützpunkte rechtmäßig; die »Sowjetunion übte somit im Baltikum eigene Staatsgewalt ohne völkerrechtliche Legitimation aus.«²⁹

ANSPRUCH UND REALITÄT SOWJETISCHER POLITIK

Die Regierung der UdSSR proklamierte die Rechte eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung, auf Gleichberechtigung als Prinzipien ihrer Außenpolitik und trat offiziell gegen jede Geheimdiplomatie auf. Wie sehr die Praxis dazu im Widerspruch stand, machen – beziehen wir uns auf den gegebenen Gegenstand – allein der Gebrauch solcher Begriffe deutlich, wie der eines »Freundschaftsvertrages« mit dem faschistischen Deutschland, als dieses bereits Polen überfallen hatte, oder die Akzeptanz und die Nutzung von »Interessensphären«, die Art und Weise des Umganges mit den baltischen Staaten bzw. das Verhältnis zum polnischen Volk und zum polnischen Staat nach dem faschistischen Überfall. Dieser Widerspruch wird auch aus der Gestaltung der deutsch-sowjetischen Beziehungen nach dem Abschluß des Vertrages bis zum verhängnisvollen 22. Juni 1941 deutlich. In Presse und Funk durfte der Begriff des Faschismus nicht mehr gebraucht werden. Als unerhörter Verrat wird bis heute die Auslieferung deutscher Antifaschisten an Deutschland 1940 empfunden. Unzählige Fakten wiesen darauf hin, daß es die Sowjetregierung, die alles unternehmen wollte, um nicht in den Krieg hineingezogen zu werden, nicht vermochte, den gleichen politischen Abstand zu den beiden Kriegsblöcken zu halten. Olaf Groehler nannte das »wohlwollende Neutralität« gegenüber Deutschland.³⁰

Molotow behauptete in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet anlässlich der Ratifizierung des Nichtangriffsvertrages am 31. August 1939, es han-

29 Boris Meissner: Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das Völkerrecht. Köln 1956. S. 309.

30 Siehe Olaf Groehler: Ein Vertrag zwischen Legende und Wirklichkeit. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 18./19. August 1990.

dele sich nicht um die Einstellung zu den inneren Verhältnissen eines Landes, sondern um die äußeren Beziehungen zweier Staaten. Seine Ausführungen kumulierten in der Feststellung »... wir haben aufgehört, Feinde zu sein [...]«.³¹ Wie bereits erwähnt, beglückwünschte die Sowjetregierung Deutschland zu seinen Erfolgen in Skandinavien; das wiederholte sich bei der Einnahme von Paris. Im September 1939 aber gratulierte Moskau Hitler bereits Tage vor der Einnahme Warschaus!³² Der Gipfel dieser Ereignisse im Jahre 1939 war zweifellos die geheime Abmachung zwischen Vertretern der Roten Armee und der deutschen Wehrmacht zur Vernichtung des polnischen Heeres vom 20. September 1939 sowie die gemeinsame Truppenparade in Brest, einer Stadt, deren Verteidigung nach dem faschistischen Überfall einundeinhalb Jahre später zahlreiche Opfer forderte.³³

ZUM ABLAUF DER EREIGNISSE

Die Verhandlungen zwischen der UdSSR und Deutschland verliefen im Frühjahr 1939 verhalten, nicht herausragend aus anderen diplomatischen Aktivitäten jener Monate. Längere Zeit waren bereits Wirtschaftsverhandlungen im Gange, für die nun eine politische Basis notwendig wurde. Die Gespräche auf der Ebene von Geschäftsträgern und Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes sind nur aus deutschen Quellen bekannt. Die z. T. großen Zugeständnisse, die sowjetische Vertreter am Anfang der Verhandlungen bereit waren zu machen, müssen nicht alle als real angesehen werden. Mitunter, so Ingeborg Fleischhauer, sollte einfach ein günstiger Boden für die Fortführung der Verhandlungen erreicht werden.³⁴ Offensichtlich aber ist, daß bald nach Gesprächsbeginn beiderseits die Bereitschaft vorlag, weltanschauliche Gegensätze beiseite zu räumen. Eine Intensivierung der Aktivitäten von deutscher Seite war vor allem dadurch bedingt, daß Informationen über den baldigen Abschluß der Dreierverhandlungen (UdSSR, Frankreich, Großbritannien) ins Reich gedrungen waren. Das Gerücht über eine bevorstehende Paraphierung eines Vertrages veranlaßte Hitler, der lan-

31 Zitiert nach Wolfgang Leonhard: *Der Schock des Hitler-Stalin-Paktes*, München 1989, S. 54.

32 Siehe Moskau – Berlin – streng geheim ... S. 91.

33 Siehe ebenda, S. 100f. und 107. Aus heutiger Kenntnis muß auf die Vernichtungsaktionen von Katyn und anderen Orten hingewiesen werden.

34 Siehe Ingeborg Fleischhauer: *Der Pakt, Hitler, Stalin und ...* S. 31 und 137.

ge Zeit ge­zögert hatte, intensiver eine Entscheidung vorzubereiten.³⁵ Diese wurde erst am 24. Juli 1939 getroffen. Am 3. August äußerte Hitlers Außenminister Ribbentrop unter dem Siegel der Verschwiegenheit gegenüber dem sowjetischen Geschäftsträger, es gäbe »... kein Problem von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, was zwischen uns nicht zu lösen sei«. ³⁶ Die sowjetische Regierung in der Person Molotows reagierte darauf noch zurückhaltend. Er unterstrich gegenüber dem deutschen Botschafter von Schulenburg, daß die Sowjetunion rein defensive Ziele verfolge und der Abschluß eines günstigen Wirtschaftsvertrages vorrangig sei. Die Schuld für schlechte politische Beziehungen trage Deutschland durch den Abschluß des Antikomintern- und des Stahlpaktes, durch die Unterstützung Japans und den Ausschluß der UdSSR von internationalen Konferenzen. Man sei zwar Verhandlungen gegenüber aufgeschlossen, aber das alte Mißtrauen bestehe immer noch.³⁷ Wenige Tage später lehnte der sowjetische Geschäftsträger Astachow ein geheimes Zusatzprotokoll bzw. eine politische Präambel zum deutsch-sowjetischen Kreditvertrag ab. Die Sowjetregierung sah darin den Vorgriff auf politische Verhandlungen.

Mitte des Monats, genau am 14. August 1939, startete von Ribbentrop eine neue Offensive und übermittelte dem deutschen Botschafter in Moskau eine »Direktive zur Neufassung der deutsch-sowjetischen Beziehungen« mit der ausdrücklichen Anordnung, diese dem sowjetischen Außenminister nur mündlich vorzutragen.³⁸

Die Direktive enthielt folgende Leitgedanken:

- die bestehenden weltanschaulichen Unterschiede sollen Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR nicht ausschließen;
- aus der Sicht der deutschen Regierung bestehen keine Interessengegensätze; die jeweiligen Lebensräume berühren sich zwar, überschneiden sich aber nicht;
- die deutsch-sowjetische Politik sei damit an einem Wendepunkt angelangt; zwar gäbe es noch Mißtrauen, aber die Sympathie gegenüber dem russischen Volk sei nie ganz verschwunden gewesen;
- die kapitalistischen westlichen Demokratien seien unversöhnliche Feinde Rußlands, was besonders seit 1914 und an den Folgen des Ersten Weltkrieges deutlich wurde.

35 Siehe ebenda. S. 268.

36 Moskau – Berlin – streng geheim ... S. 37 und 39.

37 Siehe Ingeborg Fleischhauer: Der Pakt. Hitler, Stalin und ... S. 287.

38 Siehe Moskau – Berlin – streng geheim ... S. 37 und 39.

Zu diesem Zeitpunkt drängte die deutsche Seite darauf, die Verhandlungen zu beschleunigen. Die Sowjetregierung reagierte darauf mit der Frage nach einem Nichtangriffsvertrag sowie nach der Bereitschaft Deutschlands, auf den japanischen Partner entsprechend den Sicherheitsinteressen der Sowjetunion einzuwirken. Des weiteren wurden erneut gemeinsame Garantien für die baltischen Staaten gefordert. Das Drängen der deutschen Seite auf einen schnellen Abschluß der Gespräche beantwortete Molotow mit dem Verweis auf die Wirtschaftsverhandlungen, die zunächst zu Ende zu führen seien.³⁹ Umgehend erklärte sich von Ribbentrop mit allem einverstanden, unterstrich den Willen des »Führers«, eine schnelle und grundsätzliche Klärung herbeizuführen und stellte den Abschluß eines für die Dauer von 25 Jahren geltenden Nichtangriffsvertrages in Aussicht.⁴⁰ Der Besuch des Reichsaußenministers, »eines so hervorragenden Politikers und Staatsmannes«⁴¹, so Molotow im Gespräch mit von Schulenburg, müsse gründlich vorbereitet werden. Deshalb wollte er dessen Empfang erst für eine Woche nach dem Abschluß des Handels- und Kreditabkommens zustimmen.

Am 19. August 1939 schließlich informierte TASS über die Unterzeichnung dieses Abkommens und würdigte es als Beitrag zur Entspannung. Diese Veröffentlichung sollte sowohl für die westlichen Verhandlungspartner ein Signal setzen als auch dem Vorwurf der Geheimverhandlungen entgegenwirken.⁴²

Mit diesem Abschluß wurde der Weg frei für konkrete Gespräche über einen Nichtangriffsvertrag. In einem Gespräch Molotows mit von Schulenburg verwies letzterer auf die Möglichkeit, auch ein »spezielles Protokoll« zu unterzeichnen. Den deutschen Vertragsentwurf, der Gewaltverzicht und eine Gültigkeit von 25 Jahren vorsah, wertete die sowjetische Seite als unzureichend. Ein sowjetischer Entwurf sah fünf Artikel und ein »besonderes Protokoll« vor. Im Artikel I behielt sich die UdSSR defensive militärische Aktionen vor und stimmte im Artikel IV faktisch einer Neutralisierung des eigenen Landes zu.⁴³

Am 21. August billigte Hitler den Entwurf und wiederholte, daß ein Besuch des Außenministers in Moskau dringend – »spätestens am 23. August« – erforderlich sei. Stalin sagte für den 23. August zu und brachte

39 Siehe ebenda, S. 41.

40 Siehe ebenda, S. 47.

41 Ebenda, S. 51.

42 Siehe Ingeborg Fleischauer: Der Pakt. Hitler, Stalin und ... S. 338.

43 Siehe ebenda, S. 333.

seine Hoffnung auf eine ernsthafte Verbesserung der politischen Beziehungen zum Ausdruck.⁴⁴

So kam es ohne Probleme zur schnellen Unterzeichnung des Vertrages am 23. August 1939 mit einer Gültigkeit von zehn Jahren. Zunächst sollte das Zusatzprotokoll durch eine Anmerkung im Vertrag erwähnt werden. Mit dem Verzicht darauf verließen beide Seiten die gegebenen Rechtsgrundlagen. Das Protokoll war somit kein organischer Bestandteil des Vertrages, kein Rechtsakt, sondern »nach Form und Wesen ein Akt der persönlichen Macht der Regierenden«.⁴⁵ Beide Seiten setzten sich damit über die bestehende politische Ordnung in Mitteleuropa hinweg.

In diesem Geheimdokument werden die »beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa« im Bezug auf die baltischen Staaten (einschließlich Finnlands) abgestimmt. Gravierend und offensichtlich das Völkerrecht verletzend sind die Absprachen zu Polen und dem polnischen Staat. »Für den Fall der territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staat gehörenden Gebiete werden die Interessensphären [...] abgegrenzt«; »ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre« sollte erst im Verlauf »der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden«.⁴⁶

Wie hätte wohl die sowjetische Öffentlichkeit reagiert, hätte sie den Trinkspruch Stalins gehört: »Ich weiß, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt, ich möchte deshalb auf seine Gesundheit trinken!«⁴⁷ Hitler dagegen gebärdete sich nach Aussagen seines Adjutanten nach der Unterzeichnung des Vertrages wie ein Irre: »Jetzt habe ich die Welt in meiner Tasche. Jetzt gehört mir Europa, Asien können die anderen behalten.«⁴⁸

Nachdem Hitlerdeutschland am 1. September 1939 Polen überfallen hatte, drängte es wiederholt auf sowjetische Aktionen. Als am 15. September ein sowjetisches Eingreifen wahrscheinlich wurde, wandte sich von Ribbentrop an Molotow: »Wir begrüßen das. Die Sowjetregierung enthebt uns damit der Notwendigkeit, die Reste der polnischen Armee durch Verfolgung bis an die russische Grenze zu vernichten.« Und er fügte hinzu, daß damit östlich »kein politisch leerer Raum« entstünde.⁴⁹

44 Siehe Moskau – Berlin – streng geheim ... S. 56.

45 Ingeborg Fleischhauer: Der Pakt. Hitler, Stalin und ... S. 380.

46 Gerhart Hass: 23. August 1939. Der Hitler-Stalin-Pakt. Dokumentation. Berlin 1990. S. 199.

47 Moskau – Berlin – streng geheim ... S. 77.

48 Ingeborg Fleischhauer: Der Pakt. Hitler, Stalin und ... S. 398.

49 Moskau – Berlin – streng geheim ... S. 92.

Wie aber sollte der sowjetische Eingriff erklärt werden? Von Ribbentrop schlug ein gemeinsames Kommuniqué vor, das auf das »drohende Auseinanderfallen der bisher im Staatsgebilde Polens lebenden Völkerschaften« verwies und somit »Ruhe und Ordnung« garantiert werden müsse. Von der sowjetischen Seite wurde verlangt, auf den Hinweis zu verzichten, die sowjetischen Streitkräfte sollten vor allem die Interessen der Belarussen und Ukrainer in diesen Gebieten schützen.⁵⁰ Nachdem am 17. September die sowjetischen Aktionen begannen, erschien einen Tag später die gemeinsame Erklärung zu deren Begründung. Doch damit noch nicht genug der »Zusammenarbeit«. Am 20. September trafen die Rote Armee und die Wehrmacht eine Abmachung zur Vernichtung der Reste des polnischen Heeres, deren Unterzeichner von sowjetischer Seite Woroschilow und Schaposchnikow waren.⁵¹ Und am 22. September schließlich nahmen die Generäle Guderian und Kriwosein in Brest eine gemeinsame Parade von Truppenteilen ab. Bei dieser Entwicklung ist es nicht erstaunlich, daß beide Seiten bald den Zeitraum für gekommen hielten »... die Gestaltung des polnischen Raumes endgültig festzulegen«⁵².

Am 28. September 1939 wurde ein neuer Vertrag, der »Deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag«, unterzeichnet. Beide Seiten, so heißt es dort, »betrachten es nach dem Auseinanderfallen des bisherigen polnischen Staates ausschließlich als ihre Aufgabe, in diesen Gebieten die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und den dort lebenden Völkerschaften ein ihrer völkischen Eigenart entsprechendes friedliches Dasein zu sichern [...]«. Zusatzprotokolle regeln die gemeinsame Abwehr polnischer Agitation, die Umsiedlung »Reichsangehöriger und anderer Persönlichkeiten deutscher Abstammung« sowie die Auslieferung Inhaftierter.⁵³

50 Siehe ebenda. S. 93.

51 Siehe ebenda. S. 100f.

52 Ebenda. S. 107 und 109.

53 Siehe Gerhart Hass: 23. August 1939. Der Hitler-Stalin-Pakt. Dokumentation. Berlin 1990. S. 239–242. So wurden ca. 60.000 Baltendeutsche »heim ins Reich«, in diesem Fall ins Wartheland und nach Westpreußen, geholt (Siehe Schauplatz Baltikum. Szenarium einer Okkupation und Angliederung. Dokumente 1939/1940. Hrsg. von Michael Rosenbusch, Horst Schützler und Sonja Striegnitz. Berlin 1991. S. 17). Horst Rhode nennt für die Zwangsumsiedlung nach Osten eine Zahl von 1,5 Millionen Menschen, von denen etwa nur die Hälfte überlebte (Siehe Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 2. Stuttgart 1979). Zur Auslieferung von inhaftierten deutschen Antifaschisten siehe Sowjetstern und Hakenkreuz 1938–1941. Dokumente. Hrsg. von Kurt Pätzold und Günter Rosenfeld. Berlin 1990. S. 277f. und 298.

In einer gemeinsamen Erklärung beider Regierungen wurden Fragen, »die sich aus dem Zerfall des polnischen Staates ergeben« als endgültig geregelt bezeichnet. Deutschland habe nun die Absicht, den Kriegszustand mit England und Frankreich zu beenden. Komme ein solcher Friedensschluß nicht zustande, so seien dafür diese westlichen Länder verantwortlich zu machen.⁵⁴ Außerdem vereinbarten Moskau und Berlin weitere Lieferungen von kriegswichtigem Material (Öl, Steinkohle, Stahlrohre, Transit nach Rumänien und Vorderasien).⁵⁵

Bezeichnend für die zurückweichende Haltung der sowjetischen Führer gegenüber dem faschistischen Deutschland sind die Rede Molotows vor dem Obersten Sowjet am 31. Oktober 1939 sowie das »Prawda«-Interview Stalins vom 29. November des gleichen Jahres. Molotow triumphierte, von Polen, »dieser Mißgeburt des Versailler Vertrages« sei nichts übriggeblieben. Es habe keinen Sinn, Krieg gegen den Hitlerismus zu führen, die Begriffe »Aggression« und »Angreifer« hätten einen neuen Inhalt bekommen. Er zeigte sich überzeugt davon, daß Deutschland eine frühestmögliche Beendigung des Krieges wünsche und es so seine Rolle mit England und Frankreich getauscht habe.⁵⁶ Stalin setzte in seinem Interview diese Linie einen Monat später fort und wurde noch deutlicher. Es sei Tatsache, so Stalin, daß nicht Deutschland England und Frankreich angegriffen habe, sondern diese hätten Deutschland angegriffen und damit die Verantwortung für den Krieg auf sich genommen. Er versicherte den deutschen »Friedensvorschlägen« die Unterstützung der Sowjetregierung und unterstellte den herrschenden Kreisen Englands und Frankreichs, sie hätten »in verletzender Weise« die Vorschläge Deutschlands und die Bemühungen der Sowjetunion nach rascher Beendigung des Krieges zurückgewiesen.⁵⁷

Für die Beurteilung der sowjetischen Haltung nach Abschluß des Vertrages sind die weiteren deutsch-sowjetischen Beziehungen bis hin zum faschistischen Überfall auf die UdSSR am 22. Juni 1941 von erheblicher Bedeutung. Wie bereits erwähnt, wurden die Handelsbeziehungen in einem bis dahin nicht erreichten Maße entwickelt. Dazu gehörte auch die Teilnahme der UdSSR an der Leipziger Messe. Die UdSSR lenkte 1940 52% ihrer Ausfuhr nach Deutschland, während der sowjetische Anteil an der deut-

54 Siehe Moskau – Berlin – streng geheim ... S. 135.

55 Siehe ebenda, S. 138.

56 Zitiert nach Gerhart Hass: 23. August 1939. Der Hitler-Stalin-Pakt. Dokumentation. Berlin 1990. S. 268.

57 Siehe Moskau – Berlin – streng geheim ... S. 165.

schen Ausfuhr nur 4,4% ausmachte.⁵⁸ Lieferungen von Rohstoffen und Getreide aus dem Osten trafen regelmäßig in Deutschland ein, während die deutsche Seite versuchte, die vereinbarten Rüstungsgüter zurückzuhalten. Deutsche Kriegsschiffe erhielten die Erlaubnis, sowjetische Häfen anzulafen und Deutschland verkaufte den Kreuzer »Lützow« an die Sowjetunion.

Ein Besuch des sowjetischen Außenministers Molotow im November 1940 in Berlin und vor allem sein Verlauf ließ erahnen, daß sich die Stellung Deutschlands zu seinem »Partner« schon verändert hatte. Das frühere Angebot eines möglichen Beitritts der Sowjetunion zum Dreierpakt beantwortete der sowjetische Gast mit seinen Forderungen:

- Rückzug der deutschen Truppen aus Finnland;
- Sicherheitsgarantien für das Schwarze Meer, sowjetische Militärbasen in Bulgarien, am Bosphorus und den Dardanellen sowie den Beitritt der Türkei zum Pakt;
- Beachtung der sowjetischen Interessen im Bezug auf den Persischen Golf (der »Golf von Batumi« sei das Gravitationszentrum sowjetischer Interessen);
- Verzicht Japans auf Konzessionen in Nord-Sachalin;
- Einbeziehung Bulgariens in die sowjetische Sicherheitszone.⁵⁹

Praktisch gab es von deutscher Seite keine Antwort auf diese Forderungen. Aber wenige Tage später, am 18. Dezember 1940, unterzeichnete Hitler den Plan des militärischen Überfalls auf die UdSSR.

Wie ist nun die Frage zu beantworten, die dem Vortrag vorangestellt war – Vertrag oder Verschwörung?

Am Anfang ging es offensichtlich um Verhandlungen, die, wie zahlreiche andere, geführt wurden, um ein Abkommen zu erzielen. Eindeutig ist, daß von der deutschen Seite der Bruch des späteren Nichtangriffspaktes vorprogrammiert war. Von sowjetischer Seite ging es zunächst um den Versuch, sich möglichst lange aus dem drohenden Weltkrieg herauszuhalten. Zunehmend dienten die Verhandlungen dazu, um Druck auf die Westmächte auszuüben. Schließlich wurde der unterzeichnete Vertrag zum Instrument der Vernichtung des polnischen Staates und der Unabhängigkeit der baltischen Republiken. Trotz der komplizierten innen- und außenpoliti-

58 Siehe Sowjetern und Hakenkreuz 1938–1941. Dokumente. Hrsg. von Kurt Pätzold und Günter Rosenfeld. Berlin 1990. S. 64f.

59 Siehe Gespräch zwischen Hitler und Molotow am 12. November 1940. In: Moskau – Berlin – streng geheim ... S. 187. – Präzisierung im Telegramm vom 26. November 1940 (Siehe ebenda. S. 197 und 198).

schen Lage der UdSSR gibt es für die Verträge, die ohne Zusatzprotokolle nicht bewertet werden können, keinerlei politisch-moralische Rechtfertigung. Diese Politik war Ausdruck eines imperialen, machtpolitischen Strebens der Führungselite unter Stalin.

Gleichzeitig sind Versuche einiger Autoren, die darauf hinauslaufen, aus den genannten Tatsachen ein Alibi für die deutsche faschistische Eroberungs- und Vernichtungspolitik abzuleiten, wie etwa in der Kriegsschuldfrage, außerordentlich fragwürdig. Die Entscheidung für den faschistischen Überfall auf Polen war bereits vor der Unterzeichnung des Vertrages gefallen, und der Vertrag wurde von deutscher Seite genutzt, um das Eingreifen der Westmächte zu verhindern. Die Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges liegt eindeutig auf der Seite des deutschen Faschismus. Eine Verantwortung der UdSSR leitet sich aus der Fehleinschätzung faschistischer Politik ab, die auch die »Sozialfaschismus-These« hervorbringen konnte. Sie lag auch darin, daß durch den Stalinschen Terror in den 30er Jahren die kommunistische Bewegung im und außerhalb des Landes bedeutend geschwächt wurde und damit antikommunistische Losungen und Handlungen ihre scheinbare Legitimation erhielten; und schließlich hatte die sowjetische Innenpolitik keinen unwesentlichen Anteil an der außenpolitischen Isolierung des Landes.

EVA SEEBER

Der Konflikt um die Gestalt Nachkriegspolens bis zur Jalta-Konferenz der Alliierten

Die Vergangenheit Polens ist gekennzeichnet durch den wiederholten Verlust seines Staatsgebietes an aggressive Großmächte. 1795 war der polnische Staat durch die dritte Teilung gänzlich von der Landkarte getilgt worden. Erst 123 Jahre nach der Vereinnahmung seiner Territorien durch Österreich, Rußland und Preußen erlebte Polen seine Wiedergeburt. Es verdankte seine erneute staatliche Existenz nach dem Ersten Weltkrieg den Revolutionen in Rußland und Deutschland sowie den internationalen Friedensregelungen von Versailles.

Schon zwanzig Jahre später war Polen erneut von der Vernichtung bedroht. Die Nachbarschaft starker Staaten schien für immer das bestimmende Element für das Schicksal Polens zu sein, so daß die außenpolitische Staatsräson alle politischen und ökonomischen Entscheidungen und Überlegungen dominierte.

Wie schwer wog angesichts der geographisch-politischen Gegebenheiten die Rolle der Parteien sowie Führerpersönlichkeiten und ihr subjektives Vermögen, zum Vorteil des eigenen Landes außenpolitisch zu wirken und Polen – trotz bedrohlicher Ambitionen der miteinander paktierenden bzw. konkurrierenden Großmächte – durch eine eigenständige Realpolitik eine stabile Position zu sichern? Für die Kompliziertheit dieser Aufgabe stehen Namen wie Roman Dmowski und Józef Piłsudski, später Władysław Sikorski und Kazimierz Sosnkowski – sowie Władysław Gomułka und Stanisław Mikołajczyk. Während die einen den Weg beschritten, das Bündnis und den Beistand Rußlands zu suchen, daß heißt auch darauf zu verzichten, Polen nach Osten auszudehnen, tendierte die außenpolitische Konzeption der anderen zur Abgrenzung vom östlichen Nachbarn, zumeist kombiniert mit dem Drang zur Ostausdehnung – bei stärkerer Bereitschaft, das Bündnis mit Deutschland oder aber mit den Westmächten, vor allem Frankreichs bzw. Englands, zu suchen. Zeitweilig gab es Bestrebungen, zwischen den Großmächten zu jonglieren oder sogar Polen nach beiden Richtungen hin auszuweiten.¹ Schließlich trug eine polnische Außenpolitik,

die übergreifende Vertragsabschlüsse zwecks Sicherung gegen ein aggressives Deutschland zu verhindern trachtete, zu Polens Verhängnis bei.

Ausgehend vom Versailler Vertrag, unternahmen Frankreich und England nach dem Ersten Weltkrieg sehr konkrete Anstrengungen, um die Entstehung eines Cordon Sanitaire zwischen der UdSSR und Deutschland zu begünstigen. Diese »Sicherheitszone« sollte sich vom Baltikum bis zur Agäis erstrecken und – bei weitgehender Neutralität bzw. Distanz der »kleinen Staaten« gegenüber den zwei Nachbarn – Garantien dafür bieten, daß ein Gleichgewicht in Europa geschaffen würde.

Bestandteil dieses speziellen Landgürtels sollte 1919 ursprünglich (nach den Vorstellungen des britischen Außenministers Lord Curzon) ein Polen ohne die traditionell östliche Ausdehnung sein.²

Ein Gleichgewicht hätte allerdings den nachhaltigen Schutz »kleiner Staaten« vor Aggression vorausgesetzt. Indessen wurde diese Voraussetzung von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges selbst unterlaufen. Deutschland begann, die französisch-britischen Differenzen zu nutzen und das Sicherheitssystem, das Frankreich im Osten errichtet hatte, aufzuweichen. Dazu wurde mit dem deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrag 1934 eine Serie von Aktionen eingeleitet, die geeignet waren, die Länder des Ostens von Frankreich und England, aber auch von Rußland zu trennen.

Angesichts einer akuten Bedrohung der Tschechoslowakei drängte die UdSSR auf Zusammenarbeit mit den Westmächten. Dies wurde durch die Appeasement-Politik gegenüber Deutschland und den fatalen Münchner Vertrag mit Deutschland vom 30. September 1938 verhindert. In den Verhandlungen, die sich nach Hitlers heimtückischer Besetzung Prags im März 1939 zwischen UdSSR, Frankreich und Großbritannien entwickelten, forderten die Russen einen Beistandspakt und die gemeinsame Garantie der an die UdSSR angrenzenden Länder. Inbegriffen war ein Bündnis mit Polen

-
- 1 Die offizielle polnische Friedensvertragsdelegation mit Roman Dmowski als Chef der Delegation ergriff ab 1919 die Initiative zur Durchsetzung der Forderungen auf Oberschlesien, Posen, Westpreußen und Masuren, während Piłsudski die militärischen Kräfte zur Eroberung belarussischer und ukrainischer Gebiete führte. Siehe ausführlich Hans Roos: Osteuropa-Handbuch Polen, Bd. 2, Hrsg. von Werner Markert, Köln 1959, S. 20ff.
 - 2 Der Oberste Rat der Alliierten folgte dem »ethnischen Prinzip« und empfahl am 8. Dezember 1919 die Ziehung der Ostgrenze an der Curzon-Linie, d. h. entlang der Grenzen des Königreiches Polen. Ostgalizien mit Lemberg wurde vom Obersten Rat in Versailles zunächst Autonomie zuerkannt, d. h. ein polnischer Einmarsch untersagt. Dann empfahl Lord Curzon eine Verlängerung seiner ursprünglichen Linie nach Süden. Dabei beließ seine »Linie A« Lemberg bei Rußland. Siehe Rudi Goguel: Polen, Deutschland und die Oder-Neiße-Grenze, Berlin 1959, S. 857–952, besonders S. 897.

und das Durchmarschrecht sowie die Besetzung Wilnas und Lembergs (Lwows) im Kriegsfall.³ Die kategorische Ablehnung dieses allerdings »hohen Preises« durch Polen trug nicht unwesentlich dazu bei, daß das Zustandekommen eines breiten Ost-West-Bündnisses im Sommer 1939 keine Chance hatte, statt dessen der verhängnisvolle Pakt Hitlers mit Rußland möglich wurde.

Als im Herbst 1939 Waffenhilfe für Polen dringend erforderlich gewesen wäre, war es isoliert. Das polnische Staatsgebiet konnte von der deutschen Wehrmacht straflos überfallen werden.

Mit dem überraschenden Einmarsch der Roten Armee in Ostpolen seit dem 17. September 1939 bekam Polen die schockierenden Folgen des Nichtangriffspaktes zwischen Hitler und Stalin zu spüren. In Absprache mit Deutschland bestand Moskau auf Besitzrechten an den Gebieten, die durch den Rigaer Frieden 1921 an Polen gefallen waren.

Der polnische Staat wurde in kurzer Zeit besiegt und vom Deutschen Reich in sogenannte eingegliederte Gebiete und ein Arbeitskräftereservoir »Restpolen« zerrissen, das der Verwaltung eines Generalgouverneurs unterstellt wurde. Es wurde zum Experimentierfeld für den Völkermord Hitlerdeutschlands ausersehen und mit riesigen KZs, Todeslagern und Ghettos überzogen. Binnen kurzem wurden diese zum Schauplatz der industrialisierten Massenvernichtung, der Millionen Juden aus Polen und späterhin aus ganz Europa sowie große Teile der polnischen Intelligenz zum Opfer fielen.

Zugleich wurde Polen als militärisches Aufmarschgebiet für die Ausdehnung des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion benutzt.

Es wirkte sich verhängnisvoll aus, daß sich die Sowjets durch den Abschluß eines Geheimabkommens zum Nichtangriffspakt mit Deutschland vom 28. August 1939 an der Zerreißung Polens und der Opferung Litauens beteiligt hatten. Dieser Akt konnte die Sowjetunion nicht vor dem Überfall bewahren und belastete sie zusätzlich mit dem Vorwurf der Schuld an einer »vierten Teilung Polens«.

3 Churchill hielt das für militärisch verständlich. Siehe Winston Churchill: *The Second World War*, London 1954, Vol. 1/2, S. 60.

4 Den Vorwurf der »zynischen Attacke« und der Vierten Teilung sprach zuerst der britische Premier Chamberlain aus, der das verhängnisvolle Münchener Abkommen mit Hitler zu verantworten hatte. Churchill hingegen nannte für die Grenzverschiebung in Ostpolen strategische Begründungen. Siehe *Documents on Polish-Soviet Relations 1939-1945* (im weiteren DPSR), Vol. 1: 1939-1943, London 1961, Dokument Nr. 49. - Wacław Jędrzejewicz (ed.): *Poland in the British Parliament*, Vol. 1, New York 1946, S. 297ff.

Erst nach der Entstehung einer internationalen Antihitlerfront 1941/1942 zeichnete sich für Polen wieder eine Zukunft ab. Mit der – wenngleich ungeliebten und widerspruchsvollen, aber rettenden – »Antihitlerkoalition« erwuchs ihm ein Bündnispartner, der die Aussicht auf die Renaissance des Staates und der Nation bot.

Die Besonderheit der Weltsituation – der Zwang zur Verbindung zwischen den Mächten des Ostens und des Westens gegen das aggressive Deutschland Hitlers – brachte es mit sich, daß sich für Polen an der Seite der Siegermächte beträchtliche Chancen eröffneten, einen neuen starken Staat zu erhalten. Im Vergleich zu Versailles war die Nachkriegsordnung nach dem Zweiten Weltkrieg, also das Vertragswerk von Jalta und Potsdam 1945, dadurch gekennzeichnet, daß Deutschland noch weniger mit der Nachsicht der Siegermächte und der befreiten Nationen rechnen konnte als 1918. Dabei richtete sich das Hauptaugenmerk der Alliierten Gesetzgebung frühzeitig während des Krieges auf den polnischen Staat, der als ein Opfer falscher Entscheidungen sowie auch als ein Schlüssel zu höherer Sicherheit betrachtet wurde. Alle drei Siegermächte zeigten sich daran interessiert – wenngleich mit unterschiedlicher Zielstellung – Polen als Staat zu stärken und gegen neue Aggression abzusichern. Daraus leitete sich für den aufmerksamen Beobachter ab, daß erstens alle Großmächte den polnischen Ambitionen nach einer Verlagerung Polens nach Westen – also auf Kosten Deutschlands – zustimmen bzw. zumindest wenig Widerstand entgegensetzen würden; zweitens, daß stabile, nicht von Abstimmungen abhängige Grenzen angestrebt werden würden. Wie sich sehr bald zeigen sollte, richtete sich die Stoßrichtung der alliierten Kriegszieldebatte allerdings nicht ausschließlich auf die Neufestlegung sicherer Grenzen und eines stabilen Staatsgebildes, sondern – und darin kamen die gegensätzlichen Ambitionen der Großmächte UdSSR, USA und Großbritannien gegen Ende des Krieges zum Ausdruck – auf eine für die eigene Position vorteilhafte (einseitige) außenpolitische Orientierung der künftigen Regierung Polens und die damit verknüpfte Integrationsmöglichkeit der Polen in das eine oder das andere der beiden im Entstehen begriffenen Machtsysteme der Nachkriegswelt.

DIE EXILREGIERUNG POLENS UND DIE ALLIIERTE KRIEGSZIELDEBATTE 1940/1941

Die Anfänge der Kriegszieldebatte reichten bis ins erste und zweite Kriegsjahr zurück, erhielt sich doch trotz der Erfolge der Wehrmacht in den über-

fallenen Staaten die Grundüberzeugung, daß letztlich Hitlerdeutschland überwunden werden würde. Als Reaktion auf die rasche Niederwerfung Polens verschärfte sich die interne Kritik aller innerpolnischen Strömungen an der als schädlich betrachteten Grenzziehung von 1919/1921. Zugleich richtete sich die Kritik gegen die letzten Vorkriegsregierungen und deren Außenpolitik. Unter ausdrücklicher Wahrung der staatlichen Kontinuität Polens drängte Frankreich den polnischen Präsidenten Ignaci Mościcki zum Rücktritt und zur Übergabe der Präsidentschaft an den weniger belasteten Władysław Raczkiewicz. Die französische Diplomatie durchkreuzte auch Versuche der Regierungselite um Oberst Beck, an der Macht zu bleiben.⁵

Von Bedeutung für eine neue außenpolitische Orientierung Polens war die Entstehung der Exilregierung unter dem damaligen Oberbefehlshaber der polnischen Truppen in Frankreich, Władysław Sikorski. Er vertrat jene Kräfte, die in Opposition zum polnischen Obristen-Regime unter Pilsudski und später Beck (das Regime bezeichnete sich als »Sanacja«, poln.: Sanierung), gestanden hatten. Doch obwohl er selbst ein Gegner der Sanacja war, blieb ihm keine Wahl, in seine Regierung auch fünf »gemäßigte Pilsudskisten«, darunter Kazimierz Sosnkowski als seinen Stellvertreter und August Zaleski für das ihm besonders wichtige Ressort der Außenpolitik zu akzeptieren. Trotzdem schien Sikorski entschlossen, außenpolitisch neue Wege zu sondieren. Vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs Frankreichs und ausgehend von seiner kritischen Beurteilung der Rolle Vorkriegspolens engagierte er sich – wenngleich zögernd – für eine künftige Friedenssicherung in Ostmitteleuropa. Im Mai 1940 setzte er eine gemeinsame britisch-französisch-polnische Deklaration durch, in der Deutschland der Verletzung des Kriegsrechts angeklagt und die Bestrafung der Verantwortlichen in Deutschland angekündigt wurden.⁶

5 Dem Regierungschef Beck wurde die Lockerung der Beziehungen mit Frankreich, der Vertrag mit Hitler und die Ultimaten an die Tschechoslowaken sowie Litauen vorgeworfen. Frankreich und England (insbesondere Botschafter Savary) durchkreuzten die Absicht der Opposition, die »Sanacja«-Führer in der Nachfolge Pilsudskis vor Gericht zu stellen. Siehe Eugemusz Duraczyński: *Kontrowersje i konflikty 1939–1941*. Warszawa 1977. S. 54f.

6 Siehe Włodzimierz T. Kowalski: *Walka dyplomatyczna o miejsce Polski w Europie (1939–1945)*. Warszawa 1966. S. 56f. – Detlef Brandes: *Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939–1943*. München 1988 (im weiteren Detlef Brandes: *Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten ...*). S. 64. – Władysław Pobóg-Malinowski: *Najnowsza historia polityczna Polski 1939–1945*. London 1960. S. 88f.

Im August 1940 begann er seine Gespräche mit dem tschechoslowakischen Präsidenten Edward Beneš, deren Ziel es war, Vorbereitungen für eine Föderation beider Staaten zu treffen, die bei Nichteinmischung in innere Angelegenheiten nach einer gemeinsamen Außen-, Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik strebte. Nach Ansicht Sikorskis würde Frankreich nach dem Kriege äußerst schwach sein, so daß Großbritannien, dem die Rolle der Friedenssicherung und der Herstellung des Gleichgewichtes in Europa zufallen werde, sich auf starke Föderationen in Ostmittel-, Südost- und Südeuropa stützen müsse. In einem Memorandum vom 20. November 1940 legte Sikorski dem Foreign Office dar: der Nationalsozialismus stehe in der Tradition des deutschen Imperialismus. Daher könne der Wechsel des Regimes am Ende des Krieges allein keine dauerhafte Lösung sein. Neben der Prüfung von Ideen einer künftigen Föderalisierung des deutschen Reiches, der Autonomie seiner Bundesstaaten, der Wiederherstellung Österreichs und anderer Maßnahmen zur Schwächung der deutschen Position, müßten also auch solche zur Stärkung der polnischen Stellung in Europa diskutiert werden. Im Interesse einer besseren Verteidigung seiner Grenzen fordere die polnische Regierung die Übergabe Ostpreußens und Danzigs sowie Verkürzung der polnisch-deutschen Grenze. Zudem setze eine Polnisch-Tschechoslowakische Föderation eine Verlängerung der zwischenstaatlichen Grenze in der Provinz Schlesien voraus. Hingewiesen wurde auch auf den großen Anteil polnischsprachiger Bevölkerung in den genannten Gebieten.⁷ Diese Vorstellungen erlebten in der Folgezeit noch viele Korrekturen im Einzelnen, doch hob sich eine Tendenz heraus, Polen müsse die größte Gefahr in Deutschland sehen. Die polnischen territorialen Forderungen an Deutschland würden starke Verbündete voraussetzen, da Deutschland der Hauptfeind bleiben werde.⁸

Sikorskis Überlegungen zum polnisch-russischen Verhältnis wichen damals – in einer Phase russischer Schwäche – beträchtlich von denen seiner Umgebung ab. In seinem Gespräch mit Beneš am 6. September 1940 umriß der polnische Präsident sein außenpolitisches Ziel euphorisch mit den Worten, »eine russisch-polnische Annäherung nach dem Fall Deutsch-

7 Siehe Memorandum der polnischen Regierung an das Foreign Office vom 20. November 1940. In: Public Record Office-Foreign Office, London (im weiteren PRO-FO), 371-24292. – Siehe auch Dettlef Brandes: Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten ... S. 106f.

8 Siehe Gespräch Beneš – Sikorski vom 6. September 1940. In: PRO-FO, 371-26419, S. 135f.

lands« zu erreichen. Polen sehe auch künftig die größere Gefahr in Deutschland und strebe eine Politik der guten Nachbarschaft zu Rußland an. Dabei könnten die Tschechoslowaken helfen. Polen müsse sich von der »Jongleurspolitik des Piłsudski-Beck-Regimes« distanzieren. Wie der polnische General Marian Kukiel bezeugte, brachte Sikorski – von der Kapitulation Frankreichs erschüttert – in einem vom Journalisten Stefan Litauer konzipierten Memorandum an Lord Halifax den Wunsch nach Versachlichung der polnisch-russischen Beziehungen zum Ausdruck.⁹ Dies traf jedoch auf den Nerv des innerpolnischen Konfliktes, so daß Außenminister Zaleski so weit ging, dem Präsidenten Raczkiewicz nahezu legen, er müsse den Premier zwingen, sein Memorandum zurückzuziehen.¹⁰ Als parallel dazu Sikorski seinerseits scharfe Vorwürfe über das unpatriotische Verhalten bestimmter Minister während der französischen Kapitulation und in den Evakuierungstagen vorbrachte, prallten die Gegensätze ungebremst aufeinander. Der Präsident versuchte, den Premier per Dekret abzurufen, konnte sich aber nicht durchsetzen. Insgesamt erbrachte diese Kraftprobe den tragischen Nachweis, daß ein Zurückdrängen der Sanacja-Anhänger in der Regierung unmöglich war, bestenfalls entsprach das Ergebnis einem Kompromiß zwischen Sikorski einerseits und Präsident Raczkiewicz, Sosnkowski und anderen andererseits. Offenbar war die Herstellung klarerer Fronten überhaupt nur *von außen* erreichbar.

Mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 trat für Polens Gesamtsituation die gravierendste Wende seit Kriegsbeginn ein. Durch die Ausweitung des Krieges auf die UdSSR trat nunmehr – als einziges Mittel zur Lösung der Existenzfrage für beide Staaten – die Bündelung aller alliierten Kräfte und die militärische Zusammenarbeit gegen Hitlerdeutschland auf die Tagesordnung. Doch sowohl das Begreifen der neuen Realitäten als auch erste Schritte des Aufeinanderzugehens erforderten eine lange schmerzhaft e Auseinandersetzung. England begrüßte den Kriegsausbruch im Osten als Rettung in höchster Not. Das ging einher mit der Befürchtung und bisweilen auch panischen Angst vor einer militärischen und technischen Unterlegenheit der Roten Armee, die diese zwingen könnte, nach wenigen Wochen aufzugeben. Die Angst, Stalin könne die Rettung in einer Kapitulation vor Hitler suchen, forcierte die Bemühungen

9 Siehe Marian Kukiel: General Sikorski. Żołnierz i Mąż Stanu Polski Walczącej. London 1970 (im weiteren Marian Kukiel: General Sikorski ...). S. 129.

10 Siehe Władysław Pobóg-Malinowski: Najnowsza historia polityczna Polski 1939–1945. London 1960. S. 172.

Churchills, die »russischen Völker« der sofortigen und bedingungslosen Unterstützung zu versichern und zu erklären: »Die Bedrohung Rußlands ist auch unsere Bedrohung und die der Vereinigten Staaten.«¹¹ In den ersten exilpolnischen Äußerungen wurde der deutsch-sowjetische Krieg als weltveränderndes Ereignis signalisiert. Jetzt komme wieder Bewegung in das bisher totgeschwiegene polnische Thema. Sogar die Aufstellung polnischer Truppen trete in den Bereich der Möglichkeiten. Polen sollte allerdings – so Sikorski und der britische Botschafter Sir Stafford Cripps – Zurückhaltung üben, bis ihm die UdSSR entgegenkomme. Da sich »Polen fast im Kriegszustand mit den Sowjets befinde«, müsse es »faktisch einen Standpunkt der Neutralität im deutsch-sowjetischen Krieg einnehmen«.¹²

Völlig abweisend reagierten die Rechten. Es trug Churchill die harsche Kritik des exilpolnischen Lagers ein, daß er nicht nur im Namen Englands, sondern auch im Namen »unserer Verbündeten und Freunde auf der ganzen Welt« Rußland Unterstützung versprochen habe. So betonte der General Sosnkowski ungeachtet der neuen Bedingungen, Polens habe es mit zwei Okkupanten, Hitler und Stalin, zu tun, dieser Standpunkt müsse solange unverändert beibehalten werden, bis eine Präzisierung möglich sei.¹³

England als tödlich bedrohtes Land mußte als Schutzmacht der Exilregierung 1941 das höchste Interesse daran haben, Gespräche zwischen der Sowjetregierung und den Polen zu vermitteln, die eine Verminderung der Spannungen und möglichst schnell eine Wiederherstellung der im August 1939 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und Polen gewährleisten. Aus den vorangegangenen Unterredungen zwischen Eden und Maiskij waren die Ausgangspositionen der sowjetischen Seite bekannt: Wiederherstellung Polens in seinen polnisch besiedelten Gebieten, einige der 1939 besetzten Bezirke würden zurückgegeben werden; mögliche Bildung eines Nationalkomitees zwecks Interessenvertretung auf sowjetischem Boden, dem die Aufstellung militärischer Einheiten obliegen könnte; alle polnischen Kriegsgefangenen würden übergeben werden.¹⁴ Von diesen Vorschlägen in Kenntnis gesetzt, brachte Sikorski am 5. Juli in einem Treffen mit Zaleski und Botschafter Maiskij die polnische Position vor: An die erste Stelle stellte er die Forderung auf Widerruf der deutsch-sowjetischen Teilungsverträge, wobei er bewußt auf die Erwähnung des

11 Ebenda. S. 173.

12 Ebenda. S. 172.

13 Siehe Ministerratssitzung vom 23. Juni 1941. In: Ebenda. S. 174.

14 Siehe ebenda. S. 177.

»Rigaer Friedens«¹⁵ verzichtete, zumal ein Widerruf der Verträge nach polnischem Rechtsverständnis – so Sikorski – ohnehin automatisch die Wiederherstellung des Verlaufes der Vorkriegsgrenze (Rigaer Grenze) beinhaltet. Im Gegensatz zur Maximalvariante Zaleskis vermied Sikorski damit ein Hochspielen der Formel »Rückkehr zur polnischen Vorkriegsgrenze«, um Maiskij den Kompromiß zu erleichtern. Der sowjetische Botschafter ging auf Sikorskis Vorschlag ein, man könne diese Frage vorerst »zur Seite legen«, da sie gegenwärtig keine »praktische Bedeutung« habe. Sikorski informierte sein Kabinett davon, daß er »vollkommen zufriedengestellt« sei, wenn fünf Punkte erreicht würden: die Sowjetunion die zwei mit Hitler abgeschlossenen Verträge für ungültig erkläre, der Erneuerung der diplomatischen Beziehungen zustimme, den gemeinsamen Kampf gegen die Deutschen führe, der Befreiung der polnischen Kriegsgefangenen und politischen Gefangenen sowie der Schaffung einer autonomen polnischen Armee in Rußland zustimme.¹⁶

Bei der zweiten Sitzung am 11. Juli 1941 verzichtete Maiskij auf das für die Polen unsympathische »Angebot« eines Nationalkomitees. Nach Rücksprache mit Moskau erklärte er auch sein Einverständnis mit der gewünschten Ungültigkeitserklärung. Angesichts der Querelen, die Sikorski innerhalb seines Kabinetts zu gewärtigen hatte, bekräftigte der sowjetische Botschafter, die Formulierung »Staat in den ethnischen Grenzen« müsse nicht im Vertrag aufgenommen werden, aber man möge sich keinen Illusionen hingeben. Wie immer auch der Punkt formuliert sei, entspreche die Forderung nach »nationaler Grenze« dem kategorischen Standpunkt der UdSSR.¹⁷

Daraufhin betrachtete Eden den polnischen Standpunkt als gewahrt. An diesem Punkt stellte sich jedoch der polnische Außenminister Zaleski einer raschen Einigung in den Weg. Er ging so weit, eine sowjetische Ungültigkeitserklärung *aller* seit 1938 getroffenen Vereinbarungen zu fordern. Das

15 Am 18. März 1921 wurde der Friedensvertrag von Riga zwischen Polen und den beiden sowjetischen Republiken Rußland und Ukraine unterzeichnet, der im Ergebnis des siegreichen Vordringens der Armeen Piłsudskis im polnisch-russischen Krieg 1919/1920 die Grenze ca. 100 km östlich des Bug zog.

16 Siehe Władysław Pobóg-Malinowski: Najnowsza historia polityczna Polski 1939–1945. London 1960. S. 178. – Dokumenty i Materiały do Historii Stosunków Polsko-Radzieckich (im weiteren Dok. i Mat.). Bd. 7. Warszawa 1973. S. 229.

17 Siehe Władysław Pobóg-Malinowski: Najnowsza historia polityczna Polski 1939–1945. London 1960. S. 178. – Dok. i Mat. Bd. 7. Warszawa 1973. S. 228. In Maiskijs Version fehlt erwähnter Kommentar.

enthalt Mitte Dezember 1941 in Moskau anlässlich der Vorbereitung von (ursprünglich zwei) britisch-sowjetischen Beistandsverträgen signalisierten britische Regierungskreise erstmals ein Einlenken hinsichtlich der Westgrenze der UdSSR.²¹ Zu diesem Zeitpunkt hatte die Rote Armee nach ihrer ersten verzweifelten Gegenoffensive die Wehrmacht vor Moskau gestoppt und erstmals Vorstellungen ins Wanken gebracht, am Kriegsende werde man es mit einer politisch und militärisch total geschwächten Sowjetunion zu tun haben.²²

Eden drängte Churchill, daß die Aufnahme der Grenzenerkennung in den internationalen Vertrag für Stalin »the acid test of our sincerity« darstelle und die Regierung klug beraten sei, schnell mit der Sowjetunion zu einer guten Regelung zu gelangen, da am Ende des Krieges das russische Prestige so groß sei, daß »die Errichtung kommunistischer Regierungen in der Mehrheit der europäischen Länder beträchtlich begünstigt sein wird«²³.

Ungeachtet des heftigen Widerstrebens eines Teils seiner Kabinettsmitglieder war Churchill von der Notwendigkeit überzeugt, daß es unabdingbar sei, Vorabgespräche über Grenzforderungen der Sowjetunion, inklusive Baltikum und Wilna, zu treffen. In Gegenwart von Eden, Bevin, Sinclair, Retinger und Zamojski teilte er am 11. März 1942 Sikorski mit, Großbritannien könne im britisch-sowjetischen Vertragstext nicht umhin, die Westgrenze der Sowjetunion anzuerkennen.²⁴ Kurz darauf wandte sich Churchill sogar mit der dringenden Bitte an Roosevelt, ihm bei den Vertragsverhandlungen mit Stalin, »freie Hand zur Unterzeichnung des Vertrages zu gewähren«.²⁵ Der Haltung des britischen Regierungschefs gegenüber Rußland lag

21 Siehe ebenda. S. 275. Churchill versuchte, Sikorskis Verständnis dafür zu wecken, daß sich Rußland vor einer dritten deutschen Aggression schützen müsse: so sei Leningrads Position in der baltischen Region besser zu sichern.

22 Siehe Anthony Eden: *The Eden Memoirs. The Reckoning*. London 1965. S. 289 und 292.

23 Anthony Eden vom 28. Januar 1942. In: *Public Record Office-Cabinet*. London (im weiteren PRO-Cab). 66/21. WP(42) 48. – Siehe auch Anthony Eden: *The Eden Memoirs. The Reckoning*. London 1965. S. 319. – Eva Seeber: *Die Mächte der Antihitlerkoalition und die Auseinandersetzung um Polen und die ČSR 1941 bis 1945*. Berlin 1984 (im weiteren Eva Seeber: *Die Mächte der Antihitlerkoalition ...*). S. 96.

24 Siehe Włodzimierz T. Kowalski: *Waika dyplomatyczna o miejsce Polski w Europie (1939–1945)*. Warszawa 1966. S. 157.

25 *Foreign Relations of United States. Diplomatic Papers*. Washington (im weiteren FRUS) 1942. Vol. 3. S. 328. – *The Memoirs of Cordell Hull*. Vol. 2. New York 1948. S. 1169. – Siehe Elisabeth Barker: *Churchill and Eden at war*. London 1978. S. 238ff. – Marian Kukiel: *General Sikorski ...* S. 196.

die Überlegung zugrunde, daß es sich um Sicherheitsinteressen dieses Staates handele, die man nicht ungestraft ignorieren könne.²⁶ Auf ihm ruhe die ganze Last des Kampfes mit Hitlerdeutschland und als einziges Land kämpfe es erfolgreich gegen Deutschland, ohne daß ihm die Unterstützung durch eine Zweite Front gewährt werde. Eden drückte dies so aus: England müsse den Vertrag mit Stalin als politische Kompensation für die fehlende materielle militärische Unterstützung abschließen.²⁷

Als sich ankündigte, daß Washington auf der Verweigerung territorialer Veränderungen während des Krieges beharren würde, hielt es Eden für unerlässlich, den Botschafter Großbritanniens in Washington, Lord Halifax, zu beschwören, dem Präsidenten in aller Eindringlichkeit vor Augen zu führen, was auf dem Spiel stand: »Nichts dürfe ungetan bleiben, was uns befähigt, realen Kontakt zu Stalin zu bekommen, um die Ideen über alle mit dem Verlauf des Krieges verbundenen Themen freimütig mit ihm auszutauschen und uns so die maximale Chance zu geben, daß die Sowjetunion unseren Ansichten und denen der US-Regierung einige Aufmerksamkeit schenkt. Um nur ein Beispiel zu nennen, wir können nicht erwarten, daß Stalin in den Krieg gegen Japan eintreten oder Vorschlägen von uns die geringste Aufmerksamkeit schenken würde, solange nicht seine Forderungen aus dem Wege sind.« Eden fuhr fort: »Stalin will sich überzeugen, ob wir ihn in seinen Minimal-Kriegszielen unterstützen.« »Wir sind überzeugt, – so Eden weiter – Stalin würde eine Antwort von Roosevelt für angemessen halten, die besagt, daß wir hoffen, Rußland werde die baltischen Länder nicht zurückholen, aber daß wir zur Kenntnis nehmen, nichts tun zu können, wenn er es täte.« Alles andere würde den Verdacht Stalins bestätigen. »daß wir nichts dagegen hätten, wenn sich Rußland und Deutschland gegenseitig verwüsten. Dies verstärkt natürlich Rußlands Neigung, keine Rücksicht auf irgend etwas außer dem Eigeninteresse zu nehmen und würde eine fruchtbare Zusammenarbeit an dieser kritischen Wende unmöglich machen.«²⁸ Doch Churchill mußte die kategorische Weigerung Roosevelts

26 Siehe Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941–1945, Berlin 1961, S. 54f. und 60. – Eva Seeber: Die Mächte der Antihitlerkoalition ... S. 96.

27 Siehe Gesprächsnotiz von Sumner Welles vom 30. März 1942. In: FRUS 1942, Vol. 3, S. 537. – Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941–1945, Berlin 1961, S. 54f. – Eva Seeber: Die Mächte der Antihitlerkoalition ... S. 97.

28 Telegramm Anthony Edens an Lord Halifax, In: FRUS 1942, Vol. 3, S. 531f. (Zitiert von Sumner Welles im Gesprächsprotokoll vom 12. März 1942. In: FRUS 1942, Vol. 3, S. 532).

zur Kenntnis nehmen, die USA könnten keinem solchen Vorgriff auf Nachkriegsentscheidungen zustimmen.²⁹

Unter diesem Einfluß erklärte Sikorski nunmehr, daß er die vorgesehene Verständigung mit Stalin nicht respektieren könne und sich seine Handlungsfreiheit bewahren müsse.³⁰ Seine zweite Reise in die Vereinigten Staaten vom 21. bis 30. März 1942 diente ihm dazu, mit Hilfe Washingtons zu verhindern, daß im britisch-sowjetischen Vertragstext eine bereits fixierte Anerkennungsformel aufgenommen wurde. So mußte Churchill unter amerikanisch-polnischem Druck am 23. Mai, fünf Tage vor Unterzeichnung, den Vertragsentwurf einer Änderung unterziehen und die sowjetisch-polnische Anerkennung der Grenzen unerwähnt lassen.³¹ Die von Präsident Roosevelt bevorzugte Verzögerungspolitik begann sich negativ auf die Beziehungen zwischen Exilregierung und Moskau auszuwirken.

SIKORSKI UND DIE POLNISCHE ARMEE IN DER UDSSR – CHANCE FÜR EINE DAUERHAFTER GESUNDUNG DER NACHBARBEZIEHUNGEN

Angesichts der tödlichen Bedrohung beider östlichen Nachbarn Deutschlands gewann das Thema der »Änders-Armee« höchste Priorität. Eine rasche Aufstellung von vertraglich vereinbarten sechs Divisionen – wie auf höchster Ebene zwischen Sikorski und Stalin vereinbart – mit teilweise sowjetischer, teilweise britischer Ausrüstung, sowie ein Einsatz der Polen an der Seite der an allen Fronten schwer bedrängten Roten Armee, hätte die sich zunächst positiv entwickelnden besonderen Beziehungen zur Sowjetunion grundlegend stabilisieren können. Nach der Katastrophe Frankreichs und dem Verlust der polnischen Frankreich-Armee verband Sikorski sehr viel mit der Vorstellung von einer kämpfenden polnischen Ostarmee. Daran knüpfte sich auch die Vision, bei einer zukünftigen vom Osten aus erfolgenden Befreiung Polens über eine solche eigene unschätzbare politische Machtposition zu verfügen – ganz abgesehen von der Tatsache, daß die Aufstellung polnischer Divisionen schon in absehbarer Zeit für mehr als

29 Siehe *The Memoirs of Cordell Hall*, Vol. 2, New York 1948, S. 1172 (Zitiert nach *FRIJS* 1942, Vol. 3, S. 558).

30 Siehe Włodzimierz T. Kowalski: *Walka dyplomatyczna o miejsce Polski w Europie (1939–1945)*, Warszawa 1966, S. 157.

31 Siehe *FRIJS* 1942, Vol. 3, S. 558.

Hunderttausende von Polen – Soldaten, Offiziere und deren Angehörige die Befreiung aus Gefängnissen und Internierungslagern, bzw. Rettung aus dem Flüchtlingsdasein bedeutete.

Für Stalin verhiessen die in diesem Zusammenhang versprochenen alliierten Waffenlieferungen zumindest einen gewissen Ausgleich für die ausbleibende Zweite Front in Europa. Welche Bedeutung er dem gesamten Vorhaben demzufolge beimaß, zeigt die Tatsache, daß er Sikorski bei seinem Besuch am 3./4. Dezember 1941 statt der anfänglichen 65 Millionen 300 Millionen Rubel Kredit für den Aufbau eines Versorgungsnetzes zugesichert hatte.³²

Als entscheidend für die Zukunft aber sollte sich erweisen, wie rasch die im Militärvertrag fixierte Vorstellung realisiert werden würde, daß mit einem Einsatz einer polnischen Einheit *in Rußland*, nicht kleiner als eine Division, sofort nach Herstellung der Kampfbereitschaft, gerechnet werden könne. Eine solche Klausel war aus dem französisch-polnischen Abkommen vom Januar 1940 übernommen worden.³³

Auch für das britische War Office schien anfangs ein vordringliches Interesse an der Ausrüstung der Polen für einen Einsatz an der Front zu bestehen, doch offenbar nur so lange, wie Unsicherheit bestand, ob der Kaukasus und der Zugang zu den Erdölquellen durch die Rote Armee zu halten war. Nachdem für 1941 die Gefahr für den Kaukasus abgewendet schien, wurde der Ausrüstung einer auf sowjetischem Boden stehenden Armee Polens vom War Office nicht mehr die frühere Priorität zugemessen. So sah sich der mit der Formierung der Polnischen Armee beauftragte sowjetische General A. Panfilow – als er am 4. März 1942 vom Ausbleiben der britischen Ausrüstung erfuhr – offenbar in seinem Verdacht bestätigt, daß mit ernsthafter Hilfe nicht gerechnet werden könne. Er antwortete MacFarlane, daß man in dieser bedrohlichen Situation *keine unbewaffneten Truppen* unterhalten könne.³⁴

Schon mit Beginn der Verhandlungen um die Einbeziehung Zehntausender Polen in die Verteidigung gegen die Hitlerwehrmacht hatte allerdings von britischer Seite ein zweiter Plan eine Rolle gespielt: die Rekrutierung

32 Siehe Dok. i Mat. Bd. 7. Warszawa 1973. Dokument Nr. 227. S. 373. – Władysław Pobóg-Malinowski: Najnowsza historia polityczna Polski 1939–1945. London 1960. S. 209. Anmerkung 100.

33 Siehe Marian Kukiel: General Sikorski ... S. 107.

34 Siehe MacFarlane an das War Office vom 20. und 22. Februar 1942. In: PRO-FO, 371-31078/19/55.

von Hunderttausenden von Polen mit dem ausschließlichen Ziel der »Evakuierung« auf britisches Hoheitsgebiet.³⁵ General Kukiel hat als Augenzeuge berichtet, wie Stalin im Gespräch vom 3. Dezember »explodierte«, als der Plan angedeutet wurde, Ausrüstung und Schulung der für eine polnische Armee vorgesehenen Polen jenseits der sowjetischen Grenze, in Persien durchzuführen. Stalins höhnische Reaktion lautete: Er wisse genau, wenn das geschähe, dann kehrten sie niemals hierher zurück. Man werde wohl Polen ohne die Polen erobern müssen. »Wir befreien Polen und dann geben wir es ihnen.«³⁶ Sikorski hingegen verneinte dies kategorisch. Es ist anzunehmen, daß ein Kampf starker polnischer Einheiten an der Seite Rußlands gegen Hitler seiner Vision am nächsten kam.

Beim Zustandekommen des Militärvertrages mit Rußland zeigte sich, daß seine außenpolitischen Auffassungen meilenweit von denen der Sanacja-Anhänger entfernt waren und sein gesamtes politisches Konzept damit stand und fiel, ob sich der Traum von einer eigenen Armee, die unmittelbar im Brennpunkt der Entscheidungen kämpfte, erfüllte oder nicht.

Später dienten die gewaltigen Lebensmittelprobleme in der Sowjetunion den britischen Militärs (Stabschef Ismay) als Begründung dafür, einer Evakuierung der polnischen Divisionen das Wort zu reden und damit Sikorskis Zukunftspläne von einer eigenen starken Armee zu zertrümmern. Stalin mußte schließlich dem Abzug *aller* polnischen Soldaten nach Persien zustimmen.

Am 18. März hatte Anders zunächst die Zusage von Stalin erreicht, daß er diejenigen Polen freigebe, die die Zahl von 44.000 Soldaten überstiegen. In der Zeit vom 25. März bis 10. April 1942 wurden 33.000 Soldaten und Offiziere mit 10.000 Angehörigen über das Kaspische Meer aus der Sowjetunion herausgebracht. Selbst die verbleibenden drei Divisionen hätten noch eine Chance für Sikorski und für eine neue außenpolitische Variante im Sinne einer Demokratisierung und Gesundung der Zusammenarbeit bedeutet, doch machten Churchill und Anders einen Strich auch durch diese Rechnung.³⁷ Wie im abschließenden Protokoll zwischen Anders und Shukow vom 31. Juli über die Evakuierungen ersichtlich, erreichte die sowjeti-

35 Eden schrieb: »Wenn die Dinge einmal schlecht gehen in Rußland, könnte es nützlich sein, ihn (Sikorski) dort zu haben, um sein eigenes Volk um sich zu scharen, ihm Kraft zu geben und vielleicht außer Landes zu führen.« (Dettef Brandes: Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten ... S. 251, Anmerkung 18).

36 Marian Kukiel: General Sikorski ... S. 186.

37 Siehe Ebenda, S. 260, Anmerkung 66.

sche Seite aber zumindest, daß General Anders die Verantwortung für die zugegebenermaßen vertragswidrigen Polentransporte selbst übernehmen mußte.³⁸

Damit wurden die Vorstellungen von einem alles verändernden Waffenbündnis begraben – ein halbes Jahr nach dem vielversprechenden Anfang. Mit der »Evakuierung« der Divisionen aus der Kampfzone war im Grunde auch das Konzept Sikorskis über neue Beziehungen zu Rußland gescheitert. Seine politischen Gegner im eigenen Kabinett und im Lande hingegen feierten die »Evakuierung« Hunderttausender von waffenfähigen Männern als Sieg über den ungeliebten Beistandsvertrag.³⁹ Die Monate später eröffnete lautstarke Kampagne, die die Sowjetregierung zur Wiederaufnahme der Rekrutierungen aufforderte, hatte nur noch deklarative Bedeutung. Sie stand schon unter einem schlechten Stern. Mit bitteren Worten reagierte Botschafter Bogomolow in einem Schreiben vom 31. Oktober 1942 auf das Drängen Raczyńskis, das Thema erneut aufzunehmen. Unter Hinweis auf eigene Zeugnisse wies er der Exilregierung und dem Oberkommando nach, »keine Bereitschaft zum Kampf gegen die Deutschen an der sowjetisch-deutschen Front gezeigt« zu haben. Nachdem nicht ein einziges Regiment am Krieg aktiv teilnehme, habe Stalin am 14. Mai mitteilen müssen, daß »es der Sowjetregierung unmöglich sei, neuen Rekrutierungen zuzustimmen«.⁴⁰ Am 10. Juni habe die Regierung nochmals die Verweigerung ausgesprochen und trage deshalb die Verantwortung für den Abbruch jener Aktion, für die die Sowjets nachweislich außerordentlich viel Kraft investiert hätten.⁴¹ Durch den Abzug der Anders-Armee verschlechterte sich erneut die Lage der auf sowjetischem Kriegsgebiet verbleibenden polnischen Zivilbevölkerung bzw. der Flüchtlinge. Die zuvor mit Genehmigung der sowjetischen Behörden vergleichsweise großzügig angelegte Wohlfahrtsorganisation mit einem Netz von polnischen Versorgungsfilialen wurde schon im Juli stark beschnitten. Es nützte wenig, daß Sikorski seinen

38 Das Protokoll siehe Stanisław Kot: *Listy z Rosji do Generała Sikorskiego*. London 1955. S. 514ff. – Detlef Brandes: *Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten ...* S. 236. Anmerkung 81.

39 Der tiefgehende Dissens der polnischen Führung über die Rußlandpolitik, der sich schon ungenheimt im Vorfeld des russisch-polnischen Vertragsabschlusses sowie der Dezemberdeklaration 1941 geäußert hatte, ist am ausführlichsten belegt bei Marian Kukiel (Marian Kukiel: *General Sikorski ...* S. 170–180).

40 DPSR, Vol. 1: 1939–1943. London 1961. Dokument Nr. 273 (poln.). – Siehe Dok i Mat. Bd. 7. Warszawa 1973. Dokument Nr. 227 (russ.).

41 Siehe ebenda.

Abgesandten Kot am 12. September 1942 ablöste und durch Botschafter Romer ersetzte. Sein Entschluß, diesen mit der Mission zu beauftragen, durch das Angebot eines neuen Vertrages in Moskau Spannungen abzubauen, kam zu spät.

ABBRUCH DER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN ALLIIERTEN NACHBARN – DAS KATASTROPHENJAHR 1943

Der Sieg der Roten Armee in der Schlacht um Stalingrad führte zu einer militärischen Wende an der sowjetischen Front. Zugleich bewirkte diese Stabilisierung der UdSSR Anfang 1943 eine weitreichende Polarisierung der politischen Lager: Aus der neuen Optik der Nachkriegsziele begann sich jetzt deutlich eine Zuspitzung der Differenzen innerhalb des Alliierten Lagers abzuzeichnen. Andererseits war dies eine Zeit, in der die koalitionsbejahenden, ausgleichenden Kräfte in allen Regierungen ihr Engagement verstärkten, um zu verhindern, daß Hitler und die Wehrmacht Vorteile aus Interessenkämpfen zögen.

Stalin verfolgte gegenüber der Exilregierung Anfang 1943 eine äußerst harten Kurs. In einer Note teilte die sowjetische Seite am 16. Januar 1943 dem neuen Botschafter Romer mit, daß die bisherige Übergangslösung hinsichtlich der polnischen Staatsbürgerschaft der in der UdSSR lebenden Polen aufgehoben werde. Das bedeutete, daß die sowjetischen Behörden Bürger polnischer Nationalität künftig wieder als Staatsbürger der Sowjetunion behandeln würden, wie das vom September 1939 bis vor dem Vertragsabschluß 1941 der Fall gewesen war. Dieser tiefe Eingriff in das Leben von Hunderttausenden von Menschen weckte erneut Mißtrauen und Feindschaft. Dadurch sahen sich die Sikorski-Gegner um Sosnkowski herausgefordert, vom polnischen Premier zu verlangen, daß er eine Rückkehr des in London weilenden Botschafters Romer nach Moskau unterbinde, selbst auf die Gefahr hin, daß dies den Abbruch der diplomatischen Beziehungen signalisiere.⁴² Diesen emotionalen Ausbrüchen seiner politischen Gegner widersetzte sich Sikorski und entschied, die Mission Romers ungeachtet der Zuspitzung fortzusetzen, so daß der Weg zu Verhandlungen offen blieb. Es gelang ihm, zunächst von Molotow und am 26./27. Februar von Stalin zum Thema der Staatsbürgerschaft empfangen zu werden. Als

42 Siehe Władysław Pobóg-Malinowski: *Najnowsza historia polityczna Polski 1939–1945*. London 1960. Bd. 3. S. 256.

der Gesandte die verheerende Wirkung der sowjetischen Note beschrieb, zeigte Stalin hinsichtlich von Einzelfragen eine gewisse Flexibilität. So lenkte er beispielsweise ein, er betrachte die Frage der Staatsbürgerschaft nicht als abgeschlossen. Man werde die Möglichkeit der Option der Bürger polnischer Nationalität für die Nachkriegszeit offen halten und über gegenwärtige Regelungen verhandeln.⁴³ Es werde bei der Entscheidung über die sowjetische Staatsbürgerschaft ein Unterschied zwischen ständigem und zeitweiligem Wohnsitz im betreffenden Gebiet gemacht. Doch zeigte sich, daß man sich hinsichtlich des Ziels dieser Kampagne keiner Täuschung hingeben durfte: Kurz vor dem Überschreiten der »Rigaer« Grenzlinie⁴⁴, also des strittigen Territoriums durch die Sowjetarmee, stellte Stalin seine Grenzvorstellung ganz scharf in den Raum, um die Exilpolen jetzt zur Aufgabe zu zwingen. Sein erneuter Vorschlag, in letzter Minute Verhandlungen über die veränderte Ostgrenze Polens aufzunehmen, mußte Romer, gewarnt von seiner Regierung, ablehnen. Zunächst schien diesem jedoch zumindest ein Heraushalten der Grenzfragen aus der Polemik erreichbar zu sein, zumal Stalin sehr viel an einer zweiseitigen Regelung ohne Einschaltung Dritter gelegen war. Diese gewisse Bereitschaft änderte sich allerdings durch die Veröffentlichung einer provozierend scharfen Note des polnischen Nationalrats vom 20. Februar bzw. der Regierung vom 25. Februar, worin diese ausdrücklich auf dem »status quo ante vor dem 1. September 1939« bestanden.⁴⁵

Die von Eden und zum Teil von Sikorski beabsichtigte Versachlichung und Beruhigung mißlang. Stark am Mißerfolg beteiligt war ein Teil der Presse der USA, die mit Blick auf die sieben Millionen Wähler polnischer Herkunft reißerisch über die polnisch-sowjetischen Differenzen berichtete. Die Atmosphäre wurde noch dadurch angeheizt, daß die sowjetischen Behörden daran gingen, viele der aus den strittigen Gebieten stammenden Polen zur Annahme *sowjetischer* Pässe zu zwingen. Daraufhin bedrängte die Opposition Sikorskis in der Exilregierung den Premier immer massiver, mit dem sofortigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu antworten, wenn nicht der status vor dem 16. Januar 1943 wiederhergestellt wer-

43 Siehe Gesprächsprotokoll vom 27. Februar 1943. In: *Sprawa Polska w czasie drugiej wojny światowej na arenie międzynarodowej*. Zbiór dokumentów. Warszawa 1965. Dokument Nr. 65. S. 336f.

44 Zur »Rigaer« Grenzlinie siehe Anmerkung 15 und die historischen Karten auf den Seiten 84 und 85.

45 Siehe Vermerk über Besprechung mit Stalin vom 26./27. Februar 1943. In: *DPSR*. Vol. 1: 1939–1943. London 1961. Dokumente Nr. 294 und 295.

de, das heißt die Frage der Staatsbürgerschaft der Polen in den strittigen Gebieten zumindest offen zu lassen. Sikorski lehnte dies als einen Versuch ab, durch Verzweifelungshandlungen die internationale Aufmerksamkeit zu erregen. Er widersetzte sich auch der Aufforderung zu demissionieren.

Einen Abbruch der Beziehungen zu Rußland bezeichnete er als unverantwortlich, da er nur dazu führen könne, Polen der erreichten Position unter den Alliierten zu berauben und dies einer völligen Isolierung und sozusagen politischem Selbstmord gleichkäme. Sikorski warnte die Opposition vor einer abenteuerlichen Handlungsweise, die den Anlaß dazu liefern könne, sei es, Polen als Don Quichotte, sei es als Satelliten Hitlers wider Willen hinzustellen.⁴⁶

Inzwischen erschütterten Meldungen über das Auffinden von Massengräbern bei Smolensk die Öffentlichkeit, was in London sofort mit den vermißten, von sowjetischer Seite internierten polnischen Offizieren in Verbindung gebracht wurde, zumal im Zusammenhang mit der Schaffung der Anders-Armee bereits erfolglos nach diesen gesucht worden war. Obgleich es der Nazi-Propagandaminister war, der die Nachricht über die polnischen Massengräber verbreiten ließ und das Verbrechen für seine antibolschewistische Propaganda nutzte,⁴⁷ fanden die sowjetischen Dementis bei der polnischen Emigration keinen Glauben, sondern führten nun zum lange vermiedenen Bruch.

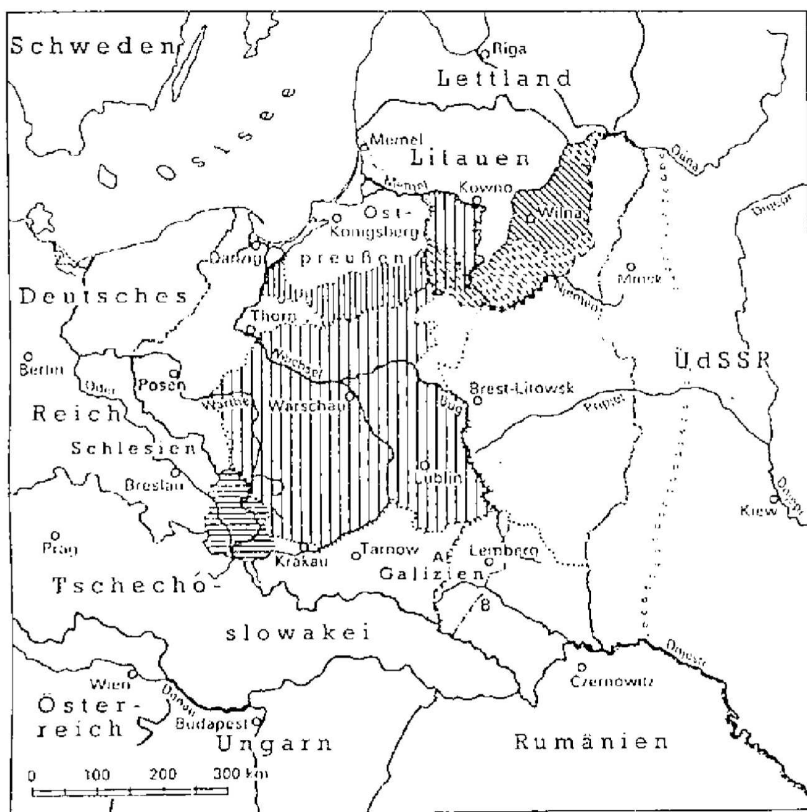
Überzeugt, endlich die Spur zu den seit Herbst 1941 erfolglos gesuchten kriegsgefangenen Offizieren gefunden zu haben, richteten die Exilpolitiker ohne Konsultation der Westmächte und ohne »sich mit der Bitte um Aufklärung in dieser Angelegenheit an die Sowjetregierung zu wenden«, mit einem Auftrag zur Nachforschung an das Internationale Rote Kreuz.⁴⁸ Stalin qualifizierte dies als »Verleumdungskampagne« bzw. als »einen verätherischen Schlag gegen die UdSSR«, zumal die Untersuchung nicht objektiv sein könne, da vom nazibesetzten Territorium aus geführt. Er







46 Siehe Władysław Pobóg-Malinowski: *Najnowsza historia polityczna Polski 1939–1945*. London 1960. S. 269.






47 Wörtlich vermerkte Goebbels in seinem Tagebuch am 11. März 1943: Die Spaltung der gegnerischen Koalition sei »die einzige Chance, den Krieg im Osten zu einem befriedigenden Ende zu bringen«. Am 9. April notierte er, bei Smolensk seien polnische Massengräber gefunden worden, die man »nun in größtem Stil in der antibolschewistischen Propaganda einsetzen« werde (Tagebücher Goebbels, Hrsg. von Louis P. Lochner, Zürich 1948, S. 266 und 298). – Siehe auch Eva Seeber: *Die Mächte der Antihitlerkoalition ...* S. 122.

48 Siehe Botschafter Biddle vom 2. Mai 1943. In: *FRUS 1943*, Vol. 3, S. 405. Als Sikorski den Text (von Kot) zurückziehen wollte, war er schon in den Händen der Presse.

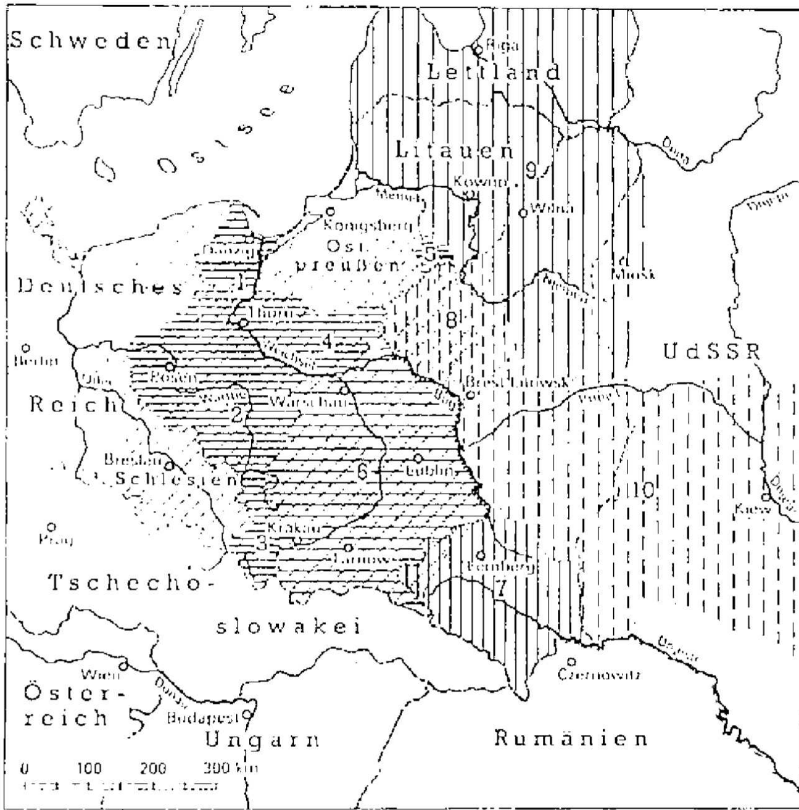
POLEN 1918–1939



-  Polen 1914
-  Grenze Polens an ostpreussische Grenze von 1914
-  Staatsgrenzen (Ostgrenze Polens nach dem Frieden von Riga vom 18. 3. 1921)
-  Ostgrenzlinie Polens vom 8. 12. 1919 (sog. Curzon-Linie)
-  Grenzlinien A und B der Teilung Galiziens vom 17. 6. 1919
-  Russischer Vorschlag zur Ostgrenze Polens vom 28. 1. 1920

-  Grenze nach russ. lit. Friedensvertrag von Moskau vom 12. 7. 1920
 -  Polnisch-litauisches Gebiet von Wilna, Sept. 1921/6. 4. 1922 an Polen
 -  Deutsch-polnisches Abstimmungsgebiet in Ostpreußen (11. 7. 1920)
 -  Deutsch-polnisches Abstimmungsgebiet in Oberschlesien (20. 3. 1921)
 -  Polen 1939
- Entwurf u. Kartographie: W. Krefz, J. G. Herder-Institut, Marburg 1950.

POLEN 1939–1945



- Staatsgrenzen 1939
- ▭ Polen 1939
- Deutsch besetzte Interzonen-Grenze vom 28. 10. 1939
- ▨ Eingliederung ins Großdeutsche Reich am 26. 10. 1939
 - 1 Reichsgau Danzig Westpreußen
 - 2 Reichsgau Wartheland
 - 3 Ost-Oberschlesien
 - 4 Ober-Bez. Danzig
 - 5 Kreis Sudeeten
- ▧ 6 „Generalgouvernement“, ab 26. 11. 1939 unter deutscher Zivilverwaltung

- ▩ 7 Distrikt Galizien, ab 1. 9. 1941 zum „Generalgouvernement“
- ▧ 8 Bezirk Białystok, ab 1. 8. 1941 unter deutscher Zivilverwaltung
- ▧ 9 Reichskommissariat Ostland, ab 3. 9. 1941 unter deutscher Zivilverwaltung
- ▧ 10 Reichskommissariat Ukraine, ab 1. 9. 1941 unter deutscher Zivilverwaltung
- ▧ Polen nach 1945

Litwani u. Kartographie: W. Kraft,
J. C. Herder-Institut, Marburg 1996

unterstellte den Polen sogar ein »geheimenes Einverständnis mit den Deutschen«, da diese sich ebenfalls an das IRK gewandt hatten. Ungeachtet der wiederholten Bemühungen Churchills, Stalin daran zu hindern, teilte dieser vier Tage später mit, er habe »sich veranlaßt gesehen, der Exilregierung die Note über den Abbruch der Beziehungen überreichen zu lassen.«⁴⁹ Es war nur als grenzenlos zynisch zu bezeichnen, als Stalin, der die unglaublich erscheinende Wahrheit doch kennen mußte, die Offenlegung des Verbrechens von Katyn benutzte, um den Polen mit dem Abbruch der Beziehungen zuvorzukommen.⁵⁰

DIE MOSKAUER AUSSENMINISTERKONFERENZ UND DIE FÖDERATIONSPLANUNGEN

Im zweiten Halbjahr 1943 beschleunigte der erfolgreiche Vormarsch der Sowjetarmeen, der Wochen zuvor noch unvorstellbar gewesen war, die alliierten Planungen zur Befreiung und Neuordnung Europas. Im Sommer gelang es der Sowjetarmee, der faschistischen Wehrmacht durch eine gewaltige Gegenoffensive im Kursker Bogen die strategische Initiative zu entreißen. Damit starben Erwartungen, die sowjetfeindliche Kreise mit der faschistischen Sommeroffensive (Zitadelle) verbunden hatten.

Auf der im August 1943 tagenden britisch-amerikanischen Konferenz in Quebec ließ sich schon in einigen Fragen zumindest taktisches Umdenken erkennen. So unterzog die britische Regierung frühere Vorstellungen einer Bildung von Staaten-Konföderationen entlang der Grenzen der UdSSR einer Prüfung. Denn immerhin – so Beneš – entstammten die ursprünglichen Konföderationspläne zwischen Polen und der Tschechoslowakei einer Zeit, »als die Sowjetunion noch nicht in den Krieg verwickelt war«. Damals galt als Axiom, daß diese Staatenverbände in Anlehnung an England und *ohne* die Sowjetunion geplant waren. Mit starker britischer Unterstützung versehen, hatten sich die Exilkabinette von Beneš und Sikorski 1941 darauf geeinigt, nach dem Kriege bei der Gestaltung der Außenpolitik, der Informations-, der Militär- und Kulturpolitik eng zusammenzuarbeiten.⁵¹

49 Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941–1945, Berlin 1961, S. 152f.

50 Zu Katyn siehe Czesław Madajczyk: Das Drama von Katyn, Berlin 1991.

51 Siehe Piotr Wandycz: Czechoslovak-Polish Confederation and the Great Powers 1940–1943, Indiana 1986, S. 85.

Seither hatten sich die Standpunkte stark auseinanderentwickelt und Beneš unternahm größte Anstrengungen, um die als immer notwendiger und wünschenswerter angesehenen Kontakte mit Moskau nicht zu belasten. Beneš und Ripka betonten jetzt: »Wir dürfen nicht vergessen, daß uns die Sowjetunion geographisch am nächsten liegt.«⁵²

Im Herbst 1942 war Sikorski in einem Schreiben an Masaryk auf die ursprünglichen Zweierverträge zurückgekommen, wohl aus dem Grunde, um Beneš die Hände zu binden, der an einer Annäherung an die UdSSR interessiert war.

Beneš indessen neigte immer mehr zum Rückzug. Seither habe sich die Welt derart verändert, so daß diese Zukunftsvision »nicht mehr Angelegenheit der betreffenden Nationen allein« sein könne.⁵³ Rußland werde sich mit dem Anspruch Englands auf alleinige Koordinierung und Kontrolle aller im kritischen Ländergürtel entlang der Sowjetunion entstehenden Fragen nicht abfinden können. Noch sei Gelegenheit, so der tschechoslowakische Politiker, die Beziehungen zum östlichen Nachbarn zu verbessern, ohne die traditionelle Bindung an die Westmächte, speziell Großbritannien, aufzugeben. In diesem Sinne versuchte er eine Nachkriegskonzeption zu projektieren, die mit allen alliierten Großmächten in Übereinstimmung zu bringen wäre.⁵⁴

Dem Bemühen von Bogomolow und Beneš um die Vorbereitung eines Bündnisvertrages, der im Sommer 1943 unterschriftsreif war, stellte sich die britische Regierung allerdings noch sehr energisch entgegen, wobei sie auf Einhaltung einer früher fixierten »beiderseitigen Selbstbeschränkung« (Self Denying Ordinance) hinsichtlich von Vertragsabschlüssen zwischen Alliierten Mächten und Emigranten-Regierungen im Kriege pochte.⁵⁵

Eden kam auf der Moskauer Außenministerkonferenz (19.–30. Oktober 1943) auf die alten Föderationspläne zurück. Jetzt allerdings unter Beachtung einer gravierenden Neuerung: Nünmehr sollte auch die UdSSR als Garantiemacht fungieren. Eden machte sich zum Sprecher einer »gemeinsamen Verantwortung der Großmächte für Europa«, um sein altes Ziel jetzt

52 Ebenda. – Siehe Eva Seeber: Die Mächte der Antihitlerkoalition ... S. 109. – Siehe auch ebenda, S. 72.

53 Siehe Kazimierz Rosen-Zawadzki: Próby sfederowania sródkowo-wschodniej Europy (1939–1943). In: Studia z dziejów ZSSR i Europy Śródkowej. Warszawa (1965) I, S. 218.

54 Siehe Edward Beneš: The Memoirs of Edward Beneš. From Munich to New War and New Victory, London 1954, S. 278 und 284. – Milada Červinková: Views and Diplomatic Activity of Dr. E. Beneš in the Period of Preparation for the Czechoslovak-Soviet Treaty of 1943. In: Historica, Prag 1969, Bd. 17, S. 243.

55 Siehe Eva Seeber: Die Mächte der Antihitlerkoalition ... S. 149 und 134.

unter neuen Vorzeichen voranzubringen: Laut Artikel 2 seines Entwurfs sollten die »Völker ermutigt werden, sich mit anderen Staaten zu Föderationen zusammenschließen, um durch die Union in größerem Maße in der Lage zu sein, den Wohlstand [...] zu erhöhen.« Laut Artikel 3 sollten sich alle drei Mächte »verpflichtet fühlen, anderen Staaten bei der Bildung solcher Föderationen zu helfen [...].«⁵⁶ Doch die sowjetische Seite antwortete mit einer Absage an alle bisherigen Föderationsbildungen. Am gleichen Tage unterbreitete Molotow – der nun seinerseits als selbsternannter Verteidiger der Souveränität der kleinen Staaten auftrat – seinen Gegenentwurf. Unter dem Motto: »Die Zukunft Polens, der Donau- und Balkanländer einschließlich der Frage der Föderationen.« betrachtete die UdSSR »die Befreiung der kleinen Länder und die Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität als eine der wichtigsten Aufgaben der Nachkriegsordnung Europas und der Errichtung eines dauerhaften Friedens [...] Die verfrühte und möglicherweise künstliche Bindung dieser Länder zu theoretisch geplanten Gruppierungen würde sowohl für die kleinen Länder selbst als auch für die künftige allgemeine friedliche Entwicklung Europas Gefahren in sich bergen.« Die sowjetische Erklärung gab zu bedenken, »ein derart wichtiger Schritt wie die Föderationsbildung mit anderen Staaten und der mögliche Verzicht auf einen Teil ihrer Souveränität ist nur im Rahmen einer freien, ruhigen und wohlgedachten Willensäußerung des Volkes zulässig.«⁵⁷ Diese wirklichen Wünsche aber wären unter den Nachkriegsbedingungen kaum umfassend zu ermitteln. Der sowjetische Außenminister verhehlte nicht, daß er weder die Emigrantenregierungen noch unmittelbar nach dem Friedensschluß gebildete Regierungen für geeignet halte, solche Beschlüsse zu fällen. Was einige spezielle Föderationen angehe, so Molotow, sei man an die Politik des Cordon Sanitaire erinnert, die bekanntlich gegen die UdSSR gerichtet gewesen wäre und deshalb nicht begünstigt werden könne.⁵⁸ Angesichts des erklärten Desinteresses der tschechoslowakischen Seite an einer einseitigen Bindung an Polen war die britische Regierung genötigt, neue Wege zu suchen. Allerdings stellte sie sich während der Beratungen in Moskau einem Vertragsabschluß erneut in den Weg, so daß dieser erst zwei Monate später zustande kam. Auch dann

56 FRUS 1943. Vol. I. S. 737.

57 Ebenda. S. 762f.

58 Siehe Sitzung der Außenministerkonferenz vom 27. Oktober 1943. In: Ebenda. S. 762. Dokument Nr. 51. – Die Sowjetunion auf internationalen Konferenzen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945. Dokumentensammlung. Bd. 1: Die Moskauer Konferenz 1943. Berlin 1988. S. 308. – Ebenda. S. 183.

erklärte sich Eden nur ausnahmsweise einverstanden.⁵⁹ Das Prinzip der sogenannten *Self Denying Ordinance* wurde nicht aufgehoben. Nur im Falle von Abmachungen über Nachkriegsfragen mit *angrenzenden Staaten* sollten Großmächte während des Krieges das Bündnisrecht haben.⁶⁰

Mit der Unterzeichnung des Vertrages durch die Botschafter Molotow und Fierlinger am 12. Dezember 1943 waren die Föderationskonzepte britischer Provenienz endgültig vom Tisch und es entstanden auch für Großbritannien völlig neue Prämissen einer Ostmitteleuropa-Konstellation.

Die Moskauer Außenministerkonferenz erwies sich allerdings als Ereignis, an deren Bewertung sich die Geister schieden.

Mit Blick auf die Zerschlagung Hitlerdeutschlands war ihr wichtigstes Ergebnis die Koordinierung militärischer Anstrengungen. Die Alliierten einigten sich auf die Deklaration der Vier Mächte, die zum Beschluß erhob, Grundsatzfragen der internationalen Sicherheit in gegenseitiger Übereinstimmung zu lösen. Dem widersprach manches zuvor beschlossene Separatabkommen, beispielsweise die für die ersten Nachkriegsverwaltungen in den »befreiten Gebieten« wichtige Resolution der Quebecker Konferenz vom 22. August 1943, wonach Verhandlungen der britischen Vertreter mit allen in London ansässigen Emigranten-(refugee) Regierungen als normaler Weg der Vorbereitung von Nachkriegsregimes gekennzeichnet wurden, und ohne Rücksprache mit der sowjetischen Seite einseitige Versprechungen über Wiedereinsetzung der Emigranten nach der Befreiung gemacht wurden.⁶¹

Erst infolge des Einspruchs der UdSSR vom 6. September 1943 entwickelte sich ein Notenwechsel mit Außenminister Hull, der dazu führte, daß von der geplanten Veröffentlichung Abstand genommen und der Text später (28. September) annulliert wurde. Im Ergebnis der alliierten Verständigung konstatierte eine offizielle Note Übereinstimmung der Standpunkte

59 Siehe FRUS 1943, Vol. 1, S. 625.

60 Siehe ebenda, S. 726.

61 Siehe Standley an Secretary of State vom 26. April 1943. In: Ebenda, S. 517 (Zitiert in Detlef Brandes: Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten ... S. 548). In der Resolution vom 22. August 1943 hatte es geheißen (später annulliert): »The Governments of the United States and the United Kingdom, while continuing to exercise supreme military authority in liberated areas pending the defeat of the enemy will be agreeable to the policy of the governments and constituted authorities of the United Nations in their respective liberated countries proceeding with the function of maintaining law and order with such assistance by the Allied authorities as may be necessary, subject always to military requirements.« (Anthony Eden an Sargent vom 22. und 27. August 1943. In: PRO-FO 800-408, S. 66 und 117). – Siehe Detlef Brandes: Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten ... S. 548.

der sowjetischen und der amerikanischen Regierung in der Kardinalfrage, daß »die Verantwortung für die Verwaltung der feindlichen Territorien dem Kommando der Streitkräfte obliegt, die dieses Territorium erobert haben«. Die Sowjetregierung stellt auch mit Genugtuung fest, daß »die Regierung der USA den Ansichten der Sowjetregierung hinsichtlich der Einbeziehung einheimischer Politiker in die Verwaltung, wie dies im Schreiben W. M. Molotows vom 14. September d. J. angeregt ist, zustimmt«. Nicht einverstanden war Molotow auf der Konferenz mit der »im Memorandum geäußerten Meinung, daß die Entscheidung der Frage, in welchem Maße und wann die obenerwähnten Politiker an der Verwaltung teilnehmen sollen, dem alliierten Kommando in den entsprechenden Gebieten zu überantworten sei, weil diese Frage nach Ansicht der Sowjetregierung in die Kompetenz der Militärisch-Politischen Kommission fallen muß«. ⁶² Bedenklich war, daß dies die Initiatoren der Quebecer Vereinbarung (über mögliche Ansprüche der Exilregierungen auf Übernahme der Administration) offenbar nicht dazu veranlaßte, eine sofortige Klärung der Verhältnisse mit dem davon betroffenen Exilpremier Mikołajczyk herbeizuführen.

Seit zwei Monaten (am 24. August ging Quebec zu Ende), schwelte die vom polnischen Generalstab aufgeworfene Frage nach Ausrufung eines polnischen Aufstands im Hinterland der deutschen Okkupanten. Damit verbunden war die Anfrage der militärischen Führung vom 23. September, wo die östliche Begrenzung der strategischen Verantwortung der Westmächte gezogen werde; wie die Übernahme der strategischen Verantwortung für Polen und damit für die Armia Krajowa geregelt werde, wann die erforderliche Ausrüstung eintreffe? Am 24. September war die Nachfrage noch mit der ausweichenden Antwort beschieden worden, daß Polen noch nicht Operationsgebiet und die Regelung ohne Mitsprache der sowjetischen Seite nicht möglich sei. ⁶³ Schließlich hatte Mikołajczyk (ausgehend von der Grenze des »status quo ante« 1939) Eden bestürmt, daß mit dem Vormarsch

62 Zur Annullierung der Resolution siehe Anthony Eden an das Foreign Office vom 28. Oktober 1943. In: FRUS 1943, Vol. 1, S. 524. – Siehe auch PRO-FO, 800-409, S. 91. – Zu Quebec siehe FRUS 1943, Vol. 1, S. 517ff. – Zum Notenwechsel siehe Die Sowjetunion auf internationalen Konferenzen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945, Dokumentensammlung, Bd. 1: Die Moskauer Konferenz 1943, Berlin 1988, S. 341ff. Anmerkungen 67 und 68. – Siehe ebenda, S. 184.

63 Siehe Gesprächsnotiz Mitkiewicz – Redman vom 24. September 1943 betreff Streichung der polnischen Untergrundpläne aus der Strategie der Allied Combined Chiefs of Staff (ACCS) in Europa. In: DPSR, Vol. 2: 1943–1945, London 1967, Dokument Nr. 39, S. 54f.

der Roten Armee die Frage der polnischen Administration des Landes immer dringlicher werde. Es müßten Befehle an die Armia Krajowa und die Widerstandsbewegung ergehen, eine militärische Zusammenarbeit zwischen der Armia Krajowa und der Sowjetarmee vorbereitet werden. Am 5. Oktober 1943 waren auf einem Treffen zwischen Mikołajczyk, Romer, Raczyński auf der einen Seite und Eden und Cadogan auf der anderen die schwebenden Fragen von polnischer Seite sehr konkret angesprochen worden: Polens Emigrantenregierung fühle sich durch »Quebec« ermächtigt, die Verwaltung des Landes zu übernehmen. Die Front rücke näher, man dulde keine sowjetische Besetzung polnischen Territoriums und erwarte von den Briten (und Amerikanern) volle Unterstützung »unseres Standpunktes« und Garantie der Rechte. Wenn die Rote Armee ohne vorherige Verständigung mit Polen die Grenze zu Vorkriegspolen überschreite, müsse die Widerstandsbewegung zur Selbstverteidigung aufgefordert werden. In der Debatte wurde die polnische Forderung angesprochen, Streitkräfte der Alliierten müßten das polnische Gebiet an der Seite der Sowjettruppen betreten.⁶⁴

Edens Reaktion darauf war widersprüchlich bis zweideutig. Einerseits erklärte er unumwunden, die polnische Position sei mit der britischen unvereinbar, da Mikołajczyk von der UdSSR militärische Kooperation und Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen erwarte, ohne über Grenzfragen auch nur diskutieren zu wollen. Statt dessen sehe er selbst als die einzig reale Reihenfolge die folgende an: *Erstens*, Grenzdebatte und Westverschiebung; *zweitens*, diplomatische Beziehungen und erst dann Militärische Kooperation von Roter Armee und Armia Krajowa.⁶⁵ Andererseits bezeichnete der britische Außenminister die militärischen Überlegungen, Stalin mit einem Aufstandsplan der Polen zu konfrontieren, als neues »Argument«, welches er gegenüber den Sowjets vorbringen könne. Mit »dieser polnischen Diversion in großem Maßstab« habe er nur eine einzige Trumpfkarte erhalten, die er in Moskau nutzen könne. Allerdings werde die Reaktion – so fügte er hinzu – von dem Wert abhängen, den Stalin der polnischen Aktion im Hinterland der deutschen Armeen beimesse. Eden meinte, selbst im Falle eines Fehlschlages solle man bedenken, daß es sich bei der Moskauer Debatte erst um die Vorbereitung eines Meetings der verantwortlichen Regierungsoberhäupter handele.⁶⁶

64 Siehe Polnische Forderungen an die Moskauer Konferenz vom 5. Oktober 1943. In: DPSR, Vol. 2: 1943–1945. London 1967. Dokument Nr. 41, S. 62.

65 Siehe DPSR, Vol. 2: 1943–1945. London 1967, S. 61.

66 Siehe ebenda. Dokument Nr. 41, S. 64.

Am 29. Oktober 1943 fanden diese brisanten Fragen auf der Moskauer Außenministerberatung nur eine flüchtige Beachtung, als Eden in Gegenwart von Molotow, Harriman und Hull mitteilte, jüngst habe die polnische Regierung Waffenhilfe von Amerika und Großbritannien für die Widerstandsbewegung im polnischen Hinterland der Front erboten. Die *Armia Krajowa* plane also »verstärkte Sabotage« gegen die deutschen Verkehrslinien. Darauf entgegnete Molotow lakonisch, daß er es als entscheidend betrachte, daß solche Waffen in die richtigen Hände fallen. Seine Regierung habe größtes Interesse an Beziehungen zum Nachbarland Polen, aber diese könnten nur zu einer Regierung mit freundlichen Gefühlen entstehen. Gerade das aber sei nicht der Fall. Versöhnlich gegenüber der Person Mikolajczyks habe geklungen, so Eden, als Molotow nicht ihm die Schuld zuschrieb, sondern erwähnte, daß General Sosnkowski schon 1941 derjenige gewesen sei, der sich Beziehungen in den Weg stellte. Auch habe Molotow daran erinnert, daß sich die 1943 nach Abzug der Anders-Armee in der UdSSR gebildete Polnische Division unter General Berling an der Front bewähre und heldenhaft kämpfe, was darauf hindeutete, daß Moskau nach alternativen Regierungsformen wie dem Verband Polnischer Patrioten (ZPP) Ausschau hielt.⁶⁷

Spätestens Mitte November 1943 hatte die polnische Regierung auf inoffiziellen Wege – durch Pressekonferenzen und Indiskretion Kenntnis über ihre auch bei den Westalliierten verschlechterten Positionen im Zusammenhang mit der erwähnten Annullierung der Quebecker Verlautbarung erlangt. Das geht aus einem Memorandum Ciechanowskis an das State Department (Dunn) hervor, worin indirekt angefragt wurde, wie man das Prinzip der Hauptverantwortung der Befreierarmeen für das befreite Land zu verstehen habe.⁶⁸

In der Phase zwischen dem Moskauer Treffen und der Teheraner Gipfelkonferenz, die vier Wochen später begann, gab es mehrere Anzeichen dafür, daß die festgefahrenen polnischen Angelegenheiten und die Grenzdebatte um die westwärts der Rigaer Grenze zu ziehende Grenze zwischen Polen und der UdSSR (Curzon-Linie) im Kontext mit dem Beneš-Sowjetunion-Vertrag vorangebracht werden könnten. Denn mit Blick auf Polen

67 Siehe Gesprächsnotiz Mikolajczyk – Romer – Raczynski – Roberts über die Konferenz der Regierungsoberhäupter vom 22. November 1943, In: DPSR, Vol. 2: 1943–1945, London 1967, Dokument Nr. 55, S. 72.

68 Siehe Memo Mr. Dunn vom State Department vom 17. November 1943, In: DPSR, Vol. 2: 1943–1945, London 1967, Dokument Nr. 49, Anmerkung S. 72f.

hatte Eden darauf bestanden, daß im genannten Vertrag eine Klausel eingefügt wurde, die einem dritten Staat den späteren Beitritt ermöglichte. Beneš unterstützte die Sowjets in dieser Frage und nahm, ehe er nach Moskau reiste, Gespräche mit Mikołajczyk auf. Andererseits wurde dem polnischen Premier auch von Eden nahegelegt, mit Beneš zu sprechen und »das Beste aus dem Vertrag zu machen«⁶⁹. Das mag verwundern angesichts der langen Verweigerung britischen Einverständnisses. Doch letztlich versprach eine Beteiligung der Polen an einem UdSSR-ČSR-Vertrag für Eden bessere Chancen für eine britische Einflußnahme in Mitteleuropa als ein exklusiver Zweiervertrag der UdSSR.⁷⁰ In seinen Gesprächen mit Mikołajczyk über die Ergebnisse des Moskauer Treffens begegnete Eden einer starken Unruhe wegen des britischen Nachgebens gegenüber dem sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag. Erst nachdem Eden den Polen am 12. November reinen Wein eingeschenkt hatte, daß die Fragestellungen der Exilregierung auf der letzten alliierten Konferenz in Moskau faktisch übergegangen, d. h. überhaupt keine Rolle gespielt hatten, da ihm durch die starre Taktik Mikołajczyks Fesseln beim Verhandeln auferlegt worden seien,⁷¹ ließen sich einige der Minister von der Dringlichkeit eines realeren Vorgehens überzeugen. So deutete der polnische Exilpremier erstmals an, territorialen Konzessionen näherzutreten zu wollen, wenn die Amerikaner und Briten die Sicherheit eines nach Westen verschobenen Polens garantieren würden, zum Beispiel durch die Umwandlung des Beneš-Vertrages in ein vierseitiges Bündnis mit Polen und Großbritannien.⁷² In vertraulichen Gesprächen mit Eden bestätigte auch Raczynski Konzessionsbereitschaft bei einem Teil der polnischen Minister. Aber als Eden in Vorbereitung auf Teheran erneut ein Konzept der Polen erhielt, das als Verhandlungsbasis nicht in Frage kam, entschloß er sich, freie Hand für seine Verhandlungsführung zu fordern. Er erklärte Rac-

69 Anthony Eden an das Foreign Office vom 29. Oktober 1943. In: PRO-FO, 800-409. – Siehe Eva Seeber: Die Mächte der Antihitlerkoalition ... S. 158.

70 Siehe Sofortbericht Anthony Edens vom 16. Juni 1943. In: PRO-FO, 371-037037. – Eva Seeber: Die Mächte der Antihitlerkoalition ... S. 137.

71 »Sie haben mir nicht gestattet, die territorialen Fragen entsprechend des Kompensationsprinzips darzustellen, wodurch Sie Ostpreußen, Oberschlesien, Danzig und Pomeranien erhalten würden [...] Ich war daher ganz hilflos.« (DPSR, Vol. 2: 1943-1945, London 1967, Dokument Nr. 47, S. 75).

72 Siehe Gesprächsnotiz Mikołajczyk – Romer – Raczynski – Eden – Sargent zur Konföderation kleiner Staaten. In: DPSR, Vol. 2: 1943-1945, London 1967, Dokument Nr. 47. – Memo der polnischen Regierung an Roosevelt und Churchill. In: Ebenda, Dokument Nr. 51. – FRUS 1943, Vol. 3, S. 381 ff.

zyński am 19. November sehr direkt, seine einzige Hoffnung liege im »Aufgreifen ausnahmslos aller, auch der territorialen Fragen«. Er erwarte nicht von der Exilregierung die Initiative, nicht einmal deren Kooperation bei der Debatte über die Grenzfrage, sondern, um mit Mr. Sargent zu sprechen, lediglich um »schweigendes Einverständnis« (forbearance).⁷³ Edens Konzept für Teheran sah nach diesen Sondierungen vor: Im Gegenzug für die Durchsetzung der polnischen Westverschiebung bzw. der Kompensationslösung zu erreichen, daß sich die sowjetische Seite mit der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen sowie mit der Rückkehr der polnischen Regierung ins Land einverstanden erklärte. Auf eine von den Russen geforderte Regierungsumbildung sollte nicht eingegangen werden.⁷⁴

Edens Strategie war ähnlich der amerikanischen, die von einem Junktim von Grenz- und Regierungsfrage ausging, das sie nicht aufzulösen bereit war. In Gegensatz dazu entschloß sich allerdings Churchill auf der nächsten Gipfelkonferenz zur bevorzugten Behandlung der Grenz- und nicht der Regierungsfragen.

TEHERAN – VORENTSCHEIDUNG FÜR EIN NEUES OSTEUROPA

Die Teheraner Konferenz der drei Regierungschefs Churchill, Roosevelt und Stalin wurde am 28. November 1943 in der sowjetischen Botschaft im Iran eröffnet. Im Zentrum standen Probleme der Kriegführung, darunter die Frage der Errichtung der zweiten Front in Europa. Ihre historische Dimension erlangte diese Konferenz auch durch die Entscheidung der Sowjetregierung zum späteren Eintritt in den Krieg gegen Japan, wenn der Hitlerfaschismus zerschlagen sein würde. Naturgemäß waren die Verhandlungen streng geheim.

In Teheran wurde das Thema eines starken polnischen Staates im Zusammenhang mit der künftigen Besatzungspolitik der Alliierten in Deutschland erörtert. Churchill bot sich als Vermittler an. Er übernahm es auch, die seit langem erörterten Vorstellungen über die Gestalt des Nachkriegsstaates Polen in eine knappe Formel zu fassen. Als Vorschlag formuliert, lautete

73 DPSR, Vol. 2: 1943–1945, London 1967, S. 723.

74 Siehe Memo Anthony Edens vom 22. November 1943. In: PRO-Cab. 66/43. – DPSR, Vol. 2: 1943–1945, London 1967, Dokument Nr. 47 vom 12. November 1943, S. 75. Der australische Botschafter (in Vertretung) lancierte den sowjetischen Wunsch, zwei Mitglieder des Związek Polskich Patriotów in das Exilkabinett zu kooptieren.

diese folgendermaßen: »Im Prinzip wurde festgelegt, daß sich das Gebiet des polnischen Staates und des polnischen Volkes von der sogenannten Curzon-Linie bis zur Oder erstrecken soll, einschließlich Ostpreußens und Oppelns.« Den Kern der beabsichtigten »Westverschiebung« demonstrierte er mit drei Streichhölzern, die die Sowjetunion, Polen und Deutschland darstellen sollten.⁷⁵

Der Einstieg in die Diskussion war in Abwesenheit Roosevelts erfolgt, doch noch am 28. November fand ein entscheidendes Gespräch zwischen Stalin und dem amerikanischen Präsidenten statt, in dem Roosevelt dem Vorschlag zustimmte, allerdings nicht, ohne daß dabei der Vorbehalt geltend gemacht wurde, *sich vor den Präsidentenwahlen nicht dazu zu bekennen*. Diese Einschränkung sollte sich für die Londoner Polen als schicksalhaft erweisen, denn dadurch wurden sie in dem Glauben belassen, die Beibehaltung der alten Grenze hänge von der Festigkeit der polnischen Seite ab.

Stalin erklärte ausdrücklich seine Zustimmung und rückte damit von dem bisher geäußerten Standpunkt ab, daß die seit 1939 bestehende Westgrenze der UdSSR, die hinsichtlich des Białystoker Gebietes ungünstiger für Polen als die Curzon-Linie war, als Nachkriegsgrenze zwischen Polen und der UdSSR zu betrachten sei. Er plädierte insofern für eine Abänderung an Churchills Vorschlag, als er sein Interesse an der Einbeziehung eines Teils Ostpreußens mit den eisfreien Häfen Königsberg und Memel für die Sowjetunion bekundete.⁷⁶ Gegenstand der Verhandlungen war auch die Frage der künftigen Regierung sowie die Frage der Zusammenarbeit der Roten Armee mit der bis zur umstrittenen (Rigaer) Vorkriegsgrenze Polens vorgeschobenen Untergrundarmee der Polen, der stark sowjetfeindlichen Armia Krajowa. In diesem Zusammenhang wies Stalin auf die akute Gefahr eines blutigen Bruderkampfes in Polen hin. Damit wurde auf höchster Ebene ein Problem angesprochen, das zu den brisantesten Konflikten gehörte, die im Rahmen der Koalition gelöst werden mußten. Um die Jahreswende blieb keine Zeit mehr, zumal die erste Berührung der Roten Armee mit der Armia Krajowa für Anfang 1944 vorauszusehen war, ohne daß zwischen den Alliierten und der polnischen Widerstandsbewegung über den

75 Die Sowjetunion auf internationalen Konferenzen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945. Dokumentensammlung, Bd. 2: Die Teheraner Konferenz 1943. Berlin 1986, S. 138f. – FRUS 1943, Vol. 3, S. 590ff. – Winston Churchill: Der Zweite Weltkrieg, Bd. V: Der Ring schließt sich, Bern 1952, S. 348ff. und 356f.

76 Siehe ebenda S. 136. Zur Verteidigung dieser sowjetischen Position durch Churchill siehe Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941–1945, Berlin 1961, S. 254.

Grenzverlauf, ein Auftauchen aus der Illegalität und über eine anerkannte Regierung Klarheit bestand.

Nach der einmütigen Beschlußfassung über das geheime Protokoll sollten in der Folgezeit gravierende Differenzen aufbrechen. Aber erst einmal erklärte Moskau am 11. Januar 1944 *offiziell*, daß die Sowjetunion eine Erweiterung Polens im Westen unterstützen werde, wobei sie ihre Grenze von 1939 nicht als unabänderlich ansehe und bereit sei, Veränderungen zugunsten Polens zuzustimmen.⁷⁷ Das Foreign Office bezeichnete die Erklärung, mit der Moskau seine Verhandlungsbereitschaft deutlich gemacht hatte, als Neubeginn für die ins Stocken geratenen Verhandlungen. Nun sei es an Mikołajczyk, detaillierte Unterredungen zu beginnen.⁷⁸ Das State Department schwieg, doch veröffentlichte die New York Times die britische Erklärung und kommentierte, daß nunmehr eine für alle Seiten befriedigende Lösung gefunden werden könne. Ihr Korrespondent J. A. Reston äußerte, daß der russische Vorschlag, die Grenze Polens entsprechend der Empfehlungen zu ziehen, die 1919 von der »Kommission für Polnische Fragen« nach sachlichen Gesichtspunkten gegeben worden sei, sicher die allgemeine Unterstützung finden werde. Allerdings – so fügte er hinzu, – stehe auch dieser Vorschlag im Widerspruch zu den Ambitionen der polnischen Regierung. Deshalb sei die neue Position der Sowjetunion ein Angebot, das weniger der polnischen Regierung als vielmehr dem polnischen Volk gemacht worden sei.⁷⁹ Dies bezog sich auf die sowjetische Erklärung vom 11. Januar, in der es hieß, die »vom Volk losgelöste polnische Exilregierung« habe sich »als unfähig erwiesen, mit der Sowjetunion freundschaftliche Beziehungen herzustellen«⁸⁰. Am 20. Januar 1944 trat erstmals Churchill nach längerer Krankheit wieder auf die Bildfläche.

Wie aus dem Bericht des Foreign Office an das Weiße Haus hervorgeht, wiederholte der Premier gegenüber Mikołajczyk, Romer und Raczyński, daß Polen eine faire Lösung angeboten werde. Das polnische Volk würde bei Wahrnehmung dieser Chance in die Lage versetzt, »in einem starken und unabhängigen Staat zu leben, dem es zufallen würde, Europa im Osten vor Deutschland zu schützen«. Im Laufe des Gesprächs begann

77 Siehe Dok. i Mat. Bd. 8. Warszawa 1974. S. 15.

78 Siehe Llewellyn Woodward: *British Foreign Policy in the Second World War*. Vol. 3. London 1971. S. 158. – Włodzimierz T. Kowalski: *Walka dyplomatyczna o miejsce Polski w Europie (1939–1945)*. Warszawa 1966. S. 349.

79 Siehe »New York Times« vom 11. Januar 1944.

80 Dok. i Mat. Bd. 8. Warszawa 1974. S. 15.

Mikołajczyk anzudeuten, daß der Eintritt in Gespräche weniger schwer sein würde, wenn die Zukunft Polens durch politische und andere Garantien gesichert werden könnte. Churchill entgegnete, die Zeiten einseitiger Garantien seien vorbei, »Großbritannien allein hätte niemals die polnische Unabhängigkeit wiederherstellen können. Dies wird von den Russen erreicht werden, deren große Verluste in diesem und im letzten Krieg ihnen bestimmte Rechte übertragen haben.«⁸¹

Churchill bestätigte, daß Polen der Erweiterung im Westen ganz sicher sein könne. Der polnische Premier möge ihn zu der Information an die Sowjetregierung ermächtigen, daß Bereitschaft bestehe, prinzipiell auf der Basis der Curzon-Linie und der Entschädigung im Westen zu diskutieren. Sollte dies eintreten, so versicherte der Premier, werde er »gegen die sowjetische Tendenz Einspruch erheben, die Autorität des polnischen, von Seiner Majestät Regierung anerkannten Kabinetts in Frage zu stellen.«⁸² Mikołajczyk müsse allerdings das Odium auf sich nehmen, seinen Leuten diesen Kurs als den einzig richtigen zu empfehlen. Was die Stadt Wilna (Vilnius) angehe, so möge man sich klar sein, daß sich »die Regierung Seiner Majestät dem Anschluß von Wilna an Polen bei der letzten Friedensregelung widersetzt habe« und was Lwow angehe, so trage die Stadt selbst zwar polnischen Charakter, nicht aber das umliegende Territorium. Als Gegengewicht bekämen die Polen Danzig (Gdańsk) und Oppeln (Opole). Sodann kam er auf sein wichtigstes Anliegen, die *Regierungsfrage* zu sprechen. Er werde, gesetzt den Fall, die Gespräche auf der Grundlage der Curzon-Linie könnten beginnen, Stalin dazu bringen, mit der polnischen Regierung in London zu verhandeln. In diesem Falle werde auch ein Abkommen durchgesetzt werden können, das die sowjetische Kooperation mit der Armia Krajowa sichern werde. Letztere Erklärungen gab Churchill im zweiten Teil der Diskussion ab, die am 26. Januar 1944 im Beisein Edens und des ständigen Unterstaatssekretärs A. Cadogan stattfand, um Mikołajczyk Gelegenheit zu geben, die Stellungnahme seines Kabinetts mitzuteilen. Aber erneut stieß Churchill ins Leere, denn die polnische Antwort lautete, die polnische Untergrundführung müsse gefragt und die Regierung der Vereinigten Staaten konsultiert werden.

81 Anthony Eden an Franklin Delano Roosevelt vom 20. Januar 1944. In: Franklin Delano Roosevelt Library, Map-Room, box 31, 052 (Polish-Russian Relations), S. 2.

82 Ebenda, S. 4. – Brief Roberts vom 22. Januar 1944. In: PRO-FO, 371-39422. – Siehe Llewellyn Woodward: *British Foreign Policy in the Second World War*, Vol. 3, London 1971, S. 168.

Churchill faßte seine Vorschläge vom 20. Januar in ein Fünf-Punkte-Programm, das er bei der Sowjetregierung durchzusetzen versprach. Clark-Kerr erreichte im Gespräch mit Stalin auch umgehend die Bestätigung, er werde im Fall der Anerkennung der Curzon-Linie folgenden fünf Forderungen zustimmen: 1. der vollen Souveränität Polens, 2. einem Garantieverprechen der UdSSR für Polen, 3. der Hilfe bei der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung, 4. der Freiheit der Auswanderung aller Polen aus Gebieten östlich der Curzon-Linie, 5. der Rückkehr der polnischen Regierung und Errichtung einer Regierung auf (politisch – E. S.) breiterer Grundlage, die zur Übernahme der Verwaltungstätigkeit berechtigt sei.⁸³

Damit wurde die Streitfrage am 26. Januar dem amerikanischen Präsidenten zugespielt.⁸⁴ Doch die amerikanischen Politiker zogen sich auf ihre Verzögerungsposition (postponement) zurück, allerdings nicht, ohne den Polen ein selbständiges Handeln freizustellen: Es gäbe »kein Hindernis für eine direkte Regelung durch gegenseitige Übereinstimmung zwischen zwei Ländern, die beiderscitige territoriale Probleme haben«. Dabei wurde auf die Dringlichkeit verwiesen, die infolge der bevorstehenden »Überschreitung der alten polnischen Grenze« durch die Rote Armee bestehe.⁸⁵ Mit dieser Doppelstrategie verbarrikadierte der amerikanische Präsident den von Churchill gebahnten Weg. Am 8. Januar hatte Roosevelt Churchill dazu aufgefordert, Stalin klarzumachen, daß eine Lösung nur über eine Annäherung an die polnische Vorstellung vom Grenzverlauf möglich sei. Erst »wenn eine reale Lösung der Grenz- und anderer Fragen näherrücke, würde die polnische Regierung aus eigenem Antriebe auf Beteiligung einiger ihrer als besonders rußlandfeindlich bekannten Mitglieder in einer Regierung verzichten«.⁸⁶ Gleichzeitig sollte Stalin mitgeteilt werden, daß Roosevelt eine neue, rivalisierende Regierung Polens ablehne. Diese Verhärtung war offensichtlich durch die Absicht der Amerikaner motiviert, Zeit zu gewinnen, da die Eröffnung der Zweiten Front in Westeuropa in greifbare Nähe rückte. Von ihr erhoffte Roosevelt eine Stärkung der militärischen und moralischen Position des Westens gegenüber der Sowjetunion. Ihm war also an der Verzögerung von Entscheidungen in Osteuropa, und wie

83 Siehe Winant an Hull vom 11. März 1944. In: FRUS 1944, Vol. 3, S. 1250. – Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941–1945, Berlin 1961, S. 243.

84 Siehe The Memoirs of Cordell Hull, Vol. 2, New York 1948, S. 1438.

85 Siehe ebenda, S. 1439.

86 Ebenda, S. 1441.

sich zeigte, speziell entlang des südlichen Teils der polnisch-sowjetischen Grenzlinie gelegen.⁸⁷

Am 20. Februar 1944 konstatierte Churchill schließlich das Scheitern seines bisherigen Kurses zur raschen Installierung einer dreiseitig anerkannten polnischen Regierung. Er teilte Stalin mit, daß die polnische Regierung grundsätzlich erst nach ihrer Rückkehr auf polnisches Territorium zu einer öffentlichen Erklärung über ein Abgehen von der Rigaer Grenze bereit sei. Die Curzon-Linie könne vorläufig nur als »Demarkationslinie« anerkannt werden. Die östlichen Gebiete müßten »von sowjetischen Militärbehörden unter Mitwirkung von Vertretern der Vereinten Nationen verwaltet werden«. Außerdem hieß es in dieser längsten britischen Note, daß es gut wäre, »wenn man als Zeitpunkt für die formelle Wiederaufnahme dieser (diplomatischen – E. S.) Beziehungen die Reorganisation der polnischen Regierung bei der Befreiung Warschaws abwarte, da sie dann ganz natürlich aus den Umständen dieses glorreichen Ereignisses hervorgehen« würde.⁸⁸ Wie der regierungsamtlichen britischen Publikation zu entnehmen ist, war sich das Foreign Office im Klaren, daß jede dieser Erklärungen im Widerspruch zu den Vereinbarungen von Moskau und Teheran stand und von der Sowjetregierung als Herausforderung aufgefaßt wurde.⁸⁹ Die Antwort aus Moskau lautete, »daß die Zeit für eine Lösung der Frage der sowjetisch-polnischen Beziehungen noch nicht reif ist«⁹⁰. Danach brach im Winter 1944 der Briefwechsel ab. Es schien, als hätten diejenigen Kräfte dauerhaft an Einfluß gewonnen, die auf eine Spaltung der Alliierten spekulierten.

Indessen waren die alliierten Bindungen und Abhängigkeiten der drei Großmächte sehr viel tiefgehender, als den Beteiligten, und mehr noch den kleineren Mächten, damals bewußt war. So erfuhr der polnische Premier erst zehn Monate später – während der Moskauer Gespräche über die Zukunft Osteuropas und des Balkans, die Churchill vom 13.–28. Oktober 1944 mit Stalin führte – aus dem Munde Molotows, daß Roosevelt *bereits in Teheran* einer dreiseitigen Vereinbarung über die sowjetisch-polnische

87 Siehe Harley A. Notter (ed.): *Postwar Foreign Policy Preparation 1939–1945*. Dept. of State, Washington 1949, S. 499. Zur Einbeziehung Lwows ausführlich bei Eva Seeber: *Die Teheraner Konferenz 1943 und die Beschlußfassung über Polen*. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Berlin (1978)4, S. 303ff.

88 Siehe Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941–1945, Berlin 1961, Dokument Nr. 243, S. 252.

89 Siehe Llewellyn Woodward: *British Foreign Policy in the Second World War*, Vol. 3, London 1971, S. 173.

90 Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941–1945, Berlin 1961, Dokument Nr. 249, S. 259.

Grenze zugestimmt hatte. Als er daraufhin am 16. Oktober intensiv in Washington nachfragte, konnte Roosevelt – zwei Wochen nach den Präsidentschaftswahlen – nicht mehr umhin, Molotows Aussagen zu bestätigen. Mikołajczyk empfing am 22. November 1944 folgende verblüffende Antwort Roosevelts: »In bezug auf die zukünftigen Grenzen Polens würde unsere Regierung keine Einwände vorbringen, wenn ein gegenseitiges Übereinkommen in dieser Angelegenheit, einschließlich der vorgeschlagenen Entschädigung Polens durch Deutschland, zwischen der polnischen, sowjetischen und britischen Regierung erzielt wird.« Des Weiteren sagte der Präsident Erleichterung im Falle »einer Überführung nationaler Minderheiten«, sowie beim wirtschaftlichen Wiederaufbau des polnischen Staates in der Nachkriegszeit zu.⁹¹

Daraufhin erklärte Mikołajczyk am 24. November seinen Rücktritt als Premier. Dem amerikanischen Botschafter Winant nannte er als Motiv die tiefe Spaltung seines Kabinetts. Während er selbst die Überzeugung teile, daß »ein polnisch-sowjetisches Übereinkommen jetzt notwendig« sei, wolle die Opposition, daß »die Grenzen bis zum Ende des Krieges offen gehalten werden«.⁹²

Mit seinem Ausscheiden verschlechterten sich zunächst die Voraussetzungen für den Wunsch des Westens, »einen Fuß in die Tür zu bekommen«. Spielte in der Begründung Mikołajczyks für seinen Rücktritt der Konfrontationskurs der rechten Opposition in der eigenen Regierung die Hauptrolle für seine Entscheidung, so legte die britische Seite jetzt den Nachdruck auf die andere Komponente, die sie in der »undurchsichtigen« Politik der Amerikaner sah und die im diffusen Verhalten der Emigranten nur ihr Spiegelbild fand.⁹³

Am 15. Dezember 1944 war diese Kritik sogar Gegenstand von Churchills Unterhausrede, in der er Klage führte, die Lösung des polnischen Problems sei erschwert worden, »da die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Haltung nicht klar umrissen hätte«.⁹⁴

90 Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941–1945. Berlin 1961. Dokument Nr. 249. S. 259.

91 Siehe Franklin Delano Roosevelt an Mikołajczyk vom 17. November 1944. In: Die Konferenzen von Malta und Jalta. Dept. of State USA. Düsseldorf o. J. S. 195.

92 Winant an Stettinius vom 25. November 1944. In: Ebenda. S. 195.

93 Siehe ebenda. S. 199. – Eva Seeber: Die Mächte der Antihitlerkoalition ... S. 339.

94 Die Konferenzen von Malta und Jalta. Dept. of State USA. Düsseldorf o. J. S. 198. Wortlaut der vergrößerten Mitteilung, die Roosevelt von seinen Mitarbeitern gemacht wurde.

So weit die amerikanisch-britischen Meinungsverschiedenheiten auch gingen, so einheitlich war ihre gemeinsame Ablehnung der Zumutung Stalins vom 8. Dezember, das am 22. Juli berufene kommunistisch dominierte »Polnische Komitee der Nationalen Befreiung« (PKWN) im Interesse der raschen Niederlage des Faschismus gemeinsam zu unterstützen. Um einen solchen Fortgang der Ereignisse aufzuhalten, unternahm die amerikanische Seite folgende (in sich widersprüchliche) Schritte: Sie erneuerte, wenn gleich halbherzig, die diplomatischen Beziehungen zu dem isolierten exilpolnischen Nachfolgekabinett unter Arciszewski; sie setzte die Sowjets unter Druck, alle Entscheidungen bis zur Gipfelkonferenz zu vertagen; aber gleichzeitig sah sie sich gezwungen, am 18. Dezember ihr schon in Teheran abgegebenes Versprechen über eine Zustimmung zur Curzon-Grenze jetzt einzulösen. Die amerikanische Seite veröffentlichte eine Deklaration, daß sie »einer Regelung der territorialen Fragen vor der Zeit der allgemeinen Nachkriegsregelungen« zustimme, da dies »im Interesse der gemeinsamen Kriegsanstrengungen« liege.⁹⁵

Dadurch zeichnete sich für die bevorstehende Konferenz auf der Krim eine Annäherung der Positionen ab. Diese Erklärung vom 18. Dezember stellte für sich genommen das Symptom einer grundsätzlichen Veränderung im politischen Kräftespiel in Osteuropa dar. Jetzt sollte sich die gesamte Aufmerksamkeit auf die Lösung der *Regierungsfrage* als entscheidend für künftigen Zuwachs an westlichem Einfluß auf das Land konzentrieren.

Interessant waren die Mikołajczyk durch Harriman ausdrücklich nur mündlich zu überbringenden Hinweise Roosevelts zur amerikanischen Wandlung in der Grenzfrage, die wir aus den Aufzeichnungen Mikołajczyks kennen: »Roosevelt meint, daß man jetzt die Verhandlungen beginnen muß. Er forderte Herrn Harriman auf, im Namen der amerikanischen Regierung bei Stalin wegen Lwow und dem Erdölbecken zu intervenieren. Er wisse, daß die Hoffnung nicht groß sei. Aber wer Rußland kenne, wisse nicht, daß unser Einverständnis mit der Curzon-Linie im Falle des Mißerfolgs der Intervention *nicht verpflichtend sei, wenn andere Dinge nicht gleichzeitig befriedigt werden – d. h. Regierung, Unabhängigkeit usw.* Deshalb muß man – nach Auffassung Roosevelts – sofort zu verhandeln beginnen, wo-

95 Siehe ebenda, S. 202.

96 Brief Mikołajczyks an Heimatführung vom 26. November 1944. In: Sprawa Polska w czasie drugiej wojny światowej na arenie międzynarodowej. Zbiór dokumentów. Warszawa 1965, S. 629 (Hervorhebung – E. S.).

bei man damit rechnen muß, daß es *nicht zur Übereinstimmung kommt.*«⁹⁶

Daraus läßt sich im Nachhinein annehmen, daß sich hinter der scheinbaren Unentschlossenheit bzw. dem Hervorkehren einer amerikanischen »Rücksichtnahme« nach beiden Seiten hin, folgende strategische Zielsteilung verbarg. 1. Angesichts der noch offenen Macht- und Regierungsfragen sollte die Grenzziehung – und damit die gesamten politischen Schlüsselfragen des Verhältnisses zu Polen – so lange wie möglich Verhandlungsgegenstand bleiben. Die Verantwortung vor der Öffentlichkeit – immerhin drohte die Gefahr des Bürgerkrieges – mochten die Exilpolen tragen. 2. Strittig sollte insbesondere der südliche Teil der sowjetischen Westgrenze bleiben. Dies verband sich mit der Fürsprache Roosevelts zugunsten eines Verbleibens der Stadt Lwow bei Polen.

Letzteres entsprang wohl der amerikanischen Grundüberzeugung, daß die Installation einer russischen Schlüsselposition in Ostgalizien (Lwow), die den direkten Zugang zu sämtlichen mittel- und südosteuropäischen Staatswesen zuließ, sowie künftige gemeinsame Grenzen mit den Polen, Tschechen (bei Verzicht auf die Karpatoukraine), Ungarn und Rumänen (bei Entzug Bessarabiens) ermöglichte, Grundlage für die Entstehung eines künftigen russischen Imperiums sein würde. Der besonderen Rolle Galiziens hatte bereits seit 1942 das Hauptaugenmerk der Planungszentrale (Post War Programs Committee mit einer speziellen »Division of Territorial Studies«) des State Department gegolten, deren Tätigkeitsfeld die Problemgebiete entlang der sowjetischen Grenzen (»von Nordfinnland bis zur Ägäis«) waren. Zunächst hatte dieses Komitee die Wiederherstellung der »Riga-Linie« empfohlen und später bestenfalls einem Kompromiß zwischen Riga- und Curzon-Linie zugestimmt.⁹⁷ So hatte die Schlußfolgerung des State Department noch Ende 1943 gelaute, man dürfe keine sowjetische Westgrenze zulassen, die entlang der Karpaten verlaufe.⁹⁸ Die Begründung in

97 Siehe National Archives of U. S. Diplomatic Branch, Papers of Harley Notter. Ein kleiner Teil wurde veröffentlicht in Harley A. Notter (ed.): *Postwar Foreign Policy Preparation 1939-1945*. Dept. of State, Washington 1949, S. 496-513. Anmerkung 17 und 18. – Ausführlich Eva Seeber: *Die Mächte der Antihitlerkoalition ...* S. 208-219. Zur Sicht des State Department auf Rußland vom Beobachtungsposten Riga (1917-1933) aus im Vergleich mit Amerikas Jalta-Politik siehe Daniel Yergin: *Shattered Peace. The Origins of the Cold War and the National Security State*, Boston 1977, S. 17-68.

98 Siehe Diskussion der territorialen Subkommission vom 24. September 1943. In: National Archives of U. S. Diplomatic Branch, Papers of Harley Notter, box 79, FG-24. – Eva Seeber: *Die Mächte der Antihitlerkoalition ...* S. 218.

der entsprechenden Empfehlung hieß: »Der Besitz der Karpatengrenze würde die Sowjetunion mit Sicherheit mit einem riesigen Einfluß auf die Angelegenheiten Mitteleuropas ausstatten. An das strittige, von ukrainisch sprechender Bevölkerung bewohnte Territorium Rutheniens angrenzend, könnte sie ihren Einfluß in der Tschechoslowakei und in Ungarn geltend machen. Polen und Rumänien würden ihre gemeinsame Grenze, die sie von 1920 bis 1939 besessen hatten, einbüßen.«⁹⁹

Gesetzt den Fall, es entwickle sich ein »potentiell sowjetfeindlicher polnisch-rumänischer Block oder eine größere osteuropäische Gruppierung«, so wäre auf der Gegenseite »die strategische Position der Sowjetunion sehr stark«. »Die Möglichkeit, daß sich eine der Nationen Osteuropas, einzeln oder kombiniert, gegen die Sowjetunion verteidigen könnte«, wäre dann sehr gering.¹⁰⁰

Mit der Befreiung Polens vom Osten aus wurden zunächst einmal alle Diskussionen hinsichtlich der Grenze beendet und mit Einführung der Zivilverwaltungen Tatsachen geschaffen. Damit trat die Regierungsfrage auch aus militärischen Gründen an die erste Stelle. Ohne große alliierte Debatte hatte sich in der ersten befreiten Stadt Lublin am 22. Juli 1944 das »Polnische Komitee der Nationalen Befreiung« (PKWN) gebildet, das sich aus Vertretern der polnischen Kommunisten und Sozialisten zusammensetzte und die örtliche Macht übernahm.

Seit langem hatte eine innerpolnische Machtverlagerung begonnen. Sie war von den Sowjets erstmals nach der Konferenz von Quebec im September 1943 angemahnt worden. Damals stellten sie den Alleinvertretungsanspruch der Exilregierung in Frage. Mit der Konsolidierung des kommunistischen Widerstands im Lande erwuchs ein Gegenpol, der seinerseits Ambitionen des Alleinregierens erkennen ließ, aber von Moskau aus in Richtung auf eine Machtteilung gedrängt wurde. Die scheinbar Raumgewinnende Tendenz einer *Machteilung* im nationalen sowie internationalen Maßstab sollte 1945 auf der Krim mit Koalitionsgesprächen zwischen Mikołajczyk und Osóbka-Morawski seinen vorläufigen Höhepunkt erreichen.

Die Umkehr der Tendenz, die mit Ausrufung des Warschauer Aufstandes am 1. August 1944 beabsichtigt gewesen war, hatte sich nicht nur als

99 Empfehlung der Sachverständigen vom 26. März 1943. In: Harley A. Notter (ed.): *Postwar Foreign Policy Preparation 1939-1945*. Dept. of State, Washington 1949, S. 496f. Anmerkung 17.

100 Siehe ebenda. - Ausführlicher bei Eva Seeber: *Die Mächte der Antihitlerkoalition ...* S. 217.

erfolglos hinsichtlich der Errichtung einer Armia Krajowa-gestützten Regierung erwiesen, sondern war insgesamt aussichtslos. Die Sowjets waren fest entschlossen, nachdem ihre territorialen Ambitionen eines nach Westen verschoben und starken Polens auf den Weg gebracht waren, nun um jeden Preis *sowjetfreundliche* Machtstrukturen zu gewährleisten.

JALTA UND DIE ENTSCHEIDUNG ÜBER DIE POLNISCHEN PERSPEKTIVEN

Auf der Krimkonferenz, der zweiten der großen alliierten Nachkriegskonferenzen, die Roosevelt, Churchill und Stalin vom 4. bis zum 11. Februar 1945 zusammenführte, wurde die künftige polnische Regierung zum erst-rangigen Verhandlungsgegenstand.

Da das Treffen der militärischen Koordinierung für die Endphase des Krieges sowie künftiger Zusammenarbeit im Rahmen der zu schaffenden Organisation der Vereinten Nationen (UNO) nach dem Kriege diene, wurden Zwänge spürbar, die geeignet waren, tragfähige Kompromisse auch bei divergierenden Zukunftsvisionen zu finden.

Die polnische Regierungsfrage erwies sich allerdings als Stachel der Konferenz. In den Oktoberverhandlungen 1944 hatten die Gespräche Stalins und Churchills schon einmal um eine Kombination beider polnischen Regierungen sowie um die prozentuale Verteilung der Macht zwischen Londoner und Lubliner Regierungsvertretern gekreist. Jetzt hingegen beharrten Stalin und Molotow auf der Erweiterung der in Lublin amtierenden Provisorischen Polnischen Regierung. Die Westmächte zeigten sich ihrerseits entschlossen, einen Weg zu finden, der den Polen nach dem Kriege – selbst bei unabänderlicher Bindung des Landes an Moskau – mehr Spielraum zur Einflußnahme bewahren sollte.

Was die Anerkennung der Lubliner Regierung anbetraf, hatten sich beide westlichen Regierungen von vornherein auf Ablehnung geeinigt. Falls es nicht gelingen würde, eine Interimsregierung zu vereinbaren, sollte der Dualismus von London und Lublin bestehen bleiben.¹⁰¹ Mit großer Zähigkeit wurde um Charakter und Zusammensetzung der künftigen polnischen Regierung gerungen. Am Ende des Jalta-Treffens wurde eine Kompromißformulierung verabschiedet, in der Stalins wichtigste Forderung enthalten

101 Siehe Anthony Eden an Stettinius vom 1. Februar 1945. In: Die Konferenzen von Malta und Jalta. Dept. of State USA, Düsseldorf o. J. S. 474.

war, denn Ausgangspunkt für die veränderte Regierung sollte »die jetzt in Polen antretende Provisorische Regierung« sein.

Letztendlich einigte man sich auf eine Regierung, die auf »breiterer demokratischer Basis unter Einschluß von demokratischen Führungskräften aus Polen selbst und von im Ausland lebenden Polen« umgebildet werde. Molotow, Harriman und Clark-Kerr waren bevollmächtigt, Gespräche mit geeigneten Kandidaten für die reorganisierte Regierung zu führen, die sodann zu baldmöglichsten Wahlen verpflichtet sein sollte. Stalin wiederum setzte durch, daß nur demokratische und antinazistische Parteien das Recht haben sollten, Kandidaten aufzustellen, wobei es Churchill angeraten schien, daran zu erinnern, daß Mikołajczyks Bauernpartei dazugehöre. Es gelang der sowjetischen Seite, abzuwehren, daß eine internationale Überwachung der Wahlen beschlossen wurde, wie dies Roosevelt vorgeschlagen hatte.¹⁰²

Für ein bestimmtes Offenhalten der Wege Polens sollte die von Roosevelt bevorzugte »Deklaration über das befreite Europa« sorgen. Darin einigten sich die Mächte auf gegenseitige Konsultationspflicht. Sie kamen überein, die Politik ihrer drei Regierungen zur Unterstützung der befreiten Völker bei der Lösung ihrer politischen und ökonomischen Probleme zumindest während der zeitweilig labilen Lage im befreiten Europa aufeinander abzustimmen. Eine solche Ordnung mußte in Europa errichtet werden, »die die Völker in die Lage versetzte, die letzten Spuren des Nationalsozialismus und des Faschismus zu beseitigen und demokratische Einrichtungen nach ihrer eigenen Wahl zu schaffen«.

Das Kommuniqué der Krimkonferenz wiederholte die Teheraner Grenzformel über den Verlauf der Ostgrenze Polens entlang der Curzon-Linie. Hinsichtlich der Westgrenze wurde lediglich festgehalten: »Die drei Regierungschefs erkennen an, daß Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten muß.«¹⁰³ Eine konkrete Beschreibung des Grenzverlaufs, wie sie der sowjetische Außenminister in der vierten Vollsitzung vorgeschlagen hatte, erfolgte nicht. Molotows Vorschlag »als Westgrenze Polens ist die Linie von der Stadt Stettin (für die Polen) nach dem Süden hin entlang der Oder und weiter entlang der Neiße (der westlichen) zu betrachten«¹⁰⁴, wurde ignoriert. In der Diskussion hatte Churchill erkennen lassen, daß die bisherige Konzeption der britischen Delegation verändert worden war und er gegen den zweiten Punkt, in dem von der

102 Siehe ebenda, S. 748 und 804.

103 Ebenda, S. 837 und 900.

104 Ebenda, S. 842.

westlichen Neiße die Rede war, Vorbehalte geltend mache. Entgegen allen seinen früheren Erklärungen stellte er in Zweifel, daß Polen in der Lage sei, so große Gebiete zu integrieren. Ähnliche Zweifel meldete Roosevelt an. Stettinius gegenüber äußerte sich Churchill, daß man »den Lubliner Polen nicht dieselben Konzessionen zu machen« brauche, die man bereit gewesen sei, »Mikołajczyk zu machen, um eine Lösung des polnischen Problems zu finden«. ¹⁰⁵

Zur Zeit der Krimkonferenz im Februar 1945 war der Weg zur Regierungsbildung noch weit. Die Einigung der zwei politischen Lager im befreiten Polen auf ein gemeinsames Kabinett unter Premier Osóbka-Morawski mit zwei Stellvertretern Gomulka und Mikołajczyk erfolgte erst fünf Monate danach im erbitterten Streit. Sie wurde am 28. Juni 1945 verkündet, unmittelbar vor der Potsdamer Konferenz. Dies war dann der Ort, auf dem die neue Regierung Gebrauch von ihrem Recht auf Mitbestimmung über die westliche Grenze – die Oder-Neiße-Grenze – machte.

Am Ende der Krimkonferenz konnten sich Roosevelt und Churchill zu gute halten, daß sie ihre Zielstellung bezüglich einer breiteren Koalitionsregierung gegenüber Stalin durchgesetzt hatten. Damit war zugleich eine Form gefunden, die für »Osteuropa« die große Chance in der Art eines dritten Weges bot.

Vor allem aber hatten alle drei Alliierten Grundlagen für die Lösung eines jahrzehntealten Grenzstreites im Osten Europas gelegt. An diesem Kreuzweg wären vielleicht auch Alternativen zu künftiger Spaltung und Konfrontation denkbar gewesen. Der Regierungsmodus hätte ein Schlüssel sein können, der den Dialog hätte offenhalten können. Er eröffnete auch längerwährender Kooperation der Siegermächte gewisse Chancen. Dies wiederum war geeignet, eine Selbstabschließung des Ostens unnötig zu machen. Voraussetzung dafür aber wäre die Verlagerung des westlichen Machtkampfes auf die ökonomische Ebene gewesen, wie es Finanzminister Henry Morgenthau 1945 mit seiner Empfehlung zur Bewilligung eines Zehn-Milliarden-Kredites an Stalin vorschwebte. ¹⁰⁶ Voraussetzung wäre allerdings auch ein Verzicht der Sowjets auf Ambitionen gewesen, ihre neue Sicherheitszone zur Verhinderung freier Wahlen zu benutzen. Sie hätte »aus Schwäche und Klugheit« an den Jalta-Beschlüssen festhalten und mehr

105 Ebenda, S. 474.

106 Siehe Morgenthau Papers, in: Franklin Delano Roosevelt Library, Diary-book 868. Zum Teil abgedruckt in: Die Konferenzen von Malta und Jalta, Dept. of State USA, Düsseldorf o. J. S. 294f.

Kompromißbereitschaft zeigen können.¹⁰⁷ In diesem Sinne könnte man die historische Perspektive, wie sie zur Zeit der Jalta-Konferenz bestand, im Nachhinein als noch offen betrachten.

Im Positiven wie im Negativen prägte Jalta die kommenden Jahrzehnte. »Jalta-Ordnung« wurde zum feststehenden Begriff für die nun entstehende Nachkriegsordnung in Osteuropa, in der die Sowjetunion – nicht ohne Gewalt und Übertretung des Rechtes der kleineren Nationen auf Selbstbestimmung – eine eigene Sicherheitszone errichtete.

Die Jalta-Ordnung wurde nicht nur zum Synonym für das in Osteuropa herrschende Regime der Sowjetunion, sondern auch für die Infrastruktur Osteuropas einschließlich der neu geschaffenen stabilen Grenzen ganz Europas. Letztere erwiesen sich als stabil und von Dauer, wobei in Einzelfragen bis heute Verhandlungsbedarf infolge langer Verschleppung durch die westliche Seite besteht. Doch als Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges müssen die Grenzen als unantastbar betrachtet werden und stehen sie gewissermaßen unter dem Schutz der Vereinten Nationen.

107 Siehe Uwe Nerlich: Europa zwischen alten Ängsten und neuen Hoffnungen. In: Europa-Archiv. Bonn (1990)16. S. 481.

BÄRBEL BIRNSTENGEL

Tschechisch-slowakische Beziehungen seit 1918

Als Präsident Václav Havel im Februar 1990 in der Föderalversammlung die Änderung der Staatsbezeichnung der damaligen ČSSR initiierte, löste er damit einen Streit aus, der als »Bindestrich-Krieg« in die Geschichte eingegangen ist. Sowohl innerhalb der Tschechoslowakei, als auch im Ausland wurden viele Emotionen aufgewühlt, nicht wenige Irritationen hervorgerufen; wurde dieser Streit oft nur mit einem Lächeln quittiert. Ein Lächeln, hinter welchem sich zum einen eine leichte Ironie widerspiegelte, welches aber auch ein gewisses Maß an Unsicherheit zu überspielen suchte, wie denn nun dieser Streit und die ihm folgenden Auseinandersetzungen, die letztendlich die erste Etappe der Trennung der beiden staatstragenden Nationen zum 1. Januar 1993 einläuteten, einzuordnen und zu bewerten seien. Einmal mehr wurde deutlich, wie wenig das nationale Konfliktpotential wahrgenommen worden und wie wenig insbesondere auch die tschechische Öffentlichkeit auf Diskussionen über slowakische Emanzipationsbestrebungen vorbereitet war.

Die »Süddeutsche Zeitung« vom 30. November 1992 schrieb beispielsweise, daß die Entstehung der beiden souveränen Staaten, der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik, das eigentlich nicht beabsichtigte Ergebnis eines emanzipatorischen Kraftaktes des slowakischen Obelix war, welcher damit beim tschechischen Asterix offene Türen eingerannt ist.¹ Andere Interpretationsangebote sahen in diesen Staatsneugründungen die »historische Notwendigkeit« des slowakischen nationalen Emanzipationsprozesses² oder versuchten das Ende der Tschechoslowakei mit dem Ende einer »Versailler Fehlkonstruktion« gleichzusetzen – um hier nur einige wenige Interpretationsangebote anzuführen. Auch heute reißen die Diskussionen um die Frage nach den Ursachen nicht ab. Das Interesse

1 Michael Frank: Die Story von Václav Asterix und Vladimír Obelix. In: ČSFR – Beilage der »Süddeutschen Zeitung«, München vom 30. November 1992, S. 37.

2 Soňa Szomolányi: Dôsledok parlamentných volieb '92 v Československu: zrod ďalšieho »bývalého štátu vo Východnej Európe«?. In: Svědectví. Prag XXV(1992)93, S. 16.

richtet sich sowohl auf der Aufarbeitung der Spannungsfelder im Beziehungsgefüge beider Nationen, als auch auf Fragen möglicher alternativer Entwicklungen bereits im 19. Jahrhundert.

VORAUSSETZUNGEN FÜR EINEN GEMEINSAMEN STAAT

In der Geburtsstunde des ersten tschechoslowakischen Staates – dem 28. Oktober 1918 – wurden eigentlich drei Territorien – die Länder der Böhmisches Krone Böhmen, Mähren und Mährisch-Schlesien, das Territorium der Slowakei und die ruthenischen Gebiete – vereinigt, die von verschiedenen Völkern – Tschechen, Slowaken, Deutschen, Ungarn, Polen, Ruthenen, Juden u. a. – bewohnt wurden, welche jedes auf seine tausendjährige eigenständige historische Entwicklung zurückblicken konnte.

Nach dem Zerfall des oft an den Anfang der tschechisch-slowakischen Beziehungen gestellten Großmährischen Reiches zu Beginn des 10. Jahrhunderts wurde das Siedlungsgebiet der Slowaken als Oberungarn der Stephanskrone eingegliedert. Eine eigene staatliche Tradition konnte von den Slowaken nicht aufgebaut werden, ja es gelang nicht einmal, das Siedlungsgebiet der Slowaken innerhalb Ungarns territorial abzugrenzen. Demgegenüber gelang es den Tschechen, auf dem Territorium Böhmens, Mährens und Mährisch-Schlesiens (als Kernland!) ihre eigene historische Staatlichkeit – die Länder der Böhmisches Krone – zu schaffen. Die böhmische Krone ging jedoch 1526 an das österreichische Haus Habsburg.

Die tschechisch-slowakische Frage in unserem heutigen Verständnis entstand jedoch erst mit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. Zur Zeit der nationalen Wiedergeburt gab es zwischen Tschechen und Slowaken zahlreiche Berührungspunkte, die vornehmlich dem nationalen Bewußtwerden auf gemeinsamer slawischer Grundlage zuzuschreiben waren und sich gegenüber der deutschen sowie der ungarischen Nationalbewegung abzugrenzen suchten. Beide Völker beeinflussten sich zunächst – insbesondere kulturell und sprachlich – gegenseitig, begannen jedoch spätestens seit den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts ganz unterschiedliche politische Programme zu formulieren. Während die Tschechen begannen, ihr »Historisches Staatsrecht« einzufordern – welches aufgrund der Herderschen Vorstellung vom Volk als einer sprachlichen und kulturellen Gemeinschaft die Slowaken mit einschloß –, spaltete sich die vor allem aus religiösen Kreisen hervorgegangene slowakische Nationalbewegung entlang der Konfessionslinie. Während die Protestanten der Vorstellung der tschechoslowakischen natio-

nen und sprachlichen Einheit anhängen, hatten die slowakischen Katholiken von Beginn an auf der Basis des Naturrechtes ein selbständiges slowakisches Volk vor Augen, das im Rahmen des Königreiches Ungarn seine Autonomie einfordern sollte. Beide Konfessionen waren – das sei am Rande angemerkt – im inneren in ihren Vorstellungen zu den Zielen und Wegen der slowakischen Nationalbewegung noch weiter differenziert. Die von katholischen Kreisen geförderte Kodifizierung einer eigenen slowakischen Schriftsprache (wenn auch vom Protestanten Stúr) stieß bei den Tschechen auf Unverständnis und ließ den Vorwurf der Abspaltung laut werden.

Ohne auf einzelne Entwicklungsprozesse näher eingehen zu können, sei an dieser Stelle darauf verwiesen, daß sich letztendlich beide Nationalbewegungen, sowohl die tschechische als auch die slowakische, den Entwicklungen in der Gesamtmonarchie – insbesondere unter dem Blickwinkel des österreichisch-ungarischen Gegensatzes – anpassen bzw. unterordnen mußten. Somit wurden von Beginn an »äußere« Probleme in die Beziehungsebene von Tschechen und Slowaken hineingetragen. Zwar fanden beide Nationalbewegungen in der slawischen Komponente und ihrem Kampf um nationale Anerkennung eine gemeinsame Sprache; während sich jedoch beispielsweise die slowakische Nationalbewegung in der Mitte des 19. Jahrhunderts gegenüber der ungarischen zu behaupten suchte, hegte die tschechische Nationalbewegung durchaus Sympathien für den ungarischen Adel, sah sie doch in ihm einen potentiellen Verbündeten gegen die deutsche Majorisierung Österreich-Ungarns.

Unterschiedliche Rahmenbedingungen innerhalb der krisengeschüttelten Habsburger Monarchie und differenzierte politisch-programmatische Ziele beider Nationalbewegungen standen zunächst einer weiteren Annäherung und vertieften Zusammenarbeit entgegen. Beide Nationalbewegungen durchlebten eine tiefe Krise. Auf der Suche nach möglichen Alternativen gegenüber dem sich abzeichnenden und letztendlich durchsetzenden österreichisch-ungarischen Dualismus ist eine neuerliche Phase wirklicher Zusammenarbeit zwischen Tschechen und Slowaken erst wieder gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu erkennen, wobei jedoch die slowakische Frage zu keinem Schlüsselproblem der tschechischen Politik geworden war. Der »gemeinsame tschechoslowakische Weg« als solches war nur *ein* möglicher Weg, stellte »nur« ein Unterziel der tschechischen Nationalbewegung dar, welches darauf gerichtet war, den österreichisch-ungarischen Dualismus zu durchbrechen.³ Nicht minder vorteilhaft war es aus tschechischer

3 Jaroslav Šolc: Slovensko v českej politike, Banská Bystrica 1993, S. 37.

Sicht, auf den österreichisch-ungarischen Konflikt zu setzen.⁴ Damit waren die Ungarn zu indirekten Verbündeten im Kampf gegen die deutsche Vorherrschaft in Österreich geworden – eine Tatsache, die jedoch den slowakischen nationalen Problemen konträr gegenüberstand und das tschechisch-slowakische Verhältnis belasten mußte.

Die Ausgangsbasis beider Völker für eine Zusammenarbeit unterlag jedoch einschneidenden und die zukünftigen Beziehungen beeinflussenden Veränderungen. Den Tschechen war es im Verlaufe des 19. Jahrhunderts gelungen, sich als Nation zu konstituieren. Im Ergebnis des Modernisierungsprozesses verfügten sie nunmehr nicht nur über eine sozial im wesentlichen komplett strukturierte Gesellschaft, sondern auch über eine verhältnismäßig leistungsfähige Wirtschaft, sowie eine kulturelle und schulische Infrastruktur. Die tschechische nationale Existenz war im gesellschaftlichen Leben fest verankert. Anders hingegen sah die Situation bei den Slowaken aus. Sie waren unter dem zunehmenden ungarischen Assimilationsdruck nahezu an den Rand einer eigenen nationalen Existenz gedrückt worden. Grundlegende nationale Institutionen, wie die *Matica slovenská* und drei slowakische Gymnasien gingen wieder verloren. Die Industrie war im slowakischen Territorium unterentwickelt, agrarische Strukturen überwogen; der Bildungsstand der überwiegend bäuerlichen Bevölkerung war niedrig, auf eine eigene (national bewußte) Intelligenz konnte kaum zurückgegriffen werden.⁵ Vorsichtige Schätzungen gehen überhaupt nur von ein paar tausend national und politisch bewußten Slowaken aus. Im Vordergrund der slowakischen Nationalbewegung standen daher elementare Fragen des schlichten Überlebens als Nation überhaupt.

DIE GRÜNDUNG DER ČSR

Während bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges sowohl die tschechische als auch die slowakische Nationalbewegung die Verwirklichung ihrer politisch-nationalen Ziele *im Rahmen* Österreich-Ungarns anstrebte (wobei diese, wie wir gesehen haben, durchaus in unterschiedliche Richtungen gingen), wurde schließlich seit 1914 von nationalen Kräften um T. G.

4 Ebenda, S. 28.

5 Petr Příhoda: Sociálně-psychologické aspekty soužití Čechů a Slováků. In: *Rozloučení s Československem. Příčiny a důsledky česko-slovenského rozchodu*. Praha 1993, S. 33.

Masaryk die Schaffung eines selbständigen tschechoslowakischen Staates ins Auge gefaßt. Allerdings war die Durchsetzung dieses Gedanken im Lande selbst mit einigen Hindernissen verbunden.

Die im Ausland lebenden Tschechen und Slowaken bekannten sich im Mai 1918 in Pittsburgh (USA) zu einem gemeinsamen Staat, wobei den Slowaken jedoch die Autonomie zuerkannt werden sollte. Angesichts der von der Entente erst im letzten Kriegsjahr favorisierten Nationalstaatsidee an Stelle der Vielvölkermonarchie – die jedoch in erster Linie eigenen machtpolitischen Interessen geschuldet war – barg jedoch die Umsetzung einer slowakischen Autonomie wegen der ethnischen Verhältnisse im gesamten eingeforderten Staatsgebiet Probleme in sich, deren sich die Auslandsaktion durchaus bewußt war. Das betraf die Schwäche der slowakischen Nationalbewegung insgesamt, aber auch die deutsche, die ungarische sowie die ruthenische Frage. Bei der Gründung der Tschechoslowakischen Republik 1918 wurden daher mehrere Faktoren, Unterschiede auf politischem, kulturellem, wirtschaftlichem, sozialem, konfessionellem und staatsrechtlichem Gebiet, die sich aus der differenzierten historischen Entwicklung ergaben, verdeckt. Andere hingegen, wie z. B. die gegenseitige Verständlichkeit der tschechischen und slowakischen Sprache, durchaus vorhandene historische Berührungspunkte (z. B. Hussitenbewegung), das Bewußtsein der gemeinsamen slawischen Wurzeln beider Völker (nicht zuletzt gerade aus dem Versuch der Abgrenzung gegenüber magyrophilen und germanophilen Tendenzen der Doppelmonarchie heraus) und die im nationalen Emanzipationsprozeß in der Habsburger Monarchie ähnlich gelagerten Aufgaben- und Zielstellungen wurden überbewertet. Die seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts verfochtene Theorie des Tschechoslowakismus – die Postulierung einer einheitlichen tschechoslowakischen Nation und Negierung der nationalen Eigenständigkeit der Slowaken als ein möglicher Weg zur Durchbrechung des österreichisch-ungarischen Dualismus – wurde zu einem politischen Konzept für diesen zu schaffenden Nationalstaat. Angesichts der bereits skizzierten Situation innerhalb der slowakischen Nationalbewegung sahen auch die slowakischen Repräsentanten in der Heimat darin einen Weg, dem nationalen Untergang zu entgehen. Als »Repräsentanten des slowakischen Zweiges des einheitlichen tschecho-slowakischen Volkes« brachten sie am 30. Oktober 1918 in der Deklaration von Martin ihr Anschlußbegehren zum Ausdruck, ohne jedoch vom Pittsburger Abkommen und der bereits zwei Tage alten Republik Kenntnis zu nehmen!

DIE ERSTE REPUBLIK

Der Aufbau der ersten gemeinsamen Republik erwies sich angesichts der unterschiedlichen Ausgangsbasis von Tschechen und Slowaken und aufgrund der Tatsache, daß beide nicht auf den Schritt in die Unabhängigkeit vorbereitet waren, als ein schwieriges Unterfangen, das zudem aufgrund der multinationalen Zusammensetzung der ČSR noch zusätzlich kompliziert war. Dieser nunmehr gemeinsam beschrittene tschechisch-slowakische Weg wird auch verglichen mit der »Konfrontation zweier Welten«. ⁶ Der Einsatz tschechischer Fachleute sollte die offensichtlichen Rückstände im slowakischen Teilgebiet überwinden helfen. Erfolge sind hierbei durchaus erzielt worden, wobei sich die Tschechen ihrer Position als kulturell, wirtschaftlich und politisch führender Nation durchaus bewußt waren.

Mit der Entstehung der ersten tschechoslowakischen Republik waren die tschechischen nationalen Forderungen im wesentlichen erfüllt worden. Für eine Mehrheit der tschechischen Bevölkerung wurde der Begriff »tschechisch« allmählich mit dem Begriff »tschechoslowakisch« gleichgesetzt. Raum für das Verständnis weitergehender slowakischer nationaler Forderungen blieb auf dieser Basis kaum. Für die Slowaken war die ČSR nur ein weiterer Schritt auf dem mühsamen Weg der Anerkennung ihrer nationalen und kulturellen Eigenständigkeit⁷, die nicht a priori zur staatlichen Souveränität führen mußte, ein Zusammenleben von Tschechen und Slowaken in einem gemeinsamen Staat nicht ausschloß. Die sich mehr und mehr auf Prag orientierende Staatsmacht – der Tschechoslowakismus wird zur Staatsideologie – forderte jedoch den nationalen Widerspruchsgeist der Slowaken heraus.

Zum Fürsprecher der slowakischen Nationalindividualität avancierte nach dem Bekanntwerden des Pittsburgher Abkommens im Frühjahr 1919 in der Slowakei die Slowakische Volkspartei. Sie war hervorgegangen aus dem katholischen Priesterrat um Andrej Hlinka und seinen mit Prag geführten (konfessionellen) Auseinandersetzungen zur beabsichtigten Trennung von Kirche und Staat, zu Fragen der Bistumsgrenzen, des Verhältnisses zwischen Prag und dem Vatikan u. a. Als Verfechter der Idee einer selbständigen slowakischen Nation suchten die slowakischen Autonomisten nach

6 Eduard Kubů: Der Tschechoslowakismus und die Entwicklung der tschechisch-slowakischen Beziehungen. In: Ethnos – Nation. Eine Europäische Zeitschrift. Köln 1(1993). S. 12

7 Ebenda.

politischen Lösungen, um dem Prager Zentralismus zu begegnen. Bis etwa Mitte 1937 wurde dabei jedoch der Boden eines gemeinsamen tschechoslowakischen Staates noch nicht endgültig verlassen. Eine zunehmende antitschechische Radikalisierung auf slowakischer Seite und die mangelnde Dialogbereitschaft und offenbar auch Dialogfähigkeit auf beiden Seiten verschärften die Gesamtsituation. Die bereits angesprochene multinationale Zusammensetzung der Tschechoslowakei gehörte zu ihren Schwachpunkten, die angesichts der Weltwirtschaftskrise und ihrer Auswirkungen sowie der zunehmenden Faschisierung Europas von den Nachbarländern Deutschland, Polen und Ungarn für eigene machtpolitische und revisionistische Ziele instrumentalisiert wurde. In Prager Regierungskreisen gab es durchaus Politiker, die die Unfähigkeit des Zentralismus, mit aktuellen Problemen fertig zu werden, erkannt hatten, aber in den Köpfen der Mehrheit saß das Mißtrauen gegenüber autonomen Bestrebungen zu tief, wurde auch die slowakische Frage in ihrer Komplexität nicht erkannt. Zudem befand sich die gesamte Nationalitätenpolitik Prags im Schatten der deutschen Frage – einer für das Schicksal des gesamten Staates entscheidenden Frage. Einmal mehr stand die innenpolitische Entwicklung unter dem Primat der Außenpolitik, wurde die Gestaltung der tschechisch-slowakischen Beziehungen in Abhängigkeit gebracht von internationalen Faktoren, von der mitteleuropäischen Entwicklung, als deren Schiedsrichter sich Hitlerdeutschland aufspielte. Keine der beiden Seiten – weder die tschechische, noch die slowakische – hatte bei der Ausgestaltung der gemeinsamen Beziehungen »freie Hände«.⁸

Die nach dem Diktat von München 1938 stark angeschlagene Prager Zentralmacht hatte sichlich Schwierigkeiten, unter den unheilvollen innen- und außenpolitischen Konstellationen ihren politischen Alleinvertretungsanspruch gegenüber den Slowaken aufrechtzuerhalten. Die am 6. Oktober 1938 »endlich« proklamierte Autonomie war jedoch unter den denkbar ungünstigsten Bedingungen zustande gekommen und eine verspätete Entscheidung. Der germanophile Flügel in der Slowakischen Volkspartei betrieb, stark von Hitler beeinflusst und unter den ultimativen Forderungen und Drohungen Hitlerdeutschlands, nun eine offene, auf Abspaltung von Prag und auf Begründung ihres eigenen Parteistaates zielende politische Linie. Es entstand ein formal selbständiger slowakischer Staat, der sich aber sogleich dem »Schutz« des Deutschen Reiches unterstellte. Die tschechisch-slowa-

8 Jaroslav Šolc: Slovensku v českej politike. Banská Bystrica 1993, S. 61ff.

kischen Beziehungen verschlechterten sich unter diesen außenpolitischen Einflüssen zusehends.

TSCHECHEN UND SLOWAKEN IM ZWEITEN WELTKRIEG

Sollte der Staat nach der Beendigung des Krieges auch wieder ein gemeinsamer sein, so taten sich die tschechischen Repräsentanten in der Bestimmung ihrer Positionen gegenüber der Slowakei und ihrer Stellung in der Nachkriegstschechoslowakei jedoch schwer. Das Trauma von »München« und vom »slowakischen Verrat« saß tief. Der eigene nationale Selbsterhalt rückte zunächst einmal in den Vordergrund. Der Weg des »wieder zueinanderfinden« war sehr schmerzlich, mit Vorurteilen belastet, gestaltete sich differenziert und war auf beiden Seiten nicht frei von Irrwegen.

Hatten sich die slowakischen Repräsentanten in der Emigration bereits frühzeitig (Memorandum vom 10. Oktober 1939)⁹ auf die Position der slowakischen Souveränität in einer gemeinsamen Republik gestellt, begann sich auch in der Slowakei selbst allmählich eine »eigene« slowakische Opposition gegen den autoritären Tiso-Staat zu formieren. Die zunehmende Demaskierung des Regimes beschleunigte den Zusammenschluß antifaschistischer Kräfte um den im Dezember 1943 gebildeten Slowakischen Nationalrat. Der Widerstand kulminierte im Slowakischen Nationalaufstand vom August 1944. Das Hauptziel dieses Aufstandes bestand in der Erneuerung tschecho-slowakischer Staatlichkeit, in der den Slowaken aber ein eigenständiger und gleichberechtigter Platz eingeräumt werden sollte. Demgegenüber widersetzte sich die Londoner Exilregierung unter Edvard Beneš lange der Anerkennung des Slowakischen Nationalrates als eigenständigem und gleichberechtigtem Vertreter des slowakischen Volkes gegenüber der Prager Zentralregierung. Sie stellte sich gegen eine föderale Variante der Ausgestaltung der gegenseitigen Beziehungen und vertrat die Variante der Einrichtung von Landesnationalausschüssen, die jedoch der Regierung unterstellt wären. Eine halbherzige Anerkennung des Slowakischen Nationalrates durch die Exilregierung erfolgte letztendlich nur unter dem Druck der »Umstände«, d. h. sowohl unter dem Einfluß der innenpolitischen Entwicklung in der Slowakei selbst, den Verhandlungen mit der Moskauer KPTsch-Führung zu Fragen der Nachkriegsentwicklung als auch unter dem Druck der Großmächte.

9 Ebenda, S. 94.

DIE JAHRE 1945 BIS 1989

Der im Košicer Regierungsprogramm vom April 1945 und dem ersten Prager Vertrag zwischen Regierung und Slowakischem Nationalrat vom Mai 1945 abgesteckte asymmetrische Staatsaufbau stellte allerdings nur einen – politischen Zielen verpflichteten – Kompromiß dar, der im ganzen lediglich slowakische Minimalforderungen befriedigte. Auch jetzt spielte die in der tschechischen Gesellschaft wieder auflebende Vorstellung von einer einheitlichen tschechoslowakischen Nation ihre Rolle. Laut einer Meinungsumfrage vom Dezember 1946 gingen 65% der tschechischen Bevölkerung davon aus, daß Tschechen und Slowaken zwei Zweige ein und desselben Volkes seien, 21% unterschieden zwei Völker und 14% vertraten in dieser Frage keine Meinung.¹⁰ Außerdem wurden auch die alten Vorurteile von der slowakischen Zurückgebliebenheit durch neue angereichert, namentlich durch die Auffassung, alle Slowaken seien Kollaborateure gewesen. Die Lösung der nationalen Frage wurde spätestens nach dem Wahlsieg der Demokratischen Partei in der Slowakei verstärkt machtpolitischen Auseinandersetzungen untergeordnet. Im zweiten und dritten Prager Vertrag 1946 war dies schon nicht mehr zu übersehen. Das Klassenprinzip wurde den nationalen Interessen übergeordnet.

Der sich global zuspitzende Ost-West-Konflikt, das Ringen beider Seiten um die Sicherung erreichter und womöglich die Gewinnung neuer Einflußpositionen in der sich formierenden Nachkriegsordnung, die forcierte Aufrüstung in den führenden Ländern beider Blöcke und eine Atmosphäre sich zuspitzender allseitiger (z. T. auch künstlich geförderter) Bedrohung – das sind Faktoren, die zu den wesentlichsten objektiven Ursachen für die Deformation des Sozialismus in den fünfziger Jahren zu zählen sind.¹¹ Sie widerspiegelten sich auch in der Art und Weise des gegenseitigen Umgangs der beiden staatstragenden Nationen in der Tschechoslowakei. Auf der Grundlage der sogenannten »Lagertheorie« setzte sich mehr und mehr die Auffassung von einer monolithischen Einheit der Volksdemokratien unter Führung der UdSSR durch. Dies zog veränderte theoretische innenpolitische Grundpositionen nach sich, einschließlich Auffassungen zur nationalen Frage. Auf die Tagesordnung wurde der Kampf gegen die sogenannten slowakischen bürgerlichen Nationalisten (Karol Šmidke, Gustav Husák,

10 Miroslav Šiška: *Cesta k československé federaci*, Praha 1988, S. 116, Anmerkung 1.

11 Eckart Mehlis: Vorwort zu Miroslav Šiška, »Verschwörer, Spione, Staatsfeinde ...« Politische Prozesse in der Tschechoslowakei 1948–1954, Berlin 1991, S. 28.

Laco Novomeský u. a.) gesetzt, während die politische Seite der Lösung der nationalen Frage als irrelevant betrachtet wurde. Die »sozialistische« Verfassung von 1960 hatte somit »folgerichtig« die Befugnisse der slowakischen Nationalorgane abgeschafft. In den Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken war eine krisenhafte Entwicklung nicht zu übersehen. Daran konnten auch die für die damaligen Bedingungen vielfältigen und durchaus erfolgreichen Anstrengungen nichts ändern, die auf eine Angleichung des ökonomischen, kulturellen und sozialen Entwicklungsniveaus der Slowakei zielten. Bezogen auf die Grundfragen der nationalen Belange kam ihnen jedoch höchstens eine zeitverzögernde Wirkung zu. Hinzu kam, daß die besondere Förderung des slowakischen Teilgebietes in den fünfziger und sechziger Jahren in tschechischen Bevölkerungskreisen angesichts der anwachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten das Gefühl einer materiell bevorzugten Stellung der Slowaken in der Republik beförderte.

Die politisch ungelöste slowakische Frage ist zu den Ursachen des Prager Frühlings 1968 zu zählen. Allerdings gelang es den Reformkräften in der Slowakei und den böhmischen Ländern nicht, ihre auf Veränderungen zielenden Anstrengungen zu vereinen. Das von slowakischer Seite eingeforderte Primat der Föderalisierung stieß in den böhmischen Ländern auf ein nur geringes Verständnis; demgegenüber zeigten sich die Slowaken ebenso wenig begeistert davon, daß tschechische Politiker dem Demokratisierungsprozeß den Vorrang gaben. Zu einer größeren Akzeptanz des »Normalisierungskurses« trug schließlich in der Slowakei der Umstand bei, daß das Föderationsgesetz vom Oktober 1968 nicht nur Ergebnis der Reformbewegung war, sondern auch die militärische Besetzung – trotz in den siebziger Jahren folgender Einschränkungen und einer zunehmenden Zentralisierung – »überlebte« und Gustav Husák, über Jahre engagierter Verfechter der nationalen Sache der Slowaken und Opfer der politischen Prozesse der fünfziger Jahre, nun führende Partei- und Staatsfunktionen bekleidete. In den Augen der Tschechen förderte dies eher Mißtrauen gegenüber ihrem Brudervolk, zumal der Normalisierungskurs in der Slowakei weniger konsequent realisiert und weiterhin einseitig auf das materielle Wachstum der slowakischen Region orientiert wurde. In den unterschiedlichen Erfahrungen mit dem Prager Frühling und mit den Folgen seines Scheiterns mögen auch Gründe zu suchen sein, warum die Oppositionsbewegung »Charta 77« mehr oder minder auf die böhmischen Länder beschränkt blieb.

DAS SCHEITERN DER FÖDERATION

Ungelöste Probleme im Beziehungsgefüge beider Titularnationen haben die Auslösung der »samtenen« Revolution vom November 1989 nicht unwesentlich begleitet, stellen einen Teil ihrer selbst dar. Dennoch sind sie erst nach den von der tschechischen Bürgerbewegung »Bürgerforum« und ihrem slowakischen Pendant »Öffentlichkeit gegen Gewalt« gemeinsam erkämpften ersten machtpolitischen Veränderungen offen ausgebrochen.

Die »Bauherren«, die gemeinsam die ersten Fundamente des neuen Hauses für beide Völker gelegt hatten, gerieten bereits beim »Namensschild« in einen sehr emotionsgeladenen Streit. Worum ging es dabei? Eigentlich war die von Präsident Václav Havel initiierte Änderung der Staatsbezeichnung ČSSR auf die Streichung des Adjektivs »sozialistische« gerichtet. Die so erreichte Staatsbezeichnung lautete wie die der ersten Republik von 1918: Tschechoslowakische Republik. Die tschechischen Parlamentsabgeordneten verbanden damit mehrheitlich zugleich ein Bekenntnis zu dieser sogenannten Masaryk-Republik. Von slowakischer Seite wurde eine derartige historische Kontinuität und Legitimation des Staates von 1990 aber nicht anerkannt. Nicht zuletzt mit dem Hinweis auf die Unfähigkeit der ersten Republik, vor allem die politisch-staatsrechtliche Seite der »slowakischen Frage« zu lösen.¹² Daher wollten die Slowaken die Anerkennung einer gleichberechtigten nationalen Stellung im gemeinsamen Staat auch in der Staatsbezeichnung festgeschrieben wissen. Man bezog sich auf die 1918 ursprünglich vorgesehene Schreibweise des Staatsnamens mit einem Bindestrich, also Tschecho-Slowakei. So war sie seinerzeit sowohl in den Dokumenten der Pariser Friedenskonferenz als später aber auch im Autonomiegesetz vom Herbst 1938 verwendet worden. Die letztgenannte Assoziation – zu 1938 –, die wohl eher im gesellschaftlichen Bewußtsein präsent ist und durch das Auftreten slowakisch-nationalistischer Kreise zum Jahrestag der Ausrufung des Slowakischen Staates (an dem bereits Souveränitätsforderungen laut wurden), zum Todestag Andrej Hlinkas u. v. a. m. stark befördert wurde, traf auf den Widerspruch vieler Tschechen. Die letztendlich gewählte Form (ČSFR, Č-SFR) stellte nur einen Kompromiß dar.

12 Eva Schmidt-Hartmann: Tschechoslowakei: Zwei Völker auf der Suche nach dem gemeinsamen Staat. In: Margareta Mommsen: Nationalismus in Osteuropa: Gefährliche Wege in die Demokratie. München 1992, S. 81

Mit den Wahlen vom Mai 1990, aus denen die beiden Bürgerbewegungen als jeweils stärkste politische Kraft hervorgegangen waren, wurde die Hoffnung verknüpft, daß es in der auf zwei Jahre anberaumten Amtsperiode gelingen würde, neue politische Strukturen zu etablieren, erste Umgestaltungen in der Wirtschaft zu realisieren und vor allem eine neue Verfassung auszuarbeiten und zu verabschieden. In einer neuen Verfassung sollten letztlich auch die neugestalteten tschecho-slowakischen Beziehungen Aufnahme finden. Eine »Föderation von unten« war dabei das erstrebenswerte Ziel der Slowaken, die jedoch von der tschechischen Seite als mit dem Völkerrecht nicht vereinbar abgelehnt wurde. Als vorrangig zu lösende Aufgabe wurde bis zur Neuregelung in der Verfassung die Verteilung der Kompetenzen zwischen der Föderation und den beiden Teilrepubliken angesehen. Es waren nicht so sehr technische Fragen, die hierbei in den Mittelpunkt gerückt wurden, sondern inhaltliche Probleme, insbesondere Ausmaß und Grenzen der politischen, staatsrechtlichen Selbständigkeit der beiden Teilrepubliken. Am 12. Dezember 1990 wurde – nach vorherigem slowakischen Ultimatum – ein diesbezügliches Gesetz verabschiedet. Obwohl auf höchster staatlicher Ebene ausgehandelt, führte seine Annahme nicht zu der erhofften Entspannung in der nationalen Frage, sondern bot den beiden Republiken durch bloße Kompetenzabgabe die Möglichkeit, sich weiter voneinander zu entfernen.

Die in der Amtsperiode 1990–1992 geführten Diskussionen und ausgeprägten Auseinandersetzungen bei der Suche nach neuen Formen des Zusammenlebens zwischen Tschechen und Slowaken (in der Diskussionen befanden sich konkurrierende Konzeptionen wie Föderation – Konföderation – Staatenbund – u. a. sowie die von Jan Čarnogurský eingebrachte Idee eines Staatsvertrages zwischen beiden Teilrepubliken) lassen sich sicherlich nicht allein aus der eingangs skizzierten unterschiedlichen historischen Entwicklung, aus unterschiedlichen historischen Erfahrungen sowie ihrer differenzierten Rezeption im gesellschaftlichen Bewußtsein mit ihren z. T. auch künstlich aufrechterhaltenen Konzepten erklären.

Man darf bei alledem die Tatsache nicht übersehen, daß sich die tschechische und slowakische Gesellschaft selbst nach dem 17. November 1989 im ganzen in einem Übergangsstadium befand. Dieses Übergangsstadium zeichnete sich durch die Gleichzeitigkeit vieler zu lösender Aufgaben aus: Schaffung eines neuen politischen Systems und neuer Institutionen, Übergang zur Marktwirtschaft, Herausbildung neuer kultureller und sozialpoliti-

scher Bindungen und Identitäten.¹³ Die Neugestaltung der nationalen Beziehungen stellte nur ein, wenn auch eines der wichtigsten Problemfelder dieses Transformationsprozesses dar, für den es sowohl allgemein als auch in der nationalen Frage im besonderen keine historischen Vorbilder und keinen Theorievorlauf gab. Die neuen politischen Akteure »Bürgerforum« und »Öffentlichkeit gegen Gewalt« konnten sich Ende 1989 verhältnismäßig schnell die wichtigsten Machtpositionen im Lande sichern. Auf die neuen Aufgaben der Transformation aber waren sie – genau wie die tschechische und slowakische Gesellschaft im ganzen – sowohl theoretisch-konzeptionell als auch psychologisch nicht oder nur ungenügend vorbereitet. Es gab kein – und konnte es unter den damaligen Bedingungen wohl auch kaum geben – durchdachtes politisches Programm.

In den desintegrativen Prozessen zwischen Tschechen und Slowaken traten wohl am deutlichsten die Probleme der bei der Umgestaltung gleichzeitig zu lösenden Aufgaben zutage. Erfolgreich war die nationale Frage eigentlich nur mit funktionierenden demokratischen Mechanismen zu lösen, jedoch wurde ihre Lösung vor dem Entstehen solcher funktionsfähiger Mechanismen in Angriff genommen. Dadurch wurden immer neue Probleme sichtbar. Es zeigte sich zudem, daß die auf zwei Jahre anberaumte Legislaturperiode des Parlaments für die Schaffung funktionstüchtiger demokratischer Strukturen offensichtlich zeitlich zu kurz bemessen war.

Das politische Leben fing gerade erst an, differenzierter und vielgestaltiger zu werden. Mit den ersten Wahlen im Mai 1990 war dieser Prozeß keinesfalls abgeschlossen. Der Wahlsieg der Bürgerbewegungen (Občanské fórum 53%, Veřejnost proti násilí 32%) dürfte daher eher als ein allgemeines plebiszitäres »Ja« zu den angestrebten gesellschaftlichen Veränderungen überhaupt zu werten sein, das weitere politische Positionsbestimmungen offen ließ.¹⁴ Der nach den Wahlen fortschreitende politische Differenzierungsprozeß verschonte denn auch die beiden Bürgerbewegungen nicht, ja es kam zu ihrer Spaltung. Die parteipolitische Differenzierung vollzog sich indes nicht so sehr anhand einer konzeptionell unterschiedlichen Programmatik, sondern war eher machtpolitischen Ambitionen bestimmter Politiker verpflichtet. Eine sichtbare Folge davon war, daß die Kompromißbereit-

13 Martin Bútora, Zóra Bútorová: Neznositelna ľahkosť rozhodou. In: Rozlúčení s Československem. Příčiny a důsledky česko-slovenského rozchodu. Praha 1993, S. 84.

14 Karel Vodička: Koaliční ujednání: Rozdělíme stát! Volby '92 a jejich důsledky pro československou státnost. In: Rozlúčení s Československem. Příčiny a důsledky česko-slovenského rozchodu. Praha 1993, S. 121.

schaft, der Wille zum Konsens, unter Dissidenten einst geradezu lebenswichtig, zunehmend verloren ging. Dabei spielten auch Fragen einer demokratischen politischen Kultur eine Rolle: Wie sollten Konflikte jetzt zu regeln sein, wie war mit Andersdenkenden umzugehen, d. h. sowohl in der Akzeptanz anderer, auch »minderheitlicher« Meinungen, als auch bei der sachlichen und konstruktiven Auseinandersetzung.¹⁵ In diesem Zusammenhang brachte der Transformationsprozeß in der Tschechoslowakei ziemlich dubiose »Erfolge« ans Tageslicht, Auseinandersetzungen wurden vereinfacht, indem sie vielfach national »umgedeutet«, interpretiert wurden. Die nationale Frage wurde somit zu einem Instrument machtpolitischer Auseinandersetzungen. Gleichsam »erleichtert« wurde dies durch die Tatsache, daß sich die bedeutenden politischen Kräfte in der ČSFR von Anfang an eher national differenzierten. Die Bedeutung, die eine einflußreiche gesamtstaatlich wirkende Partei haben konnte, wurde unterschätzt. Chancen für die Entstehung einer solchen Partei haben durchaus bestanden, als sich im November/Dezember 1989 auch in der Slowakei »Bürgerforen« konstituierten. In der Absicht, sich nicht in die slowakischen Angelegenheiten einmischen zu wollen, verzichtete das Prager Bürgerforum auf die Ausweitung seines Wirkungskreises bzw. auf eine Verschmelzung mit der slowakischen Bürgerbewegung.¹⁶

Einen nicht unwesentlichen Faktor bei den desintegrativen Vorgängen im Zusammenleben von Tschechen und Slowaken bildete die Mobilisierung und Emotionalisierung breiter Bevölkerungskreise für politische Zielvorstellungen. Deutlich politisch motiviert griffen bestimmte Eliten auf Personen und Ereignisse der Geschichte zurück. Unterschiedlich, z. T. entgegengesetzt wurden historische Abschnitte und Persönlichkeiten gewertet bzw. schablonenhaft betrachtet, alte Stereotype hervorgeholt und neue geschaffen. So z. B.:

- vom slowakischen »Verrat« 1938;
- von der tschechischen »Unglaubwürdigkeit« bzw. Übervorteilung der Slowaken;
- von der Hinrichtung Tisos als Akt der tschechischen Vergeltung;

15 Eva Schmidt-Hartmann: Tschechoslowakei: Zwei Völker auf der Suche nach dem gemeinsamen Staat. In: Margareta Mommsen: Nationalismus in Osteuropa: Gefährliche Wege in die Demokratie. München 1992. S. 84.

16 Karel Vodička: Koaliční ujednání: Rozdělime stát! Volby '92 a jejich důsledky pro československou státost. In: Rozloučení s Československem. Příčiny a důsledky československého rozehodu. Praha 1993. S. 114.

- Tschechen seien weltoffen und demokratisch – Slowaken konservativ;
- Kommunismus sei dem Slowakischen wesensfremd und von den Tschechen »eingeführt« worden.

Dies alles mußte das Verhältnis zwischen Tschechen und Slowaken belasten. Allerdings war interessanterweise auch festzustellen, daß solche von den Medien eifrig lancierten Stereotype und Vorbehalte ihre Wirkung oft gerade dort verfehlten, wo Angehörige beider Nationen in einem engen Kontakt zueinander standen.

Dem Transformationsprozeß in der Tschechoslowakei ist – ähnlich wie in Osteuropa insgesamt – eine gewisse Ungeduld, das Streben, schnellstmöglich greifbare Ergebnisse zu erzielen, immanent. Daher werden oft schnelle und radikale Lösungen anvisiert. Als Beispiel kann hier auf das Wirtschaftsreformkonzept von Václav Klaus (damaliger tschechischer Finanzminister) verwiesen werden, das den an eine starke Föderation gebundenen Übergang zur Marktwirtschaft »ohne Adjektiv« (im Gegensatz zu Mečiar »sozialer« Marktwirtschaft) vorsah, dabei jedoch ungenügend die slowakische Situation berücksichtigte. Überkommene Strukturprobleme aus der Zeit der sogenannten sozialistischen Industrialisierung in den fünfziger Jahren, die Folgen der Konversion der Rüstungsindustrie u. a. spielten im Programm keine Rolle. Desgleichen wurde die damit verbundene unvergleichlich höhere Arbeitslosigkeit in der Slowakei nicht berücksichtigt. In nicht wenigen Analysen über den Zerfallsprozeß der ČSFR wurden folglich jene unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Reformkonzepte von Klaus und Mečiar als eine der Hauptursachen für das Auseinanderbrechen des Staates favorisiert. Sicherlich sind wirtschafts- und sozialpolitische Problemfelder nicht zu unterschätzen, sie bieten jedoch m. E. keine hinreichende Erklärung für das Ende der ČSFR.

Die politische Realität in der Tschechoslowakei nach dem November 1989 mit ihren Gegensätzen¹⁷ bestätigte sich auch im Ergebnis der Wahlen vom Juni 1992 (die tschechisch-slowakische Problematik war aus den Parteiprogrammen und dem Wahlkampf bewußt ausgespart geblieben). Während in den tschechischen Ländern die aus der Spaltung des »Bürgerforum« hervorgegangene rechtskonservative, reformorientierte »Bürgerlich-Demokratische Partei« (ODS) von Václav Klaus zu den Wahlsiegern zählte, konnte in der Slowakei Mečiar »Bewegung für eine Demokratische Slowakei« (HZDS, eine Abspaltung von der slowakischen Bürgerbewegung

17 Lubomír Brokl/Zdenka Mansfeldová: Die letzten Wahlen der ČSFR 1992 und die Lage danach. BIOS, Köln 1993, S. 2.

Öffentlichkeit gegen Gewalt) mit einem eher linken und national orientierten, wenn auch terminologisch verschwommenen und populistisch präsentierten Programm die meisten Stimmen für sich verbuchen (beide je ca. 33–34%). Auf das Wahlergebnis beider Parteien übte die Persönlichkeit der an ihrer Spitze stehenden Politiker einen beträchtlichen Einfluß aus.

Das Agieren beider Premierminister – oft auch mit einem Zweikampf verglichen – (im Gegensatz zu den durchaus verständigungsbereiten Petr Pithart und Ján Čarnogurský) – verließ letztlich auch der tschecho-slowakischen Frage insgesamt ihre Dynamik: Innerhalb von nur wenigen Wochen einigten sie sich über das Szenario für die Auflösung des bisherigen gemeinsamen Staates. Für beide Politiker sind Macht- und Autoritätsstreben unverkennbar; die demokratische Suche nach Kompromissen in dieser Frage mußte folglich auf der Strecke bleiben. Besonders deutlich wurde das daran, daß es beide Wahlsieger nicht schafften, eine arbeitsfähige föderale Koalitionsregierung zu bilden. Klaus und Mečiar konzentrierten sich vielmehr auf die Errichtung fester Fundamente für eine jeweilige eigene Staatlichkeit, was slowakischerseits mit der Souveränitätserklärung vom 17. Juli 1992 und der Verfassung vom 1. September 1992 auch öffentlich bekundet wurde. Vorbehalte der »Bewegung für eine Demokratische Slowakei« gegenüber Vorstellungen von einer föderativen staatlichen Ordnung fanden ihren Ausdruck darin, daß dem Amt eines föderativen Präsidenten keine Bedeutung beigemessen wurde. In letzter Konsequenz führte das dazu, daß die »Bewegung für eine Demokratische Slowakei« der Kandidatur Havels ihre Unterstützung versagte und das Amt des Präsidenten der Republik nach insgesamt fünf Wahlgängen schließlich unbesetzt blieb.

In den Verhandlungen zwischen der »Bürgerlich-Demokratischen Partei« und der »Bewegung für eine Demokratische Slowakei« über die Bildung einer Föderalregierung (geschaffen am 2. Juli 1992) überwogen technische Aspekte der Aufteilung dieser Föderation. Einen Höhepunkt bildeten hier zweifelsohne die Gespräche von Bratislava am 17. Juni 1992. Die slowakische Strategie bestand darin, mit staatlicher Verselbständigung zu drohen, sofern die tschechische Seite weiterhin auf dem gemeinsamen föderativen Staat beharrte. Das war aber eher als vordergründige Drohung gemeint. Dieses Konzept ging jedoch schon nicht mehr auf.¹⁸ Das tschechische »Na, dann geht doch!« (die Tschechen wurden in dieser Phase eher zur treibenden Kraft) und die Akzentuierung des Primates von vor allem wirtschaftlichen Reformen gegenüber der nationalen Frage mit allen

18 Ebenda, S. 23.

sich daraus ergebenden Konsequenzen durch Klaus ließen nur noch einen gesteuerten Übergang in zwei selbständige Staaten zu. Das im Ergebnis der 5. Verhandlungsrunde (22./23. Juli 1992) geschlossene politische Abkommen besiegelte diese Entwicklung. Letzte Versuche der slowakischen Seite vom August 1992, die Tschechoslowakei als »Union nach Art der Verträge von Maastricht« zu erhalten, wurden von Klaus als ins Chaos führend zurückgewiesen. Das von der Föderalversammlung nach einigen Anläufen verabschiedete Verfassungsgesetz über das Ende der ČSFR war dann nicht viel mehr als eine Formsache.

Es erhebt sich die Frage, ob Václav Havel, wäre er nicht nach der slowakischen Souveränitätserklärung vom Amt des Präsidenten zurückgetreten, diesem Prozeß mit seiner Autorität noch etwas hätte entgegensetzen können oder ob ein Referendum die Teilung hätte verhindern können. Die Wertung der Rolle Havels würde sicherlich gewisser spekulativer Züge nicht entbehren. Es sei daher darauf verzichtet. Ein Referendum hätte die Teilung mit Sicherheit verhindert, aber keines der vielschichtigen und ineinandergreifenden Probleme, einschließlich und vor allem des nationalen, gelöst.

ÜBER DEM STANDARD LIEGENDE BEZIEHUNGEN?

Die Teilung des gemeinsamen Staates nach einem dreiviertel Jahrhundert verlief friedlich, entbehrte aber dafür einer gewissen Hektik nicht, die sich nicht nur in den innenpolitischen Verhältnissen beider Nachfolgestaaten, sondern auch in den gegenseitigen Beziehungen beider Staaten widerspiegelte und – spiegelt. Zwar verlief die »Scheidung« friedlich, aber immer wieder vorgetragene Forderungen nach »über dem Standard liegenden Beziehungen« zwischen Tschechen und Slowaken bleiben bislang ohne Realisierung. Zu unterschiedlich sind die politischen Wege, die beide Staaten beschreiten.

Bereits im Januar 1993 scheiterte die eigentlich auf sechs Monate konzipierte Einführung der Währungsunion. Davon konnte freilich wohl kaum jemand überrascht sein. Das daraufhin im Februar 1993 wegen beiderseitiger geringer Devisenreserven abgeschlossene Clearingabkommen ist nach vielen, sich zuspitzenden Streitigkeiten um die Abweichung der slowakischen Krone gegenüber dem Verrechnungs-ECU und die von slowakischer Seite einseitig verhängten Schutzmaßnahmen für die eigene Wirtschaft letztendlich im Oktober 1995 ebenfalls aufgekündigt worden.

Noch sind nicht einmal alle Fragen der »Hausratsauflösung« geklärt. Das betrifft vor allem den slowakischen Goldschatz (des Slowakischen Staates 1939–1945), der sich in der Tschechischen Republik befindet, die Aufteilung der ehemaligen föderalen Betriebe, der Donauschifffahrt usw., sowie die slowakischen Schulden bei der Teilung von Aktiva und Passiva der ehemaligen Staatsbank der Tschechoslowakei.¹⁹

Obwohl es regelmäßige Gesprächsrunden der einzelnen Ressortminister untereinander gibt, die durchaus positive Teilergebnisse in der beiderseitigen Zusammenarbeit erbracht haben, findet man jedoch insgesamt in Prag und Bratislava kaum eine gemeinsame Sprache. Ein der weiteren Verständigung dienendes Treffen beider Premierminister kam erst nach zweijähriger Pause am Rande der CEFTA-Tagung in Brno Ende 1995 zustande.

Abschließend muß bezüglich der offiziellen tschechisch-slowakischen Beziehungen konstatiert werden, daß die staatlichen Wege von Tschechen und Slowaken in einem auf Annäherung der Völker orientierten Europa derzeit eher auseinandergehen. Betrachtet man jedoch die tschechisch-slowakischen Beziehungen aus der Sicht des »kleinen Mannes«, so würden sich mit Sicherheit viele der getroffenen Wertungen in ihr Gegenteil verkehren. Noch ein Jahr nach der Trennung sprach sich beispielsweise die Mehrheit von Tschechen und Slowaken gegen die vollzogene Trennung aus. Es bleibt daher zu hoffen, daß die gegenseitige Verständlichkeit beider Sprachen einer besseren Verständigung nicht nur beider Völker, sondern auch und vor allem ihrer verantwortlichen Politiker den Weg weisen wird.

19 »Svobodná Evropa«, Slovenská relace vom 24. März 1995.

Zu den Autoren dieses Heftes

Dr. habil. Erhard Crome (geb. 1951): studierte am Babelsberger Institut für Internationale Beziehungen. Seit Mitte der 70er Jahre arbeitet er auf dem Gebiet der Osteuropaforschung. Seine Promotion (1980) und Habilitation (1987) beschäftigten sich mit Problemen der politischen Entwicklung Ungarns. Derzeit ist er an der Universität Potsdam auf politikwissenschaftlichem Gebiet tätig. Seine Arbeitsthemen sind der Systemwechsel in Ost- und Ostmitteleuropa, die vergleichende Analyse der politischen Transformationsprozesse in Ostdeutschland und Osteuropa, die Geschichte der DDR und der DDR-Außenpolitik. Dazu legte er zahlreiche Publikationen vor. Er ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift »Initial. Berliner Debatte« und Mitherausgeber der in Potsdam und Poznań erscheinenden deutsch-polnischen Zeitschrift »WeltTrends. Internationale Politik und vergleichende Studien«.

Dr. habil. Jochen Franke (geb. 1954): Absolvent und später Mitarbeiter des Instituts für Internationale Beziehungen Potsdam-Babelsberg. Er promovierte (1982) und habilitierte (1987) über Probleme der sowjetischen Afrikapolitik und arbeitete danach zur Außen- und Innenpolitik der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder. Seit 1991 ist er wissenschaftlicher Oberassistent an der Universität Potsdam. Er publizierte zu Problemen der Transformation postsowjetischer Gesellschaften, insbesondere Rußlands, Polens und Ostdeutschlands sowie zu Fragen der Europapolitik. Seine gegenwärtigen Forschungsschwerpunkte sind der Wandel des politisch-administrativen Systems in Rußland und Probleme der kommunalen Verwaltungsreform in Ostdeutschland. Franke ist Redakteur der deutsch-polnischen Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien »WeltTrends«.

Prof. Dr. sc. phil. Helga Watzin-Heerdegen (geb. 1932): studierte von 1953 bis 1958 Geschichte an der Lomonossow-Universität Moskau und arbeitete dann als Assistentin bzw. Oberassistentin am Institut für Geschichte der Völker der Sowjetunion der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg. Sie promovierte 1964 und habilitierte 1981 jeweils zu Themen der sowjetischen Innenpolitik in der Nachkriegszeit. Ihre Lehrtätigkeit im Bereich für Geschichte Rußlands und der UdSSR endete 1991 mit der Auflösung des Lehrstuhles. Heute lebt Watzin-Heerdegen als Rentnerin in Leipzig.

Prof. Dr. sc. phil. Eva Seeber (geb. 1932): studierte von 1951 bis 1955 Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und arbeitete danach bis 1969 am Institut für Geschichte der Europäischen Volksdemokratien in Leipzig zur neueren Geschichte Polens. 1961 promovierte sie über die Zwangsarbeit von Polen in Deutschland unter der NS-Herrschaft (1964 Buchpublikation). Seit 1969 leitete sie am Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften zu Berlin die Abteilung Ost- und Südosteuropa. Ihre Habilitationsschrift von 1981 erschien unter dem Titel »Die Mächte der Antihitlerkoalition und die Auseinandersetzungen um Polen und die ČSR« als Monographie (1984). Seeber publizierte außerdem zu Themen der deutschen Okkupation, zum polnischen Widerstand, zum Wirken der UN-Hilfsorganisation UNNRA in Osteuropa, der vertraglichen Verflechtung der osteu-

ropäischen Staaten und zum Vergleich der begrenzten Souveränität in West und Ost im Kalten Krieg. Sie war Mitglied der Historikerkommission DDR-Polen und der Societas Jablonoviana an der Leipziger Universität.

Dr. Bärbel Birnstengel (geb. 1961); studierte ab 1980 Geschichte an der Universität Brno. Nach einem dreijährigen Forschungsstudium an der Humboldt-Universität zu Berlin promovierte sie 1987 mit einer Arbeit zur Entwicklung der Intelligenzija in der ČSR/ČSSR. Von 1987 bis 1995 war sie wissenschaftliche Assistentin am Institut für Geschichtswissenschaften, Bereich Osteuropäische Geschichte der Humboldt-Universität und wandte sich insbesondere der nationalen Problematik auf dem Territorium der ehemaligen Tschechoslowakei zu. Birnstengel ist Autorin mehrerer Beiträge zur neueren tschechischen und slowakischen Geschichte.

Für das Jahr 1998 plant der »Leipziger Gesprächskreis Osteuropa« folgende Kolloquia:

- 29.01.1998 Prof. Dr. Rolf Opitz (Berlin, Leipzig): Zu Puschkins Geschichtsauffassung
- 26.02.1998 Doz. Dr. Wolfgang Geier (Leipzig): Fremdherrschaften in Osteuropa
- 26.03.1998 Dr. Irene Runge (Berlin): Juden aus der ehemaligen Sowjetunion in Deutschland
- 23.04.1998 Prof. Dr. Michael Wegner (Jena): Modernisierung Rußlands und »asiatische Erblast«
- 28.05.1998 Prof. Dr. Günter Rosenfeld (Berlin): Fragen an die deutsch-sowjetischen Beziehungen (angefragt)
- 25.06.1998 Prof. Dr. Ernstgert Kalbe (Leipzig): Nochmals zur Modernisierungsproblematik in Osteuropa
- 24.09.1998 Doz. Dr. Wolfgang Geier (Leipzig) mit A. Haase, A. Heynoldt, Dr. H. Politt: Zäsuren politischer Kultur in Polen
- 22.10.1998 Dr. Olaf Kirchner (Leipzig): Zur Herausbildung des bürokratischen Wirtschaftsapparates in der Sowjetunion in den 20er Jahren
- 26.11.1998 Prof. Dr. Jörg Roesler (Berlin): Wirtschaftstransformation in Osteuropa und europäische Wirtschaftsintegration (angefragt)
- 17.12.1998 Prof. Dr. Erhard Hexelschneider (Leipzig): Sächsisch-russische Kulturbeziehungen im 19. Jahrhundert (angefragt)